



Free21

Credible news mounted on paper

Magazin

Nr. 4, 11. Jg., August 2024

Im Netz: www.free21.org

Dem Täter auf der Spur

Exklusiv: Trotz der Scheinaktivität staatlicher Ermittler gibt es neue Erkenntnisse über die Nord Stream-Saboteure.

ab Seite 4



Eine **neue Friedensbewegung**, jetzt!



Die militärische Lage in der Welt spitzt sich zu und Deutschland, mit der geplanten Stationierung von US-Raketen, spielt mit. Das Plädoyer für eine kraftvolle neue Friedensbewegung führt *Leo Ensel*

▶ SEITE 15

Game Changer SCO-Gipfel in Kasachstan



Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit fordert die US-geführte regelbasierte Ordnung heraus und etabliert sich als Alternative,

berichtet Pepe Escobar

▶ SEITE 18

Die USA und der **Russenhass**



Antirussische Propaganda hat in den USA Tradition. Das Niveau hat inzwischen ganz andere Ausmaße angenommen. Führend hierbei ist die Hoover Institution,

beschreibt William M. Drew

▶ SEITE 47



Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaer, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654 E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild 1: ©Shoofit.

Bild 2: U.S. Navy, Wikimedia Commons, CC-PD-Mark

Bild 3: Presidential Executive Office of Russia, Wikimedia Commons, CC-BY-4.0

Bild 4: Symbolbild; erstellt durch ChatGPT; gemeinfrei

GEOPOLITIK

4 Die Nord Stream Sprengung und der Einsatz von zwei US P-8 Poseidon

Laut Seymour Hersh brachten Tiefseeataucher bei der Militärübung BALTOPS-22 Sprengstoffe an den Nord Stream Pipelines an. Durch neue Beweise wird diese These gestützt. Eine P-8-Poseidon operierte während der Militärübung und kurz vor der Sprengung der Pipelines von Nordholz aus. *Die Beweise präsentiert Prof. em. Ola Tunander.*

18 Warum der SCO-Gipfel in Kasachstan ein Game-Changer ist

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) wird zu einer ernsthaften ökonomischen Alternative zur US-geführten „regelsbasierten internationalen Ordnung“. *Vom SCO-Gipfel berichtet Pepe Escobar.*

22 Geopolitik der Energiewende

Mit der Energiewende werden sich die globalen Beziehungen grundlegend neu gestalten. Wird die Energiewende im geopolitischen Spiel als Waffe eingesetzt oder kann sie den Wettbewerb der Großmächte befrieden? Über die Macht der Energie *schreibt Dr. Daniel Scholten.*

27 Das militärische Denken Russlands

Eine Einführung in das militärische Denken Russlands bezüglich der nordischen Länder im Vergleich zum militärischen Denken des Westens *gibt Prof. em. Ola Tunander.*



33 Gefahren und Chancen der multipolaren Welt

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Prozess der wirtschaftlichen Angleichung. Regionen, die bei der Industrialisierung einst hinter dem Westen zurückgeblieben sind, holen nun die verlorene Zeit wieder auf. *Über diese multipolare Welt berichtet Jeffrey Sachs.*

35 Das Urteil des IGH zu Palästina

Die Besetzung der palästinensischen Gebiete ist rechtswidrig, urteilte der IGH in Den Haag. Die internationale Gemeinschaft muss Israel dazu zwingen, die Besetzung zu beenden, *meint Nirit Sommerfeld.*

KRIEG

8 Eskalation ohne Ende

Wir befinden uns in einer Eskalationsspirale, die

außer Kontrolle zu geraten droht. Die Aufrüstung und der Aufmarsch von NATO- und US-Truppen u.a. in den nordischen Ländern wird in Russland als Vorbereitung auf eine Invasion betrachtet. Unsere Medien, wie das ZDF, stellen die gefährlichen Folgen vollkommen verharmlosend dar. *Ein warnender Beitrag von Tobias Augenbraun.*



15 Nachrüstung 2.0 im Handstreich

Auf dem NATO-Jubiläumsgipfel in Washington wurde überraschend verkündigt, dass die USA Marschflugkörper und Hyperschallraketen mittlerer Reichweite in Deutschland stationieren wollen, nichts anderes als eine „Nachrüstung 2.0“. Deshalb brauchen wir eine neue große Friedensbewegung *meint Dr. Leo Ensel.*

MEDIEN

36 Das Problem der Desinformation

Auf der ganzen Welt wird Desinformation von Regierungen zur größten Gefahr für die Demokratie erklärt. Doch was ist überhaupt Desinformation und was ist das wirkliche Problem? *Darüber informiert Tim Hayward.*

INNENPOLITIK

42 Im Visier des Verfassungsschutzes: Der Fall Aya Velazquez

Was treibt eigentlich der Verfassungsschutz? Er nimmt unter fadenscheinigen Gründen, wie „Delegitimierung des Staates“, staatskritische Journalisten ins Visier. Wegen ihrer Corona-Berichterstattung wird auch die Journalistin Aya Velazquez vom Verfassungsschutz beobachtet. *Ein Bericht von Aya Velazquez.*

GESCHICHTE

47 Die USA und der Russenhass

Die USA schüren mittlerweile – aufgrund ihres Unverständnisses und ihrer Verachtung für die russische Kultur – nur noch russophobe Propaganda. Über diesen Kreuzzug des Westens gegen alles Russische *schreibt William M. Drew*

Wer verbreitet Fake News und wer schützt die Demokratie?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zerstörung der Nord Stream-Pipeline ist erneut die Titelgeschichte unseres Magazins. Wir veröffentlichen in diesem Magazin als Erste einen der drei neuen Aufsätze von Prof. Ola Tunander. Die anderen beiden finden Sie auf unserer Internetseite.

Durch eine gründliche Analyse der Webseite *Flightradar 24*, die weltweit Flugbewegungen erfasst, konnte Tunander bereits vor etwa einem Jahr nachweisen, dass US Navy U-Bootjäger vom Typ P-8 Poseidon auch vom deutschen Marinefliegerstandort Nordholz aus in den Nächten vor und während der Explosion an der Sabotagestelle in der Nähe von Bornholm operierten. Die P-8, die in der Explosionsnacht über dem Tatort kreiste, wurde darüber hinaus von einem US-Tankflugzeug über Polen betankt. Es startete exakt in der Minute der ersten Sprengung von Spangdahlem in Deutschland. Niemand außer Free21 hat darüber berichtet.

Jetzt belegt er, dass es damals auch Flüge von der US-Navybasis Norfolk bei Washington und aus Panama City in Florida zur US-Marinebasis Rota in Spanien und weiter nach Ronneby in Schweden gab, von wo die US-Taucher an Baltops 22 teilnahmen. Von dort flogen sie auch zurück in die USA. Insgesamt decken sich seine Ergebnisse exakt mit dem Seymour Hersh-Artikel.

Bis zu Hershs Report, der die Operationsplanung der USA detailliert beschrieb, wurde in den westlichen regierungsnahen Medien verbreitet, dass sich Experten einig seien, Putin habe seine eigene Pipeline gesprengt. Mittlerweile stapeln sich die Indizien, dass es eine US-Operation war, neben den Arbeiten von Hersh und Tunander gibt es noch den Brief eines „Tauchkoordinators“ der NATO-Übung „Baltops 22“ an den US-Whistleblower John Dougan, der

mittlerweile in Russland politisches Asyl erhalten hat. In dem Report des Tauchkoordinators wurde bereits vor der Veröffentlichung von Hersh der Einsatz der CIA-Tiefstaucher aus Panama City, USA bei Baltops 22 beschrieben. Sie waren den NATO-Marinesoldaten wegen ihrer Bärte, ihrer langen Haare, ihrer äußerst seltenen Spezial-Tauchausrüstung und ihrer extremen Tauch-Einsatzdauer von 6 Stunden aufgefallen, die ohne Druckkammer nicht möglich sind.

Schweden und Dänemark haben ihre Untersuchungen zur Sabotage ohne Bekanntgabe von Ergebnissen beendet – Schweden mit der Begründung, dass es Erkenntnisse gäbe, aber die Täter unterlägen nicht der schwedischen Rechtsprechung. Sie dürfen selbst rätseln, auf wen diese Aussage auf Zehenspitzen verweist.

In Deutschland wurde gerade erneut verlautbart, dass aus Gründen des „Staatswohles“ weiterhin keine Informationen zu Ermittlungsergebnissen erteilt werden. Nach zwei Jahren geht es wohl eher um das „Regierungswohl“ eines Kabinetts, das die Verantwortung für die wirtschaftlichen Schäden Deutschlands durch die Sabotage mit zu verantworten hat und keinen Fragen des Souveräns ausgesetzt sein will. Die Regierung kann geheim halten, was sie geheimhalten will. Wer das kritisiert, muss mit der Verfolgung durch ihren Inlandsgeheimdienst wegen „Delegitimierung des Staates“ rechnen. Die Rolle des Wegweisers in die Irre durch Publikation von Coverstories haben arbeitsteilig die Mainstreammedien übernommen.

Wie bei der Aufarbeitung der staatlichen Corona-Maßnahmen würde es in Deutschland ohne Alternativmedien wie Free21 keinen Meter voran gehen.

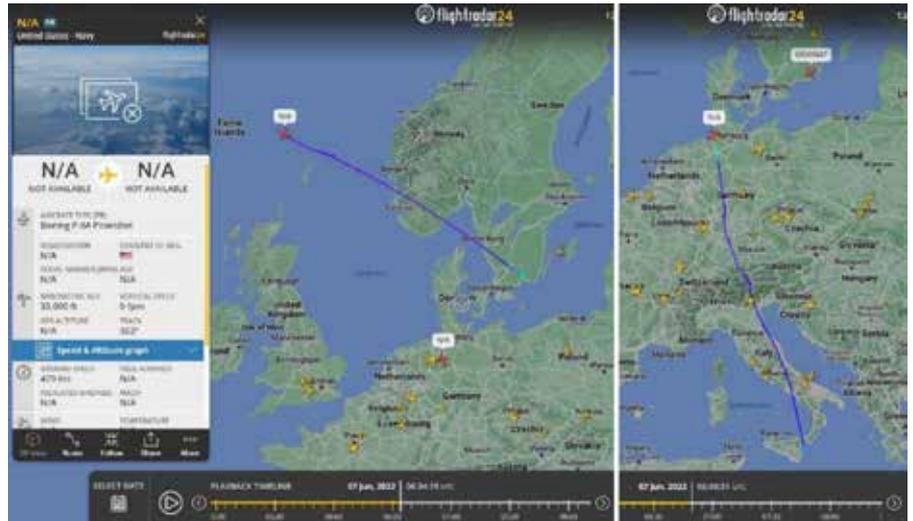
Dirk Pohlmann, Chefredakteur Free21



Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an translate@free21.org

Links: Eine U.S. P-8 Poseidon (N/A) auf dem Weg zurück nach Keflavik, nachdem sie über der Ostsee patrouillierte und in Ronneby wieder aufgetankt wurde (ähnliche Manöver flog die Poseidon die ganze Woche über). Außerdem sieht man eine Poseidon (N/A auch rot eingefärbt) aus Sigonella, die zum Marinefliegerhorst Nordholz fliegt. Rechts: 15 Minuten später sieht man die Poseidon aus Sigonella, wie sie in Nordholz landet, während eine deutsche, in Nordholz stationierte, P-3 Orion nach Ronneby flog. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)



Der Einsatz von zwei U.S. P-8 Poseidon während BALTOPS-22

Eine Ergänzung zu Ola Tunanders erstem Substack-Artikel [1]. Dies ist der dritte Teil einer 3-teiligen Serie zu den Aktivitäten während der Militärübung BALTOPS-22, bei der laut Seymour Hersh der Sprengstoff an der Nord Stream Pipeline angebracht worden sein soll. Neue Fakten stützen die Darstellung Hersh's. Teil 1 und Teil 2 können Sie auf www.free21.org lesen.

Autor: Ola Tunander

ist Professor Emeritus am PRIO (Peace Research Institute Oslo – Institut für Friedensforschung) in Oslo. Von 1987-2016 arbeitete er als Forscher am PRIO und veröffentlichte 12 Bücher und eine Reihe von Artikeln zu den Themen: Sicherheitspolitik, Marinestrategie, U-Bootoperationen, Geopolitik, Dual state, Psychologische Operationen (PSYOP) und zur Geschichte des Kalten Krieges.



2022 starteten zweimal Flugzeuge des Typs P-8 Poseidon von der U.S. Marinefliegerbasis in Sigonella, Italien in Richtung Ostsee: einmal während der Übung BALTOPS-22 und einmal kurz vor den Explosionen Ende September 2022. In beiden Fällen operierten die P-8 Poseidons vom Fliegerhorst Nordholz in Deutschland aus. Eines der Flugzeuge flog am 7. Juni, während der Übung BALTOPS-22, von Sigonella nach Nordholz. Es kehrte am 17. Juni, am Ende der Übung, zurück. Diese Poseidon operierte zwischen dem 8. und 15. Juni über der Ostsee, östlich von Bornholm (am 8. Juni flog sie nach Ronneby und zurück). Im September patrouillierte eine U.S. Poseidon über der Ostsee und flog drei Nächte über der Insel Bornholm hin und her – vom 22.-25. September, bis zur Nacht der Explosion am 26. September. Die Vereinigten Staaten hätten leicht eine Sonarboje von der Poseidon abwerfen können, um ein verschlüsseltes Sig-

nal zu den Timern der Sprengstoffe zu senden. Dann hätten sie, wie Hersh in seinem Artikel behauptete [2], eine Poseidon zum Auslösen der Explosionen einsetzen können.

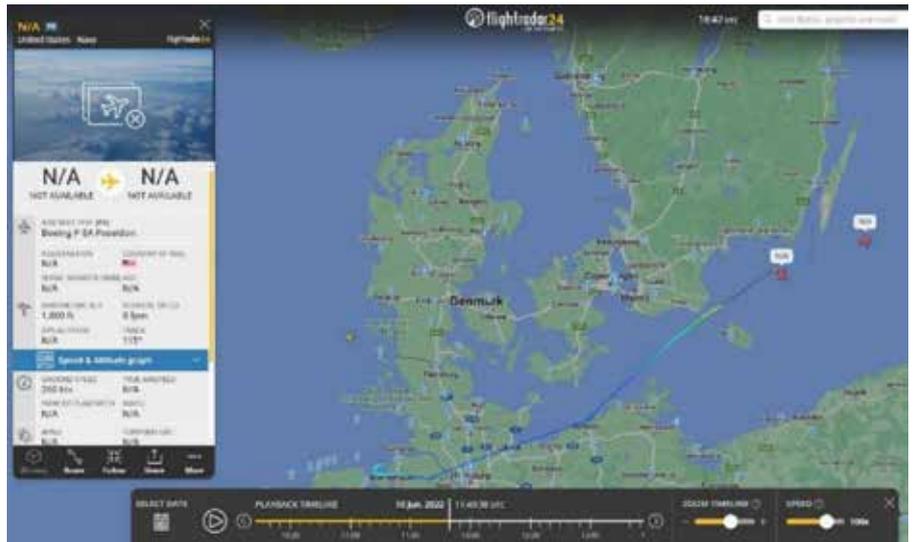
Während BALTOPS-22 operierte die Poseidon aus Sigonella im Tandem mit einer Poseidon aus Keflavik über der Ostsee. Die Poseidon aus Keflavik verringerte fast jeden Tag vom 7.-16. Juni, bei einigen Flügen im Juli und August und am Tag der Explosionen, am 26. September, die Flughöhe über der Ostsee – östlich von Bornholm. Während BALTOPS-22 flog die Poseidon gewöhnlich direkt von Keflavik über Süd-Norwegen und Schweden nach Bornholm. Sie wurde regelmäßig auf dem schwedischen Luftwaffenstützpunkt Ronneby aufgetankt, sodass die Poseidon länger in dem Gebiet bleiben konnte. An fast allen Tagen patrouillierte sie in dem Gebiet der Nord Stream-Pipelines, insbesondere in den Gebieten der späteren Explosionen.

Dieser Text wurde zuerst am 24.07.2024 auf www.olatunander.substack.com unter der URL <https://olatunander.substack.com/p/the-use-of-two-us-p-8-poseidon-during> veröffentlicht. Lizenz: Ola Tunander, Free21, CC BY-NC-ND 4.0

Allerdings schaltete sie die Transponder für gewöhnlich aus, wenn sie sich diesen Gebieten näherte.

Als die Poseidon kurz vor den Explosionen am 26. September von Keflavik nach Bornholm flog, passierte sie Süd-Norwegen und Süd-Schweden und wurde über Polen in der Luft wieder aufgetankt, nicht in Ronneby. Die Vereinigten Staaten hatten offensichtlich entschieden, Norwegen und Schweden nicht mit einzu-beziehen und keine norwegische Poseidon einzusetzen, wie es laut Hersh im Originalplan vorgesehen war. Am 26. September vermied die U.S. Poseidon, über norwegisches und schwedisches Territorium zu fliegen. Sie flog südlich dieser Länder. Statt in Ronneby wurde die Poseidon über Polen aufgetankt. Diese Entscheidung der Vereinigten Staaten wurde schon vor der ersten Explosion an der Nord Stream-Pipeline getroffen (siehe dazu: „Der Poseidon-Angriff auf Nordstream“, 9. September 2023 [3, 4]). Vermutlich war der Einsatz einer norwegischen Poseidon von Anfang an vorgesehen, aber irgendetwas muss passiert sein. Die zwei neuen norwegischen Poseidons machten ihre ersten Trainingsflüge nicht vor Juni. Sie flogen einige Male im Juli, August und September, meistens in der Nähe des Luftwaffenstützpunktes Evenes und einige Male nach Mittel- und Süd-Norwegen. Nach Angaben norwegischer Behörden hatten sie einige technische Probleme. Norwegen scheint sich irgendwann im Sommer von der Auslösung der Sprengung zurückgezogen zu haben (siehe die separaten Poseidon Artikel).

Werfen wir einen genaueren Blick auf das Poseidon-Flugzeug aus Keflavik, das jeden Tag (außer am 13. Juni) zur BALTOPS-Übung dazustieß. Es passierte die Färöer-Inseln und die Shetlandinseln, verringerte die Flughöhe über Süd-Norwegen und Schweden bis zur südlichen Ostsee und flog in den Gewässern südlich von Ronneby und der schwedischen Marinebasis Karlskrona bis nordöstlich der dänischen Insel Bornholm. Die Poseidon kreiste für mehrere Stunden über dem Gebiet der Nord Stream-Pipelines. Der Transponder des Flugzeugs war ungefähr 50 Prozent der Zeit ausgeschaltet und es flog in geringer Höhe. Am 13. Juni flog die Poseidon aus Keflavik nicht zur Ostsee

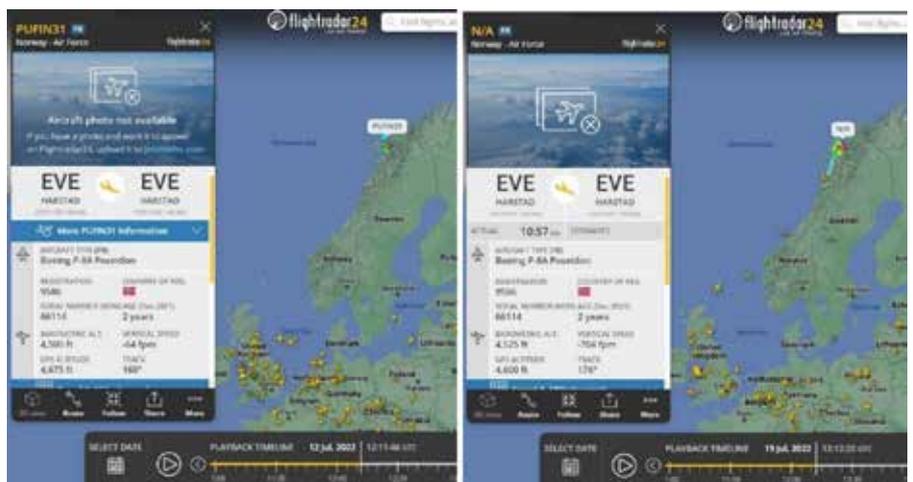


Die Poseidon aus Sigonella verlässt Nordholz (in der Nähe von Cuxhaven, Norddeutschland) am 10. Juni und kommt um 11.50 Uhr an einer Position nordöstlich von Bornholm an, während man die Poseidon aus Keflavik weiter im Nordosten sehen kann, nachdem sie über Süd-norwegen und Schweden geflogen ist. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)

und wurde von einer Poseidon aus Nordholz ersetzt, die auf ähnliche Weise wie die andere Poseidon fast die ganze Woche über nordöstlich von Bornholm kreiste. Nach der Patrouille über dem Gebiet im Osten von Bornholm, landete die Poseidon aus Keflavik in Ronneby, um aufgetankt zu werden und möglicherweise das U.S.-Personal zu briefen. Danach flog sie zurück nach Keflavik.

Zu diesem Zeitpunkt können wir nur spekulieren, was die oben genannte Po-

seidon im Nordosten von Bornholm eine Woche lang für mehrere Stunden pro Tag gemacht hat. Im Allgemeinen könnte man argumentieren, es habe sich um Aufklärungsflüge gehandelt. Zum Beispiel hätte es die Sonarbojen nutzen können, um die Position des russischen U-Bootes Dimitrov (Projekt 877) der Kilo-Klasse zu bestimmen, welches das einzige russische U-Boot in der Ostsee ist. Allerdings macht es in diesem Fall keinen Sinn, nur über einem kleinen Ge-



Zwei norwegische Poseidons im Juli 2022 auf Trainingsmissionen, gestartet von der norwegischen Poseidon-Basis Evenes (EVE), in der Nähe von Harstad und zurück. Zu dieser Zeit, absolvierten die norwegischen Poseidons nur kurze Flüge. Die ersten Trainingsflüge wurden im Juni durchgeführt. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)

biet zu kreisen. Man müsste größere Bereiche abdecken, so wie es die Poseidon am 11. und 15. Juni gemacht hat (siehe

Bild oben, Seite 7). Man könnte sich auch vorstellen, dass die Poseidon die Aktivitäten aller russischen Schiffe auf dem

Wasser überwachte, aber das Flugmuster – kreisen über einem kleinen Gebiet – lässt eher auf eine Suchaktion schlie-

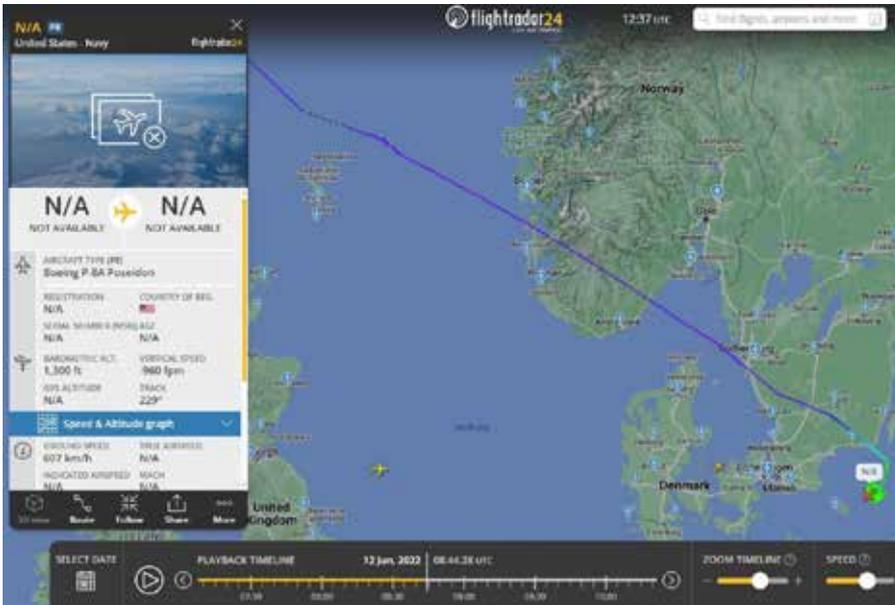


Bild oben: Am 12. Juni flog ein U.S. Poseidon von Keflavik (Island), über Südnorwegen und Schweden, zur Ostsee – in das Gebiet nordöstlich von Bornholm. Das Flugzeug kreiste mehr als vier Stunden im Nordosten von Bornholm. Als es sich dem Gebiet der späteren Explosionen näherte, schaltete es den Transponder aus. Danach wurde es in Ronneby aufgetankt und kehrte nach Keflavik zurück. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)

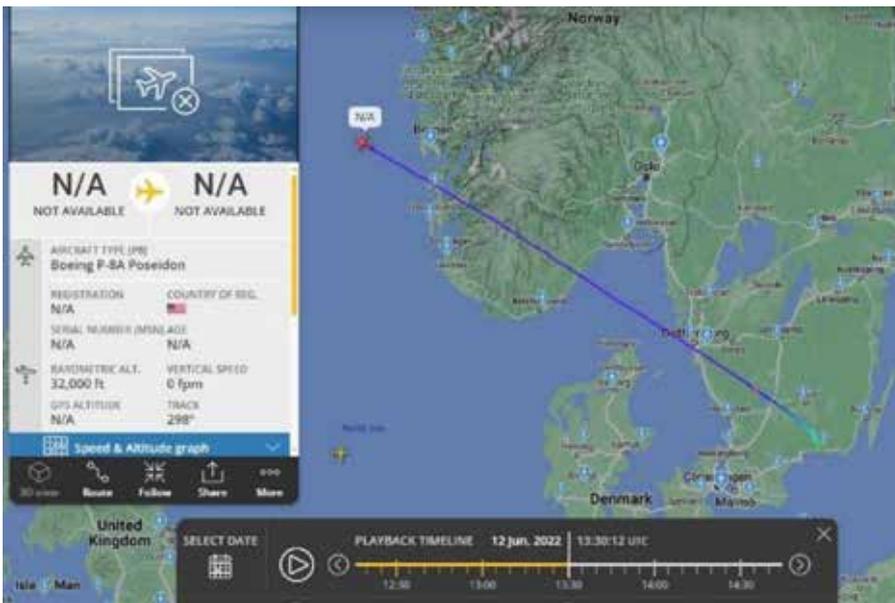
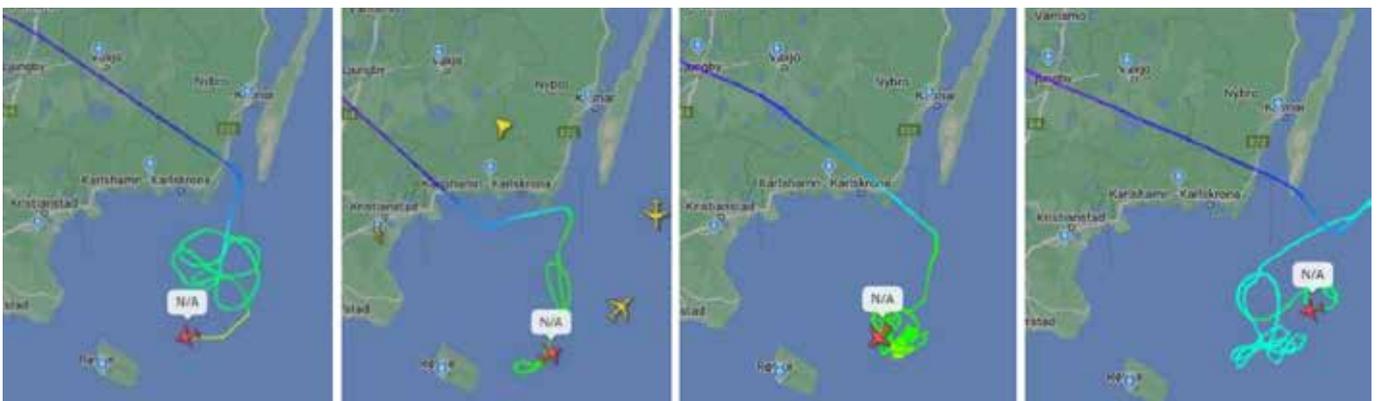


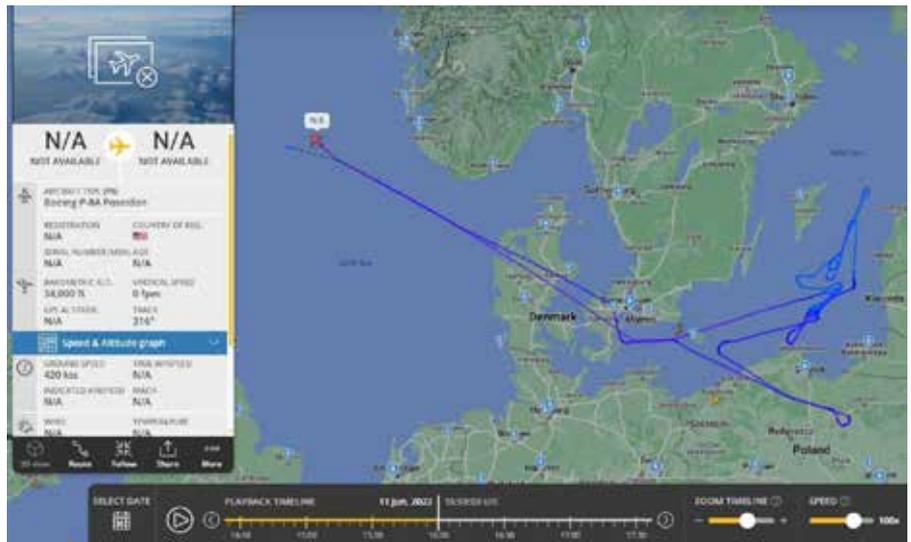
Bild Mitte: Das gleiche Flugzeug fünf Stunden später, auf der Rückreise von Ronneby, über Süd-Schweden und Norwegen, nach Keflavik. Während der BALTOPS-Übung, flog die Poseidon aus Keflavik regelmäßig über den Süzipfel von Norwegen und Schweden – anders als bei späteren Gelegenheiten. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)



Bilder unten: Die Poseidon fliegt am 8., 9., 12., und 14. Juni von Keflavik zur Ostsee. Sie verringert die Flughöhe und kreist über dem Gebiet der Pipelines im Osten und Nordosten von Bornholm. Jedes mal für etwa vier Stunden. Allerdings ist sie nur die Hälfte der Zeit sichtbar, da der Transponder bei Annäherung an das Gebiet der späteren Explosionen ausgeschaltet ist. Danach wird das Flugzeug, bevor es nach Keflavik zurückkehrt, in Ronneby wieder aufgetankt. Auch am 10. und 16. Juni wurde fast das gleiche Manöver geflogen. Am 13. Juni wurde die Poseidon durch eine andere Poseidon ersetzt, die im Nordosten von Bornholm ähnliche Manöver flog. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)

ßen. Das Erfassen des gleichen Gebietes für eine Woche weist jedoch auf etwas stationäres hin – so etwas wie die Pipelines. Eine Spezialversion der Poseidon, die P-8I, hat einen Magnetic Anomaly Detector (MAD), der U-Boote mit Stahlhülle bis zu einer Tiefe von hundert Metern oder mehr aufspüren kann, aber auch Pipelines. Dies setzt voraus, dass das Flugzeug in niedriger Flughöhe operiert, was es tat, als es die Transponder in dem Gebiet der späteren Explosionen – zwischen den sichtbaren Flugmustern und der Insel Bornholm – ausschaltete. Die Amerikaner hatten natürlich die Pläne und Karten mit der genauen Position der Nord Stream-Pipelines, aber die Vereinigten Staaten wollen solche Informationen für gewöhnlich durch eigene Mittel bestätigt haben. Wir haben noch keine Erklärung dafür. Die Vereinigten Staaten könnten möglicherweise die P-8 Poseidon für den Kontakt mit den Tauchern genutzt haben, aber das erklärt nicht, warum sie so operierte, wie sie es eine Woche lang tat. Es muss eine konkrete Erklärung für die Flugmuster der Poseidon geben, die jeden Tag von Island zur Ostsee herunter flog.

Wir wissen, dass die Poseidon jeden Tag zur Ostsee hinunter flog, um bestimmte Bereiche östlich und nordöstlich von Bornholm zu erfassen. Wenn sie sich den Bereichen der späteren Explosionen näherte, schaltete sie ihre Transponder aus. Wir können nur für einen kurzen Zeitraum sehen, dass sie in geringer Flughöhe in der Nähe dieser Positionen operierte, was zumindest verdächtig ist. Generell scheint es sehr wahrscheinlich zu sein, dass die Operationen der zwei Poseidons während BALTOPS-22 etwas mit der späteren Sprengung der Nord Stream-Pipelines zu tun hatten. Die Aktivitäten sowohl der Poseidon aus Keflavik als auch der Poseidon aus Sigonella schienen Vorbereitungen für die Operation im September zu sein, die nicht nur die europäische Energieabhängigkeit, sondern auch die globale Geopolitik für viele Jahre verändern wird. Dies war eine große Operation, die die Vereinigten Staaten mindestens seit 2014 vorbereitet haben [5]. Während der BALTOPS-Übung waren diese Vorbereitungen scheinbar sehr intensiv.



Am 11. Juni kehrt die Poseidon aus Keflavik, nach einer Tour über der Ostsee, wieder zurück. Anders als an den anderen Tagen, wurde sie über der Nordsee aufgetankt und flog südlich von Norwegen und Schweden. Sie machte einen kurzen Ausflug über Polen, wie sie es am 26. September tat, als sie über Polen aufgetankt wurde. Sie flog außerdem entlang der Küste von Litauen und Lettland, aber vor allem außerhalb der russischen Haupt-Marinebasis Baltiysk, bevor sie zurück nach Keflavik flog. Diese Flugmuster scheinen Vorbereitungen auf den 26. September zu sein. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)



Die Poseidon aus Sigonella verlässt am 17. Juni Nordholz und kommt um 14.30 Uhr in Sigonella an. (Bild: Flightradar24 / Ola Tunander)

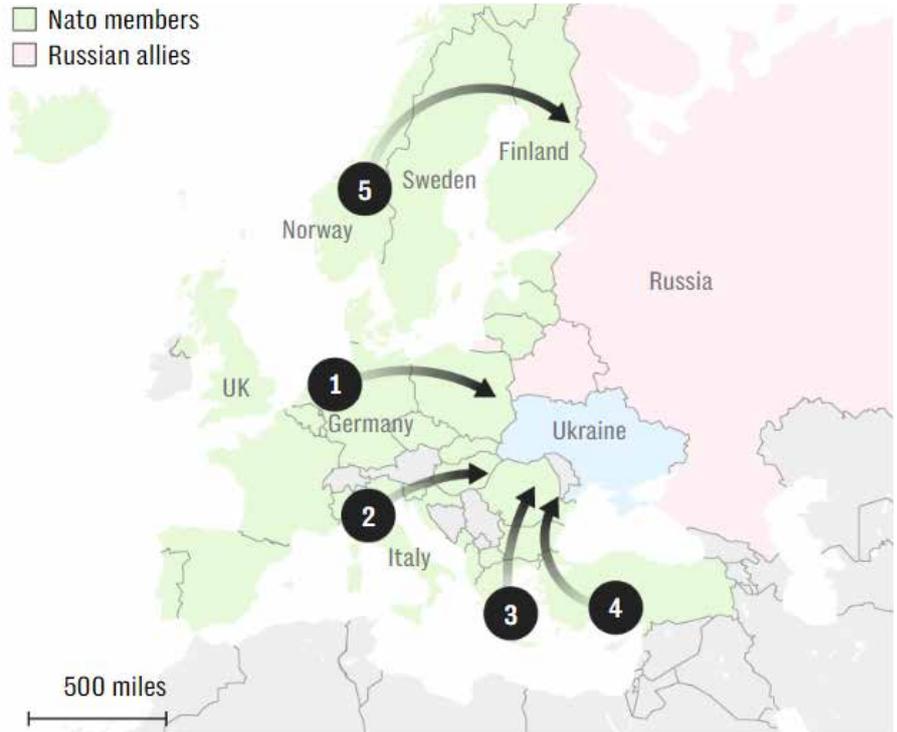
Quellen:

- [1] Free21, Ola Tunander, „Nach dem Artikel von Seymour Hersh: Norwegen, die Poseidon und Premierminister Støre“, am 25.04.2023, <<https://free21.org/norwegen-die-poseidon-und-premierminister-stoere/>>
- [2] Free21, Seymour Hersh, „Wie Amerika die Nord Stream-Pipeline ausschaltete“, am 17.02.2023, <<https://free21.org/wie-amerika-die-nord-stream-pipeline-ausschaltete/>>
- [3] Free21, Ola Tunander, „Der Poseidon-Angriff auf Nordstream (Teil 1)“, am 23.10.2023, <<https://free21.org/der-poseidon-angriff-auf-nordstream-teil1/>>
- [4] Free21, Ola Tunander, „Der Poseidon-Angriff auf Nordstream: Teil 2“, am 08.11.2023, <<https://free21.org/der-poseidon-angriff-auf-nordstream-teil-2/>>
- [5] siehe [1]



Dieser Text wurde zuerst am 23.07.2024 auf www.free21.org veröffentlicht. Lizenz: Tobias Augenbraun, Free21, CC BY-NC-ND 4.0

Plan für die Verlegung von US-Truppen an die Frontlinie, im Falle eines europäischen Krieges. 1 Niederlande - Deutschland - Polen / 2 Italien - Slovenien - Kroatien - Ungarn / 3 Griechenland - Bulgarien - Rumänien / 4 Türkei - Bulgarien - Rumänien / 5 Norwegen - Schweden - Finnland (Screenshot: <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/06/04/nato-land-corridors-us-troops-european-war/>)



Eskalation ohne Ende: NATO-Angriff auf Russland?

Die Entwicklungen der letzten Zeit sind mehr als besorgniserregend. Die Reaktionen des Westens darauf, dass Russland die USA als Konfliktpartei einstuft, die Sicherheitsabkommen, die von der Ukraine mit NATO-Staaten und der EU geschlossen wurden und der mögliche EU-Beitritt der Ukraine, sind Anzeichen eines bevorstehenden großen Krieges mitten in Europa. In Russland wird von einem NATO-Angriff über die Arktis auf Russland ausgegangen, was schließlich zu einem Atomkrieg führen könnte.

Die USA wurden von Russland als Konfliktpartei eingestuft, nachdem die Ukraine mit US-gelieferten ATACMS, die mit US-Streumunition bestückt waren, Ziele auf der Krim angegriffen hat, wobei am Strand von Sewastopol viele Menschen verwundet und einige getötet wurden [1]. Die Terrorattacken auf Kirchen und Synagogen, die von Islamisten in Dagestan am selben Tag begangen wurden, stehen nach Ansicht Russlands ebenfalls mit den USA in Verbindung. Die zeitliche Übereinstimmung lässt vermuten, dass es sich um abgestimmte Aktionen handelte. Russland bestellte als Reaktion darauf die

US-Botschafterin in Moskau ein, wo ihr die Einstufung der USA als Konfliktpartei mitgeteilt wurde.

Daraufhin rief US-Verteidigungsminister Lloyd Austin III seinen russischen Amtskollegen Andrej Beloussow an. Austin betonte, es sei wichtig, die Kommunikation aufrecht zu halten. Der russische Verteidigungsminister Beloussow warnte Austin vor einer zunehmenden Eskalation, die durch fortlaufende US-Waffenlieferungen an die Ukraine befeuert werden [2]. Der genaue Inhalt des Gesprächs bleibt geheim. Dass wieder direkt miteinander gesprochen wird, ist durchaus

Autor: Tobias Augenbraun

Stellvertretender Chefredakteur Free21.

Belgien will 30 Stück F16-Jets der Ukraine bis Ende des Jahres liefern

Stand: 28.05.2024 20:09 Uhr



Tobias Reckmann, ARD Brüssel, tagesschau, 28.05.2024 20:00 Uhr

Tagesschau, erstellt am 11.6.2024 - 14:18:49, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1342734.html>

positiv zu bewerten, denn das letzte Gespräch der Amtskollegen fand vor über einem Jahr, am 15.03.2023, statt. Allerdings sind die Reaktionen aus dem Westen weiterhin eher konfrontativ.

Das Pentagon wies die Anschuldigungen, die USA seien an einem hybriden Krieg beteiligt, zurück und teilte lapidar mit, falls Russland besorgt über die Opfer sei, sollten sie einfach den Krieg beenden. Auch Mykhailo Podolyak, der Präsidentenberater von Wolodymyr Selenskyj, rechtfertigte die Angriffe auf Zivilisten auf X mit folgenden Worten: „Es gibt und kann keine ‚Strände‘, ‚Touristenzonen‘ und andere fiktive Zeichen des ‚friedlichen Lebens‘ auf der #Krim geben. Die Krim ist definitiv ein von #Russland besetztes fremdes Territorium, auf dem es Feindseligkeiten und einen ausgewachsenen Krieg gibt. Einen Krieg, den Russland nur zu völkermörderischen und invasiven Zwecken entfesselt habe.“ [3]

Die Krim ist auch ein großes Militärlager mit Hunderten von direkten militärischen Zielen, die die Russen zynischerweise mit ihrer eigenen Zivilbevölkerung zu verbergen und zu vertuschen versuchen. Die wiederum als... zivile Besatzer betrachtet werden.“ [3]

Der Präsidentenberater hält alle Zivilisten für legitime Ziele. Das Beschießen von Zivilisten gilt als Kriegsverbrechen und sollte normalerweise ein Ausschlusskriterium für den Beitritt zur EU sein und der Ukraine den Status als Beitrittskandidatin entziehen.

Dennoch reiste der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi am 27.06.2024 zum EU-Gipfel nach Brüssel, um mit der EU ein größeres Sicherheitsabkommen zu schließen und die vollwertige EU-Mitgliedschaft voranzutreiben.

Der Text des Sicherheitsabkommens zwischen der EU und der Ukraine wurde bereits am Montag davor vom Ausschuss der ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten gebilligt und formell angenommen [4]. Alle 27 EU-Mitgliedsstaaten verpflichten sich darin, „die Ukraine unabhängig von internen institutionellen Veränderungen umfassend zu unterstützen“ [5].

Das Abkommen mit der EU folgt auf eine Reihe von bilateralen Sicherheitsabkommen, die die Ukraine mit NATO-Staaten geschlossen hat. Die Ukraine wollte nach Beginn des Krieges nicht

nur in die EU aufgenommen werden, sondern auch in die NATO, musste sich dann aber mit bilateralen Sicherheitsabkommen zufrieden geben. Diese wurden beim NATO-Gipfel in Vilnius, Litauen beschlossen [6], und führten zur Unterzeichnung von Abkommen mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland, um die Zeit bis zu einem NATO-Beitritt zu überbrücken.

Ein ukrainischer NATO-Beitritt würde in Russland als existentielle Bedrohung betrachtet werden. Der Ukraine-Krieg wird genau aus diesem Grund geführt. Es geht um eine Pufferzone zwischen der NATO und dem russischen Territorium, um Überraschungsangriffe zu verhindern. Den Einsatz konventioneller Langstrecken-Waffen, die von westlichen Staaten geliefert und von der Ukraine bereits tief auf russischem Territorium eingesetzt werden, betrachtet Russland als existentielle Bedrohung und als einen Kriegsgrund. Laut russischer Nuklearstrategie rechtfertigt dies den Einsatz von Atomwaffen. In der Nuklearstrategie heißt es, Russland sei zum Einsatz von Atomwaffen bereit, „wenn eine Angriffshandlung gegen die Russische Föderation unter Einsatz konventioneller Waffen begangen wird, die die Existenz des Staates gefährdet.“ [7]

Ende Mai schloss die Ukraine ein weiteres bilaterales Abkommen mit Belgien, in dem die Lieferung von dreißig F-16 Kampffjets enthalten ist, obwohl die Russen kurz zuvor deutlich gemacht hatten, dass die Stationierung von F-16 Kampffjets als atomare Bedrohung gesehen wird und entsprechend darauf geantwortet werden würde.

Zu guter Letzt schlossen auch die USA auf dem G7-Gipfel Mitte Juni ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit der Ukraine ab – mit einer Laufzeit von zehn Jahren.

Darin enthalten ist eine Kooperation mit Blick auf die Rüstungsindustrie und der Austausch von Geheimdienstinformationen. In dem Abkommen wird bekräftigt, „dass die Zukunft der Ukraine in der NATO liegt“. Die USA sagten zwar weitere Hilfe gegen den russischen „Angriffskrieg“ und gegen weitere Attacken zu, aber Sicherheitsgarantien sind in dem Abkommen nicht enthalten [8].

Aus Sorge, Trump könne den Ukraine-Krieg nach seiner Wahl zum Präsidenten tatsächlich beenden, will die NATO die Ukrainehilfe „Trump-sicher“ machen. Dazu werden die Waffenlieferungen, die bisher über Wiesbaden unter US-Kontrolle stattfanden, künftig über Wiesbaden unter NATO-Kontrolle stattfinden, in einem eigens dafür eingerichteten NATO-Hauptquartier. Koordiniert wird diese sogenannte „Hilfe“ von einem hohen US-Beamten, der in Kiew stationiert werden soll. Um den notwendigen Konsens für das Projekt nicht zu gefährden, wurde Ungarn zugesichert, dass sie sich weder finanziell noch personell beteiligen müssen. Ungarn befürchtet, in einen Konflikt zwischen NATO und Russland hineingezogen zu werden. Aus diesem Grund begab sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán auf eine Friedensreise – zunächst nach Kiew, dann nach Moskau und schließlich nach Peking.

Es ist zu begrüßen, dass Orbán, nachdem Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, direkte Gespräche aufnimmt. Der Erfolg dieser Friedensmission hängt allerdings von der Zustimmung des US-Hegemons ab und der plant, laut Wall Street Journal, seit Monaten den Aufbau der „Trump-sicheren“ Ukrainehilfe. [9]

Die NATO erklärte, eine mögliche Kriegsteilnahme der Länder, die bilaterale Abkommen mit der Ukraine geschlossen haben, würde nicht zur Aktivierung von Artikel 5 führen, der zu militärischem Beistand verpflichtet. Dies folgt der US-Strategie, nicht selbst in den Krieg hineingezogen zu werden (zumindest nicht offiziell), sondern den EU-Staaten den Krieg zu überlassen. In Foreign Affairs hieß es, dass Europa in den Ukraine-Krieg einsteigen solle, aber weder die USA noch die NATO [10].

Der Eintritt der EU-Staaten in den Ukraine-Krieg könnte über einen EU-Beitritt der Ukraine erfolgen. Beim EU-Gipfel in Brüssel ging es nicht nur um das neue Sicherheitsabkommen mit der EU; Selenskyj wollte auch die EU-Mitgliedschaft vorantreiben. Den Antrag auf einen EU-Beitritt stellte die Ukraine bereits fünf Tage nach dem Einmarsch der Russen am 24.02.2022.

Die Ukraine geht fest von einem EU-Beitritt aus. In einem Video nach der

USA würden Europa ohne Zögern opfern

MEGOSZTÁS



Der russische Sicherheitsexperte Sergej Karaganow (71) hat im Sommer 2023 mit Aussagen zu möglichen Nuklearschlägen Russlands gegen den Westen für Aufsehen gesorgt. Diese führte zu heftigen Diskussionen innerhalb und außerhalb Russlands. Der ungarische Auslandsjournalist Gábor Stier und Chefredakteur des Portals Moszkvatér sprach mit ihm über den Russland-Ukraine-Krieg, die Transformation der Welt und das Verhältnis zwischen Russland und Europa. Den Text hat Éva Péti ins Deutsche übersetzt.



Attacke auf den Strand von Sewastopol sprach Selenskyj davon, dass die Ukraine jetzt definitive Gewissheit hat, ein vollwertiges EU-Mitglied zu werden. Der ukrainische Parlamentspräsident Stefantschuk meinte, dass die Ukraine „...alle notwendigen Gesetze verabschiedet“ habe, um „nie wieder vom europäischen Haus gelöst“ zu werden. [11]

Viele Beobachter gehen davon aus, dass die Ukraine, solange der Krieg läuft, kein vollwertiges EU-Mitglied wird. Aus folgendem Grund: Es ist theoretisch natürlich möglich, dass ein Beitrittskandidat niemals in die EU aufgenommen wird, aber – sofern die Ukraine doch vollwertiges Mitglied wird – könnte sie sich auf Artikel 42.7 des EU-Vertrags berufen. Dieser Artikel ist die Beistandsklausel der EU und die Ukraine könnte als EU-Mitglied militärischen Beistand der Mitgliedsstaaten einfordern. [12]

Dabei muss man beachten, dass der EU-Artikel 42.7 sowohl komplementär zum Artikel 5 der NATO als auch alleinstehend gültig ist und Deutschland uneingeschränkt hinter beiden Beistandsklauseln steht [13]. Das heißt, alle EU-Staaten könnten offiziell Kriegspartei werden, falls die Ukraine vollwertiges Mitglied der EU wird.

Die USA könnten weiter so tun, als würden sie sich heraushalten, während Europa sich selbst vernichtet. Allerdings betrachtet Russland die USA bereits als Konfliktpartei, die beim Abfeuern von Raketen, der Zielauswahl und bei der satellitengestützten Lenkung der Raketen hilft. In Russland geht man deshalb mittlerweile davon aus, dass die NATO einen Angriff plant. Der Aufbau der sogenannten Abschreckung an der Grenze



Boris Pistorius am 07.07.2024 auf der Eielson Air Force Base in Alaska. Unter Leitung der Bundeswehr wird dort, bei der Übung Arctic Defender, der Bündnisfall geübt. (Foto: Bundeswehr / Christian Timmig)

zu Russland wirkt auf die Russen wie eine ernsthafte Bedrohung und wird als Angriffsvorbereitung wahrgenommen. Die US-amerikanische Denkfabrik Institute for the Study of War hält es für möglich, dass die Russen der NATO zuvorkommen und Polen oder die baltischen Staaten angreifen könnten. Die Ukraine sei die letzte Verteidigungslinie, bevor es dazu kommt [14]. In russischen Medien werden bereits Atomschläge gegen Polen und sogar gegen die USA gefordert [15]. Sergej Karaganow (Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, Ehrenvorsitzender des Präsidiums) forderte schon am 13.06.2023 den Einsatz von Atomwaffen, um die Menschheit zu retten [16]. Während man in Russland von einem NATO-Angriff ausgeht, warnen US-Experten davor, dass sich Russland auf einen großen Konflikt mit der NATO vorbereitet [17].

NATO-Angriff auf Russland?

Dr. Konstantin Sivkov, russischer Marineoffizier a.D., der für den russischen Generalstab im Zentrum für militärisch-strategische Forschung gearbeitet hat (1995-1997) und heute in der russischen Akademie für Raketen- und Militärwissenschaft und in der unabhängigen Denkfabrik Academy of Geopolitical Problems tätig ist, geht davon aus, dass die

NATO eine Invasion auf russisches Territorium plant:

„Zu Beginn der Invasion werden etwa 600-700 Flugzeuge und mindestens 1500 Tomahawk-Raketen eingesetzt, mit denen russische Luftverteidigungssysteme unterdrückt werden sollen. Nach der Zerstörung unserer Luftwaffe an vorderster Front und dem Erreichen der Dominanz in der Luft werden günstige Bedingungen für die Offensive der Bodentruppen in Russland geschaffen. [...] Nach meinen Schätzungen ist der wahrscheinlichste Zeitpunkt für den zu erwartenden Schlag Ende August – Anfang September. Die Flugoperation, basierend auf den Erfahrungen mit der NATO, wird zwei bis drei Tage dauern, und dann werden die Bodentruppen folgen.“ [18]

Die Vorbereitungen der NATO-Länder hätten ihm zufolge bereits im März und April 2024 begonnen, also zu einem Zeitpunkt, als die größte Übung seit Jahrzehnten stattfand – Steadfast Defender. Über gewisse Teile der Pläne haben bereits im Oktober 2023 die abgehörten deutschen Generäle, hinter dem Rücken der Politik, mit US-Generälen gesprochen [19].

Der serbische Präsident, Aleksandar Vučić, nannte in einem Interview mit der Weltwoche Anfang Juni in etwa den gleichen Zeitraum wie Sivkov, für den Start eines großen Krieges. Vučić geht davon aus, dass ein großer Krieg in den nächsten

2-3 Monaten wahrscheinlich ist, falls vorher nichts Unvorhergesehenes passiert und der Krieg aus Versehen früher losgeht. [20]

Sivkov wies im Zusammenhang mit einer möglichen Invasion außerdem auf die Bedeutung der Arktis und auf die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO hin, die sich zu den anderen nordischen Staaten gesellen, die schon länger Teil der NATO sind und eine wichtige Rolle in der NATO-Strategie spielen. Mit der Aufnahme von Schweden und Finnland sind nun sieben der acht arktischen Staaten in der NATO. Bei der Übung Arctic Shock übten US-Soldaten zusammen mit norwegischen Soldaten bereits schnelle Truppenverlegungen über den Nordpol – von Alaska nach Norwegen [21].

General Wilsbach, Commander Air Combat Command (ACC) – einer der US-Generäle, mit denen die deutschen Generäle sprachen – machte deutlich, wie wichtig Alaska für die US-Strategie ist:

„Ich weiß, dass es jeder schon einmal gehört hat, aber in den frühen 1900er Jahren sagte Brigadegeneral Billy Mitchell: ‚Wer Alaska kontrolliert, kontrolliert die Welt. Er verstand es damals und wir verstehen es heute noch viel mehr.‘“ [22]

Auf dem Weg nach Washington zum NATO-Gipfel legten Verteidigungsminister Pistorius und der Inspektor der Luftwaffe Ingo Gerhartz (einer der abgehörten Generäle) am 09.07.2024 einen Zwischenstopp auf der Eielson Air Force Base in Alaska ein. Unter der Leitung der deutschen Luftwaffe findet hier die Übung Arctic Defender statt, bei der der NATO-Bündnisfall geübt wird. Simuliert wird ein Angriff Russlands, der Artikel 5 auslöst. Pistorius hob die immer wichtiger werdende geostrategische Bedeutung der Arktis hervor, auch im Hinblick auf den wachsenden Einfluss Chinas. Mit ernster Miene sagte er: „Gerade hier oben, nicht weit von der Beringstraße entfernt, weniger als 200 Kilometer vom Polarkreis, spielt das Thema Abschreckung eine zentrale Rolle.“ [23]

Aufgrund der Wichtigkeit der Region hat die USA eine neue Arktis-Strategie ausgearbeitet und ein eigenes dafür

Quellen:

- [1] Free21, Tobias Augenbraun und Dirk Pohlmann, „Russisches Außenministerium bestellt US-Botschafterin in Moskau ein – Russland erklärt USA zur Konfliktpartei“, am 24.06.2024, <<https://free21.org/russland-erklart-usa-zur-konfliktpartei/>>
- [2] Frankfurter Allgemeine Zeitung, dpa, „Pentagon-Chef telefoniert mit russischem Amtskollegen“, am 26.06.2024, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/pentagon-chef-austin-telefoniert-mit-russischem-amtskollegen-beloussow-19815023.html>>
- [3] X, Mykhailo Podolyak, <https://x.com/Podolyak_M/status/1805171253755412849>
- [4] Handelsblatt, Seite wurde entfernt (auch in der Waybackmaschine) <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-selenski-fuer-abkommen-mit-eu-in-bruessel-erwartet/100001663.html>> Man wird nun auf folgende URL verwiesen: <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-selenski-appelliert-nach-toedlichen-angriffen-an-verbuendete/100001663.html>>
- [5] ARD, Tagesschau Newsticker, „EU und Ukraine unterzeichnen Sicherheitsvereinbarung“, 27.06.2024 14.44 Uhr, <<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-donnerstag-354.html#Sicherheitsvereinbarung>>
- [6] siehe [4] <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-selenski-fuer-abkommen-mit-eu-in-bruessel-erwartet/100001663.html>>
- [7] Bundeszentrale für politische Bildung, „Dokumentation: Die russische Debatte über Sergej Karaganows Artikel vom 13. Juni 2023 ‘Eine schwerwiegende, aber notwendige Entscheidung. Der Einsatz von Atomwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren’“, am 20.07.2023, <<https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-439/523871/dokumentation-die-russische-debatte-ueber-sergej-karaganows-artikel-vom-13-juni-2023-eine-schwerwiegende-aber-notwendige-entscheidung-der-einsatz-von-atomwaffen-kann-die-menschheit-vor-einer-globalen-katastrophe-bewahren/>>
- [8] siehe [4] <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-selenski-fuer-abkommen-mit-eu-in-bruessel-erwartet/100001663.html>>
- [9] Wall Street Journal, Michael R. Gordon und Daniel Michaels, „NATO to Establish Kyiv Post, and Seeks to ‘Trump-Proof’ Ukraine Aid“, am 01.07.2024, <<https://www.wsj.com/world/europe/nato-to-establish-new-kyiv-post-for-ukraine-81b4205c>>
- [10] Foreign Affairs, Alex Crowther, Jahara Matisek und Phillips P. O’Brien, „Europe—but Not NATO—Should Send Troops to Ukraine“, am 22.04.2024, <<https://www.foreignaffairs.com/ukraine/europe-not-nato-should-send-troops-ukraine>>
- [11] WirtschaftsWoche, dpa, „Krieg gegen die Ukraine: So ist die Lage“, am 26.06.2024, <<https://www.wiwo.de/politik/ausland/russische-invasion-krieg-gegen-die-ukraine-so-ist-die-lage/29866750.html>>
- [12] siehe [2] <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/pentagon-chef-austin-telefoniert-mit-russischem-amtskollegen-beloussow-19815023.html>>
- [13] Verteidigungsministerium, „Die Zusammenarbeit von EU und NATO“, <<https://www.bmvg.de/delthemen/sicherheitspolitik/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu/zusammenarbeit-nato-eu>>
- [14] Merkur, Bedrettin Böllükbaşı, „US-Experten warnen: Russland bereitet sich auf großangelegten Konflikt mit Nato vor“, am 26.04.2024, <<https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-russland-kr-em-wladimir-putin-nato-konflikt-baltikum-experten-moskau-zr-93023942.html>>
- [15] Frankfurter Rundschau, „Atomschlag auf die USA: Das wird im russischen Staats-TV diskutiert – mit konkretem Ziel“, am 03.03.2023, <<https://www.fr.de/politik/ziel-russland-atomschlag-auf-usa-im-russischen-staatsfernsehen-tv-diskutiert-putin-yellowstone-vulkan-als-92114506.html>>

zuständiges Büro gebildet, welches die Zusammenarbeit von gleich drei strategischen Kommandos in der Region koordinieren soll: des US-Northern Command, des European Command und des Indo-Pacific Commands. Die Arktis ist die Arena für Macht und Wettbewerb, wie es Mike Pompeo einmal ausdrückte. [24] Für diesen Wettkampf sind die USA auf ihre Verbündeten angewiesen.

Hier spielen vor allem die nordischen Länder eine wichtige Rolle. Iris Ferguson, Deputy Assistant Secretary für die Arktis und globale Widerstandsfähigkeit, die das neue Büro für die Arktis leitet, sagte:

„Nach dem Start des Büros haben wir uns beeilt, alle gleichgesinnten arktischen Nationen zu besuchen, um von den Hauptstädten selbst zu hören, was sie über die Prioritäten für die arktische Region und die verschiedenen Sicherheitsinteressen, die sie haben, denken.“

Wir haben also viele Signale mit unseren Verbündeten und Partnern abgeglichen. Sie nehmen einen sehr wichtigen Schwerpunkt in der Strategie ein; unser Ansatz ist es, gemeinsam und durch sie zu handeln.“ [25]

Laut Sivkov war die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO von entscheidender Bedeutung für die US-Strategie und den strategischen Wettkampf in der Region, denn nun könne man die nordischen Länder als Brückenkopf für eine Invasion nutzen.

Die USA haben mit den nordeuropäischen Ländern Schweden, Finnland und Norwegen Verteidigungskooperationsabkommen (DCA) geschlossen, die ihnen den Zugang zu insgesamt 36 Militärstützpunkten gewähren. Vier norwegische, 17 schwedische und 15 finnische Stützpunkte dürfen nun von US-Soldaten genutzt werden. [26] Mit eigener Gerichtsbarkeit, exklusivem Zugang zu Munitionsdepots für US-Soldaten und eigener Besteuerung. Das finnische Parlament hat Anfang Juli einstimmig für das bereits im Dezember 2023 ausgehandelte DCA gestimmt. Im DCA war unter anderem die Einführung der Todesstrafe enthalten, die laut finnischer Verfassung verboten ist. Aufgrund dieser und weiterer Eingriffe in die finnische Verfassung, musste dem DCA mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament zugestimmt werden. [27] Das finnische

Magazin Yle berichtet, dass das Abkommen eine dauerhafte Präsenz der US-Truppen und einen Rahmen für US-Operationen schafft. [28]

Russland reagierte und kündigte im Dezember 2023 den Wiederaufbau des Leningrader Militärbezirks an. Dieser Bezirk hatte im Kalten Krieg die Aufgabe, Finnland, im Falle eines Angriffs, zu besetzen und zu kontrollieren – als Pufferzone für das russische Kerngebiet. Die Ankündigung der Wiederbelebung war ein Signal an die Finnen, das deutlich machen sollte, worum es geht. [29]

Die Planung der USA geht allerdings noch weiter. The Telegraph berichtete über Pläne, US-Truppen an die sogenannte NATO-Ostflanke in Europa zu verlegen oder, falls bereits Krieg zwischen Russland und der EU herrsche, US-Truppen direkt an die Front zu schicken. Dafür hat die NATO mehrere Landkorridore ausgemacht, die US-Truppen nutzen könnten, um an die Frontlinie zu gelangen. Zum Beispiel von den Niederlanden über Deutschland nach Polen, wobei Deutschland generell die Drehscheibe für NATO-Truppenbewegungen ist, wie die Übung Steadfast Defender gezeigt hat. [30]

Warnung vor einem Atomkrieg

All diese Anzeichen eines großen Krieges führen zu deutlichen Warnungen der Russen vor einem Atomkrieg. Die russischen Warnungen, dass die aggressiven Aktionen des Westens mit symmetrischen oder asymmetrischen Aktionen beantwortet würden (einschließlich einer Nutzung von Atomwaffen) wird von westlichen Staaten entweder komplett ignoriert oder heruntergespielt.

Das ZDF spielte dabei eine unrühmliche Rolle und berichtete nicht über die Gefahr dieser Eskalationsspirale. Im Gegenteil: Das ZDF sieht kein Problem in dem Angriff auf ein Satellitenkommunikationssystem der russischen Weltraumkräfte auf der Krim, in der Nacht auf den 24.06.2024 (also in der Nacht nach den Angriffen auf den Strand von Sewastopol und den Terrorangriffen in Dagestan – eine weitere Provokation an diesem Tag). Die Ukraine hätte, mit Unterstützung der USA, zwar innerhalb von ca. zwei Monaten „zwei

wichtige russische Satellitenkommunikationszentren und zwei russische Radaranlagen mit sehr großer Reichweite ausgeschaltet“, aber die USA sähen darin kein Eskalationsrisiko. Immerhin bestätigt das ZDF, dass diese Angriffe ohne die USA undenkbar und leicht zu verhindern gewesen wären, wenn man die Informationen, die für solche Angriffe benötigt werden, nicht zur Verfügung gestellt hätte. Das ZDF behauptet in dem Artikel sogar, dass solche Angriffe Russland davon abhalten würde, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, denn Russland wäre jetzt viel „verwundbarer gegenüber westlichen Vergeltungsschlägen, unabhängig davon, ob es sich um konventionelle oder nukleare Schläge handelt“. Der Angriff auf die strategischen Frühwarnsysteme ist demnach reine Deeskalation. [31]

Die russische Nuklearstrategie ist in diesem Fall eindeutig. Es gibt vier Szenarien, in denen Russland bereit ist, Atomwaffen einzusetzen. Laut Bundeszentrale für politische Bildung betrachtet Russland „Atomwaffen ausschließlich als Mittel der Abschreckung“, dessen Einsatz „eine extreme und erzwungene Maßnahme darstellt“. Aber, „wenn der Feind kritische staatliche oder militärische Einrichtungen der Russischen Föderation angreift, deren Beschädigung die Vergeltungsmaßnahmen der Nuklearstreitkräfte beeinträchtigt“, ist Russland zum Einsatz von Atomwaffen bereit [32]. Dies ist bei der Zerstörung der russischen Frühwarnsysteme der Fall. Das ZDF berichtet nicht über die Gefahr und behauptet sogar, dass dies zur Deeskalation beiträgt. Es handelt sich hier um einen Propaganda-Beitrag des ZDF, der die Tatsachen auf unverantwortliche Art und Weise verzerrt. Das Ausschalten der russischen Frühwarnsysteme ist eine gefährliche Eskalation und kann zum Einsatz von Atomwaffen führen.

Die westlichen Eliten sind ebenfalls davon überzeugt, dass Russland nur bluffen würde und mit der Angst vor einem Atomkrieg spielt. Ein Beispiel für das Denken in der westlichen politischen und militärischen Klasse ist Lord Hamilton, ehemaliger britischer Verteidigungsstaatssekretär. Er fürchtet sich nicht vor einem Krieg mit Russland, wie er in einem Interview mit dem Tagesspiegel deutlich mach-

te. Er würde sogar den Einsatz nuklearer Waffen durch Russland begrüßen: „Teilen Sie die Sorge vor einer Eskalation mit der Nato nicht? Die USA haben sehr deutlich gemacht, dass sie bei einem Einsatz von Nuklearwaffen mit einem massiven konventionellen Gegenschlag reagieren würden. Es ist schrecklich, es zu sagen, aber ich wäre fast dankbar, wenn Putin nukleare Kurzstreckenwaffen in der Ukraine einsetzen würde. Das würde zwar viele Menschenleben kosten, aber es würde den Krieg beenden und somit auf lange Sicht sehr viele Menschenleben retten. Denn der Westen könnte dann nicht länger zusehen, sondern müsste eingreifen.“ [33]

Hier wird deutlich, wie sehr manche Kreise den Krieg wollen und auch nicht davor zurückschrecken, einen Atomkrieg zu riskieren. Die Argumentation ist: Töten wir mehr Menschen, damit nicht mehr Menschen getötet werden. Eine Militärlogik, die kein normaler Mensch verstehen kann.

Hätten Friedensverhandlungen und ein Waffenstillstand keine Menschenleben gerettet? Sabotierte Boris Johnson den Frieden, um mehr Menschen zu retten? Haben wir kollektiv unseren Verstand verloren?

Dieser Krieg dient einzig und allein der Rüstungsindustrie und den Vermögensverwaltern, wie Blackrock, die an allen Rüstungsfirmen beteiligt sind – auch an Deutschen [34, 35].

Aufgrund der im Westen weit verbreiteten Idee, die Russen würden nur bluffen und sowieso keine Atomwaffen einsetzen, forderte der russische Vize-Außenminister Sergei Rjabkow die USA auf, „die laufenden Diskussionen über eine mögliche Änderung der Moskauer Nukleardoktrin stärker zu beachten“. Im Newsticker der Tagesschau heißt es weiter:

„Er bekräftigte auch die Aussage von Kremlchef Wladimir Putin, dass die russische Nukleardoktrin derzeit einer Neubewertung unterzogen werde. Die Doktrin besagt, dass Russland als Reaktion auf einen nuklearen Angriff oder im Falle eines konventionellen Angriffs, der eine existenzielle Bedrohung für Russland darstellt, Atomwaffen einsetzen kann.“ [36]

Quellen:

- [16] Free21, Leo Ensel, „Die Waffen Gottes nutzen...“, am 27.07.2023, <<https://free21.org/die-waffen-gottes-nutzen/>>
- [17] siehe [14] <<https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-russland-kreml-wladimir-putin-nato-konflikt-baltikum-experten-moskau-zr-93023942.html>>
- [18] Tsargrad TV, „ÜBER 600 FLUGZEUGE UND EINEINHALBTAUSEND RAKETEN WERDEN RUSSLAND TREFFEN. NATO-PLAN BERECHNET - WIE UND WANN DER DRITTE WELTKRIEG BEGINNT“, am 25.06.2024, <https://tsargrad.tv/news/po-rossii-udarjat-bolee-600-samoljotov-i-poltory-tysjachi-raket-proschitan-plan-natok-i-kogda-nachnjotsja-tretja-mirovaja_1019113>
- [19] Free21, Tobias Augenbraun, „Absprachen deutscher Generäle mit amerikanischen Generälen?“, am 12.03.2024, <<https://free21.org/absprachen-deutscher-generale-mit-amerikanischen-generaalen/>>
- [20] Die Weltwoche, „Alle Zeichen stehen auf einen grossen Krieg: Serbiens Präsident Aleksandar Vucic über die düsteren Zeiten der Gegenwart“, am 08.06.2024, <<https://weltwoche.de/daily/alle-zeichen-stehen-auf-einen-grossen-krieg-serbiens-praesident-aleksander-vucic-ueber-die-duesteren-zeiten-der-gegenwart/>>
- [21] U.S. Army Europe and Africa, „About Arctic Shock“, <<https://www.europeafrika.army.mil/What-We-Dol-Exercises/Arctic-Shock/dvpTag/ArcticShock/>>
- [22] U.S. Indo-Pacific Command, 354th Fighter Wing Public Affairs, „COMPAF Visits Eielson, Talks Arctic Strategy and PACAF Future“, am 08.03.2021, <<https://www.pacom.mil/JTF-Micronesia/Article/2529347/compacaf-visits-eielson-talks-arctic-strategy-and-pacaf-future/>>
- [23] Wirtschaftswoche, Julian Heißler, „Das sind ideale Übungsbedingungen“, am 9.7.2024, <<https://www.wiwo.de/politik/ausland/pistorius-in-alaska-das-sind-ideale-uebungsbedingungen/29887192.html>>
- [24] U.S. Indo-Pacific Command, Jim Garamone, „DOD Establishes Arctic Strategy and Global Resilience Office“, am 27.06.2022, <<https://www.pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/3172196/dod-establishes-arctic-strategy-and-global-resilience-office/>>
- [25] High North News, Astri Edvardsen, „Pentagon's Upcoming New Arctic Strategy: 'We Talk To Norway, Finland, and Sweden a Lot'“, am 02.05.2024, <<https://www.highnorthnews.com/en/pentagons-upcoming-new-arctic-strategy-we-talk-norway-finland-and-sweden-lot>>
- [26] High North News, Arne O. Holm, „American Forces Enter the North With Free Access to 36 Military Bases“, am 15.12.2023, <<https://www.highnorthnews.com/en/american-forces-enter-north-free-access-36-military-bases>>
- [27] Yle, „Ausschuss für Verfassungsrecht: Das DCA-Abkommen zwischen Finnland und den Vereinigten Staaten muss mit einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit angenommen werden“, am 24.06.2024, <<https://yle.fi/a/74-20096055>>
- [28] Yle, Salla Jantunen, „Das Parlament billigt einstimmig das Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen Finnland und den Vereinigten Staaten“, am 01.07.2024, <<https://yle.fi/a/74-20097310>>
- [29] Ola Tunander, „Russian Military Thinking“, am 03.06.2024, <<https://olatunander.substack.com/pl/russian-military-thinking>>
- [30] The Telegraph, Joe Barnes, „Nato land corridors could rush US troops to front line in event of European war“, am 04.06.2024, <<https://archive.ph/W7UFu>>
- [31] ZDF, Christian Mölling und András Rácz, „Schwerer Schlag gegen Weltrauminfrastruktur“, am 25.06.2024, <<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/weltraum-infrastruktur-krim-militaeranalyse-ukraine-krieg-russland-102.html>>



Künstlerische Darstellung von SES-14, einem klassischen Kommunikationssatelliten, 1.2.2018. (Bild: NASA/CIL/Chris Meaney, Wikimedia Commons, Gemeinfrei)

Quellen:

[32] siehe [7] <<https://www.bpb.de/themen/europal-russland-analysen/nr-439/523871/dokumentation-die-russische-debatte-ueber-sergej-karaganows-artikel-vom-13-juni-2023-eine-schwerwiegende-aber-notwendige-entscheidung-der-einsatz-von-atomwaffen-kann-die-menschheit-vor-einer-globalen-katastrophe-bewahren/>>

[33] Handelsblatt, Anja Wehler-Schöck, „Das offenkundige Ziel des Westens ist nicht, dass die Ukraine gewinnt“, am 24.06.2024, <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-das-offenkundige-ziel-des-westens-ist-nicht-dass-die-ukraine-gewinnt/100047568.html>>, zuerst im Tagesspiegel erschienen: <<https://www.tagesspiegel.de/internationales/ehemaliger-britischer-verteidigungsstaatssekretar-das-offenkundige-ziel-des-westens-ist-nicht-dass-die-ukraine-gewinnt-11883182.html>>

[34] NachDenkSeiten, Werner Rügemer, „US-„Ukraine-Hilfe“: Selbsthilfe für die USA“, am 20.06.2024, <<https://www.nachdenkseiten.de/?p=116956>>

[35] Handelsblatt, Frank Wiebe, „Fünf Rüstungsaktien unter der Experten-Lupe“, am 02.07.2024, <<https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/rheinmetall-deutz-und-co-fuenf-ruestungsaktien-unter-der-lupe/100046252.html>>

[36] ARD, Tagesschau Newsticker, „Russland: USA müssen Diskussionen um Nukleardoktrin stärker beachten“, 27.06.2024, 06.45 Uhr, <<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-donnerstag-354.html#Russland-USA-muessen-Diskussionen-um-Nukleardoktrin-staerker-beachten>>

[37] X, US Naval Forces Europe-Africa/U.S. 6th Fleet, „Multi-Domain Readiness in action USNavy guided-missile cruiser #USSNormandy (CG 60) and ballistic missile submarine #USSTennessee (SSBN 734) steam alongside in the #NorwegianSea while a P-8A Poseidon and E-6B Mercury fly overhead, June 23, 2024.“, 25.06.2024, <<https://x.com/USNavyEurope/status/1805588414831399001>>

[38] MDR, Ukraine News, „Russisches Seemanöver im Mittelmeer“, am 27.06.2024, 04.30 Uhr, <<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ukraine-krieg-selenskyj-eu-gipfel-sicherheitsabkommen100.html>>

[39] ARD, Tagesschau, „Von der Leyen für zweite Amtszeit nominiert“, am 28.06.2024, <<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-kommissionschefin-nominierung-100.html>>

[40] Wikipedia, „Kaja Kallas“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Kaja_Kallas>

[41] Barrikade, „Help yong ukrainians to survive!“, am 20.06.2024, <<https://barrikade.info/article/6484>>

Die Aussagen des russischen Außenministers sind nicht nur eine Reaktion auf die westliche Ignoranz, sondern folgten auf das Auftauchen eines US-Atom-U-Bootes in den Gewässern Norwegens – bestückt mit zwanzig ballistischen Atomraketen, sogenannten SLBM. Das Atom-U-Boot wurde begleitet von einem Seepatrouillenflugzeug P8-Poseidon und einer E-6B Mercury. Die E-6B Mercury ist ein Flugzeug, das dazu dient, strategische US-Atomwaffen an Land zu starten und zu steuern, falls die landgestützten Kontrollsysteme ausgeschaltet werden. Das Atom-U-Boot mit Flugzeugen tauchte am 23.06.2024 auf – am selben Tag wie die Angriffe auf die Krim und die Terrorattacken in Dagestan. Dies ist eine noch nie dagewesene Eskalation und eine besorgniserregende Demonstration der Stärke. [37]

Russland reagierte darauf mit der Durchführung eines eigenen Übungsmanövers im Mittelmeer. Dabei übte ein russischer Lenkwaffenkreuzer die Abwehr von Drohnenangriffen und simulierte Gefechte mit feindlichen Schiffen und U-Booten [38].

Klares Signal der EU an Russland

Diese Eskalationsspirale und die Nicht-Darstellung in den Medien sollte uns große Sorgen bereiten, und wir sollten alles dafür tun zu deeskalieren. Allerdings stehen die Zeichen eher nicht auf Deeskalation, bedenkt man, dass Ursula von der Leyen eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin bekommt. Dar-

auf hatte sich das Gremium der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten geeinigt.

Noch besorgniserregender ist allerdings die Benennung der Estin Kaja Kallas zur EU-Außenbeauftragten. [39] Die ehemalige estnische Premierministerin gilt als Hardlinerin gegen Russland und will die Ukraine um jeden Preis unterstützen, um Russland zu besiegen. Sie behauptete zum Beispiel, dass die Bevölkerung Russlands eine Mitschuld am Krieg trage. Kallas beendet jede Rede mit „Russia delenda est.“ Zwar grammatisch falsch bezieht sie sich damit auf Cato den Älteren, der jede Rede im römischen Senat mit dem Satz beendete „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“. (Übersetzt: „Außerdem bin ich der Ansicht, dass Karthago zerstört werden muss.“) Am 13. Februar 2024 erließ Russland einen Haftbefehl gegen Kallas wegen feindlicher Handlungen gegen Russland. [40]

Ein eindeutiges Signal der EU an Russland und kein gutes Zeichen für einen baldigen Frieden, den wir uns alle wünschen – vor allem die ukrainische Zivilbevölkerung [41].



Ein von der U.S. Navy und der U.S. Army gemeinsamer Hyperschall-Gleitkörper (C-HGB) startete am 19. März 2020 gegen 22:30 Uhr Ortszeit von der Pacific Missile Range Facility auf Kauai, Hawaii, im Rahmen eines Flugversuchs des Verteidigungsministeriums. Die bei diesem und künftigen Experimenten gesammelten Informationen werden in die Entwicklung der Hyperschalltechnologie des Verteidigungsministeriums einfließen. (Foto: U.S. Navy, Wikimedia Commons, CC-PD-Mark)

Nachrüstung 2.0 im Handstreich – oder: Eine neue Friedensbewegung, jetzt oder nie!

Die von Kanzler Scholz auf dem NATO-Jubiläumsgipfel in Washington völlig überraschend angekündigte Stationierung von Marschflugkörpern und Hyperschallraketen mittlerer Reichweite in Deutschland ist nichts anderes als eine „Nachrüstung 2.0“ im Handstreichverfahren. Wenn jetzt keine kraftvolle neue Friedensbewegung Sand ins Getriebe streut, wächst die Gefahr russischer Präventivschläge ins Unermessliche.

Autor: Dr. Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.



Man halte für einen Moment den Atem an, setze sich für drei, vier Minuten hin und mache sich klar, was letzte Woche eigentlich genau passiert ist. Denn es ist so ungeheuerlich, dass es einem die Sprache verschlägt:

Unser Bundeskanzler, der einen Eid abgelegt hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, verkündete vergangenen Mittwoch im Handstreich von der Hauptstadt des Großen Bruders aus, man habe beschlossen, unser Land und dessen gesamte Bevölkerung – mehr als 84 Millionen Menschen – in Geiselschaft

zu nehmen, sprich: sie im Krisen- und erst recht im Kriegsfall zur Zielscheibe gegnerischer Präventiv- oder Vergeltungsschläge zu verwandeln! (Und dies verkaufte er uns auch noch fröhlich als „Erhöhung der Sicherheit im besten Sinne“. [1])

Nachrüstung 2.0

Nichts Anderes bedeutet die völlig überraschende Ankündigung, die USA würden ab 2026 – selbstverständlich nur

Quellen:

- [1] Berliner Zeitung, AFP, BLZ „Scholz: Stationierung von US-Langstreckenwaffen erhöht Sicherheit Deutschlands“, am 12.7.2024: <<https://www.berliner-zeitung.de/news/olaf-scholz-stationierung-von-us-langstreckenwaffen-erhoeht-sicherheit-deutschlands-li.2234636>>
- [2] junge Welt Zeitung, Arnold Schölzel „Neue US-Waffen in Deutschland - Zurück im Kalten Krieg“, am 12.7.2024: <<https://www.jungewelt.de/artikel/479233-neue-us-waffen-in-deutschland-zur%C3%BCck-im-kalten-krieg.html>>
- [3] GERMAN-FOREIGN-POLICY.com Online-Dienst, Red. „Moskau in Schussweite“, am 12.7.2024: <<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9616>>
- [4] Berliner Zeitung, dpa, BLZ, Thomas Turianowicz „Die Nato will Solidarität mit der Ukraine, aber nicht um jeden Preis“, am 11.7.2024: <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/die-nato-will-solidaritaet-mit-der-ukraine-aber-nicht-um-jeden-preis-li.2233829>>
- [5] Berliner Zeitung, dpa, BLZ „USA werden weitreichende Waffen in Deutschland stationieren“, am 11.7.2024: <<https://www.berliner-zeitung.de/news/usa-werden-weitreichende-waffen-in-deutschland-stationieren-li.2233777>>
- [6] siehe [3]: <<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9616>>
- [7] Wikipedia, Rabe,dd, Wikifreund u. A. „INF-Vertrag - Ende des Vertrages“, zuletzt bearbeitet am 19.7.2024: <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag#Ende_des_Vertrags>
- [8] Berliner Zeitung, AFP, BLZ „Kreml warnt: Europas Hauptstädte könnten Ziel von Raketen werden“, am 13.7.2024: <<https://www.berliner-zeitung.de/news/russland-warnt-europas-hauptstaedte-koennten-ziel-von-raketen-werden-li.2234774>>
- [9] Bundesregierung „Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland“, am 10.7.2024: <<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bf2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ge-r-nato-gipfel-data.pdf?download=1>>
- [10] Bundesregierung, Mitschrift Pressekonferenz „Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz beim Gipfeltreffen der NATO“, am 12.7.2024: <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pk-von-kanzler-bei-nato-gipfel-2298692>>
- [11] Tagesschau, Pistorius zu US-Raketenstationierung „Von Wettrüsten kann keine Rede sein“, am 11.7.2024: <<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-usa-raketen-stationierung-deutschland-100.html>>
- [12] Berliner Zeitung, Thomas Butylin „USA verlegen Tomahawk-Flugkörper: So gespalten reagiert die Politik in Deutschland“, am 12.7.2024: <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/usa-verlegen-tomahawk-flugkoerper-so-gespalten-reagiert-die-politik-in-deutschland-li.2234311>>
- [13] Free21, Dirk Pohlmann „Die Neue Nachrüstung“, am 15.2.2022: <<https://free21.org/die-neue-nachruistung/>>
- [14] Wikipedia, Kopilot, Jo1971 u. A. „NATO-Doppelbeschluss“, zuletzt bearbeitet am 17.7.2024: <<https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss>>
- [15] siehe [12]: <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/usa-verlegen-tomahawk-flugkoerper-so-gespalten-reagiert-die-politik-in-deutschland-li.2234311>>
- [16] Lockheed Martin Rüstungskonzern Website „The world's most advanced combat system.“, Datum unbekannt: <<https://www.lockheedmartin.com/en-us/products/aegis-combat-system.html>>
- [17] Overton Magazin, Florian Rötzer „Mit Nuklearsprengköpfen ausrüstbare Mittelstreckenraketen werden nach Deutschland verlegt“, am 12.7.2024: <<https://overton-magazin.de/top-story/mit-nuklearsprengkoepfen-ausruestbare-mittelstreckenraketen-werden-nach-deutschland-verlegt/>>

zur Abschreckung und um eine durch Russland verursachte „Sicherheitslücke“ zu schließen – wieder, wie weiland im Herbst 1983, Tomahawk-Cruise-Missiles einer Reichweite bis zu 2.500 Kilometern, Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und noch in der Entwicklung begriffene, von gegnerischen Abwehrsystemen praktisch nicht mehr zu eliminierende Dark-Eagle-Hyperschallraketen einer Reichweite von etwa 2.750 Kilometern [2] in Deutschland (vermutlich in Wiesbaden [3]) stationieren. [4] Waffensysteme, mit denen von deutschem Boden aus Moskau, St. Petersburg und andere Städte im Westen Russlands attackiert sowie gegnerische Kommandostellen, Bunker und Radaranlagen pulverisiert werden können [5]. Außerdem würden ab jetzt Deutschland, Frankreich, Italien und Polen gemeinsam eigene bodengestützte Marschflugkörper oder auch eine ballistische Rakete entwickeln, die bei einer Reichweite von circa 2.000 Kilometern Ziele in Russland erreichen können [6]. Damit wird Deutschland selbst zur Zielscheibe, denn nach wie vor gilt der brandgefährliche Selbstzündungsmechanismus: „Rampen für Raketen sind Untergangsmagneten!“

Noch vor weniger als fünf Jahren, wären diese Maßnahmen laut dem 1987 von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichneten (und im Februar 2019 von Donald Trump gekündigten) INF-Vertrag [7], der uns über 30 Jahre lang vor einem Atomkrieg in Europa bewahrt hatte, verboten gewesen. Die Antwort aus Moskau ließ nicht lange auf sich warten. Drei Tage später kündigte Kremlsprecher Dmitrij Peskow entsprechende Gegenmaßnahmen an und sagte wörtlich:

„Wir haben die Kapazitäten, diese Raketen in Schach zu halten, aber die potenziellen Opfer sind die Hauptstädte dieser europäischen Länder.“ [8]

– Man sollte diese Äußerung bitterernst nehmen!

Die Überrumpelung [9] eines ganzen Landes durch dessen gewählten Regierungschef [10] plus Kriegstüchtigkeitsminister [11] ist atemberaubend und

präzedenzlos. Entscheidungen solcher Größenordnung können unmöglich mal schnell während eines Jubiläumsgipfels im Hinterzimmer getroffen worden sein. Sie wurden offenbar, wie der Kanzler denn auch einräumte [12], in aller Stille langfristig vorbereitet. Und in der Tat: Der Investigativjournalist Dirk Pohlmann hatte noch eine Woche vor dem russischen Überfall auf die Ukraine, am 15. Februar 2022, schon entsprechende US-Pläne veröffentlicht! [13]

Wer zur „Generation 60 plus“ gehört und die Achtziger Jahre einigermaßen bewusst erlebt hat, der fühlt sich fast zu Tode erschreckt an die Nachrüstungsdebatte im Vorfeld der Stationierung der atomar bestückten US-Mittelstreckenraketen Pershing II und (wie heute) Cruise Missiles im Herbst 1983 erinnert [14]. Mit dem kleinen Unterschied, dass es sich damals (1) noch um einen *Doppelbeschluss* handelte, USA und Sowjetunion also vor der Stationierung zwei Jahre lang in Genf (im Endeffekt ergebnislos) verhandelt hatten, die Maßnahme (2) immerhin – damals gegen erbitterten Widerstand der GRÜNEN und von Teilen der SPD – im Bundestag beschlossen wurde und ihr (3) eine massive Aufrüstung der Sowjetunion, Stichwort „SS 20“, im Mittelstreckenbereich vorausgegangen war!

Dieses Mal glaubt man, auf all das verzichten zu können. Es wurde lediglich nebulös auf eine schon lange existierende russische Bedrohung und eine von Moskau verursachte „Sicherheitslücke“ verwiesen [15].

Sollte damit die Stationierung von Iskanderraketen im Kaliningrader Oblast gemeint sein, so wäre dazu folgendes anzumerken: Diese Stationierung war die *Reaktion* Russlands auf die Installation eines Moduls des globalen US-Raketen „abwehr“systems AEGIS [16] vor der russischen Haustür in Polen, das – man nennt dies „offene Architektur“ [17] – mit einer einfachen Veränderung der Software in ein *Angriffssystem* verwandelt werden kann. Die jetzige aus Washington angekündigte Maßnahme ist demnach eine *Gegenreaktion* der NATO auf eine *Reaktion Russlands*. Der ihrerseits natürlich eine *russische Gegen-Gegenreaktion* folgen wird ...

Dringliche Fragen

Der Handstreich von Washington wirft einige höchst dringliche Fragen auf: Wie mag es um die *Souveränität* eines Landes bestellt sein, wenn man es als „Großer Bruder“ so mir nichts, dir nichts zur Zielscheibe im Krisenfall verwandelt und damit ein ganzes Volk in Geiselschaft nehmen kann? (Was übrigens allein durch die *Lagerung* von – für die ‚nukleare Teilhabe‘, sprich: den völkerrechtswidrigen *Einsatz* durch Bundeswehrosoldaten vorgesehenen – Atomsprengköpfen im rheinland-pfälzischen Büchel schon längst der Fall ist.)

- Wie mag es um eine *Demokratie* bestellt sein, in der ein Bundeskanzler solch hasardeurhafte Verschlechterungen der gesamten Sicherheitslage *ohne öffentliche Diskussion und ohne Abstimmung im Parlament*, sprich: über uns alle hinweg, einfach mal locker vom Ausland aus dekretieren kann?
- Wie mag es um eine *Regierung* – insbesondere um den Bundeskanzler, die Außenministerin und den Minister für Kriegstüchtigkeit – bestellt sein, deren Mitglieder allesamt einen Amtseid (Grundgesetz, Artikel 56 [18] und 64 [19]) abgelegt haben, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“? (Und nicht etwa mit der Ukraine ‚as long as it takes‘ durch dick und dünn zu gehen.) – Vielleicht sollten kluge – und mutige – Juristen mal den Artikel 26 des Grundgesetzes [20] (Verbot eines Angriffskrieges) und den Paragraph 13 des Völkerstrafgesetzbuches [21] (Friedensverrat) genauer unter die Lupe nehmen ...
- Wie mag es um eine *Medienlandschaft* bestellt sein, die in ihrer überwältigenden Mehrheit diese Maßnahmen nicht etwa kritisch hinterfragt, sondern auch noch beklatscht? – Und schließlich:
- Wie mag es um eine *Bevölkerung* bestellt sein, die das alles – möglicherweise ja tief beunruhigt, aber auf der Handlungsebene – einfach schicksalsergeben hinnimmt?

Der „Kollateralnutzen“ oder: Eine neue Friedensbewegung

Aber vielleicht hat der schockierende Handstreich von Washington ja doch zumindest *einen* „Kollateralnutzen“ zur Folge. Im ‚optimalen‘ Falle könnte er nämlich der berühmte Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt!

- Stellen wir uns einen kurzen Moment vor, die „Generation 60 plus“, die die leidenschaftlichen Debatten um die, so muss man sie jetzt nennen, „Nachrüstung 1.0“ in den Achtziger Jahren und die damals virulenten Kriegsängste noch deutlich in Erinnerung hat, würde sich einen Ruck geben. Alle, die damals auf die Straßen gingen und in Friedensgruppen aktiv waren, würden – sofern sie noch nicht tot oder pflegebedürftig sind – erkennen, dass sie (nicht irgendwann, sondern) *jetzt* wieder handeln *müssen*;
- und sie würden einen sachlichen Dialog auf Augenhöhe mit den Jüngeren suchen;
- und es würde ihnen gelingen, mit guten Argumente (die es ja gibt) die jungen Klimaschützer – nein: nicht zu überreden, sondern – zu *überzeugen*, dass Rüstung schon ohne Krieg, erst recht aber ein manifester Krieg, Ressourcenvergeudungen ohne Ende und Klimakiller größten Ausmaßes sind; ja, dass man das globale Klima bereits durch einen begrenzten „nuklearen Schlagabtausch“, erst recht aber durch einen mit thermonuklearen Massenvernichtungsmitteln geführten Dritten Weltkrieg am Schnellsten und „Nachhaltigsten“ zerstören könne;
- und alle würden sich – ungeachtet aller sonstigen Differenzen – zu einer großen und kraftvollen *neuen Friedensbewegung* zusammenschließen;
- und die friedensbewegten Menschen würden unseren Regierenden unmissverständlich klarmachen, dass sie deren – im Worst Case (selbst)mörderische – Maßnahmen nicht nur nicht hinzunehmen gewillt sind, sondern dagegen auch zivilen Widerstand organisieren

und dafür, wenn es sein muss, persönliche Nachteile in Kauf nehmen werden; und diese neue Friedensbewegung würde die Bevölkerung in den anderen westlichen Staaten auffordern, es ihr gleich zu tun;

- und sie würde an die Menschen in Russland und in der Ukraine (im Westen, in Kiew, in Odessa, Mariupol, in Donezk und Lugansk) sowie auf der Krim – aber auch in den USA! – appellieren, ihren jeweiligen Machthabern ebenfalls unmissverständlich klarzumachen, dass mit dem wechselseitigen Töten und Sterben endlich Schluss sein muss; dass wir alle in einem Boot sitzen, dass die Alternative nur noch lautet „Gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen“, dass wir daher dringend auch eine neue Entspannungspolitik benötigen;
- kurz: die neue Friedensbewegung würde alle Menschen – im Westen wie im Osten – auffordern, jegliche direkte und indirekte Beteiligung am Krieg zu verweigern; dann – ja, dann hätten wir vielleicht noch eine Chance!

Einmal jedenfalls hat eine solche Bewegung selbst den Chef einer Supermacht in seinem Handeln beeinflussen können.

„Ich erinnere mich gut an die lautstarke Stimme der Friedensbewegung gegen Krieg und Atomwaffen in den 1980er-Jahren. Diese Stimme wurde gehört!“

Das schrieb im Jahre 2017 ein gewisser Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

Quellen:

[18] Gesetze im Internet, Bundesamt für Justiz „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 56“, verabschiedet am 23.5.1949: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_56.html>

[19] Gesetze im Internet, Bundesamt für Justiz „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 64“, verabschiedet am 23.5.1949: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_64.html>

[20] Gesetze im Internet, Bundesamt für Justiz „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 26“, verabschiedet am 23.5.1949: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_26.html>

[21] Gesetze im Internet, Bundesamt für Justiz „Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) § 13 Verbrechen der Aggression“, in Kraft getreten am 1.1.2017: <https://www.gesetze-im-internet.de/vstgb/_13.html>



Ein Gruppenfoto der SCO-Staatschefs auf dem 24. SCO-Gipfel in Astana, Kasachstan: (von links nach rechts) Zhang Ming, Generalsekretär der SCO; Mohammad Mokhber, amtierender Präsident von Iran; Sadyr Japarov, Präsident von Kirgisistan; Shehbaz Sharif, Premierminister von Pakistan; Shavkat Mirziyoyev, Präsident von Usbekistan; Xi Jinping, Präsident von China; Kassym-Jomart Tokajew, Präsident von Kasachstan; Wladimir Putin, Präsident von Russland; Emomali Rahmon, Präsident von Tadschikistan; Alexander Alexander Lukaschenko, Präsident von Belarus; Subrahmanyam Jaishankar, Außenminister Indiens, und Ruslan Mirzaev, Exekutivkomitee der Regional Anti-Terrorist Struktur (RATS), Direktor des Exekutivausschusses, 4.7.2024. (Foto: Presidential Executive Office of Russia, Wikimedia Commons, CC-BY-4.0)

Warum der SCO-Gipfel ein Game-Changer ist

Man kann die Bedeutung des Gipfels der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO – Shanghai Cooperation Organization) 2024, der am 03.07. und 04.07. in Astana (Kasachstan) stattfand, gar nicht hoch genug einschätzen. Er kann durchaus als Vorbereitung auf den sehr wichtigen jährlich stattfindenden BRICS-Gipfel im Oktober nächsten Jahres in Kasan (Russland, Anm. d. Red.) verstanden werden, der unter russischer Präsidentschaft stattfinden wird.

Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Investigativjournalist, geo-politischer Analytiker und Chefkorrespondent der in Hongkong ansässigen Asia Times. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Er ist außerdem ständiger Mitarbeiter von Global Research und veröffentlichte im Jahr 2015 sein Buch „2030“.



Zunächst zur Abschlusserklärung. Die SCO-Mitglieder stellen „tektonische Verschiebungen“ in der Geopolitik und -ökonomie fest, die durch „den zunehmenden Einsatz von Machtmethoden und systematische Verletzung der Völkerrechts-Normen“ ausgelöst werden. Sie verpflichten sich, „die Rolle der SCO bei der Schaffung einer neuen demokratischen, gerechten, politischen und wirtschaftlichen internationalen Ordnung zu stärken“.

Der Kontrast zur einseitig verordneten „regelbasierten internationalen Ordnung“ könnte kaum größer sein.

Die SCO 10 [1] – mit Belarus als neues Mitglied – sprechen sich ausdrücklich für „eine gerechte Lösung der Palästinafrage“ aus. Sie „lehnen unilaterale Sanktionen ab“ und wollen einen SCO-Investitionsfonds einrichten (Iran, vertreten durch den amtierenden Präsidenten Mohammad Mokhber, unterstützt die Gründung einer gemeinsamen SCO-Bank, ähnlich der NDB der BRICS). Darüber hinaus verpflichten sich die Mitglieder, die „Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags sind, dessen Bestimmungen einzuhalten“. Und vor allem sind sie



Karte der Mitglieder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit vor dem Beitritt von Belarus. Quelle: SCO (Screenshot: Insight EU Monitoring, erstellt am 16.7.2024 – 14:06:08, <https://ieu-monitoring.com/editorial/russian-minutes-covering-the-shanghai-cooperation-organisation-council-in-astana/438282>)

sich einig, dass „die Interaktion in der SCO die Grundlage für den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur in Eurasien werden kann“.

Der letzte Punkt ist der eigentliche Kern der Sache. Es ist der Beweis dafür, dass Putins Vorschlag vom vergangenen Monat vor wichtigen russischen Diplomaten in Astana ausführlich diskutiert wurde – und dem strategischen Abkommen zwischen Russland und der DVRK (Nordkorea, Anm. d. Red.) folgt, das de facto die Sicherheit in Asien untrennbar mit der Sicherheit in Europa verbindet. Das ist etwas, was für den Westen als Ganzes unbegreiflich ist und auch bleiben wird.

Eine neue Eurasien-weite Sicherheitsarchitektur ist eine Aufwertung des russischen Konzepts der „Größeren Eurasischen Partnerschaft“, die eine Reihe von bi- und multilateralen Garantien umfasst und in Putins Worten, offen für „alle eurasischen Länder ist, die sich beteiligen wollen“, auch für NATO-Mitglieder. Die SCO soll – zusammen mit der OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Anm. d. Red.), der GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Anm. d. Red.) und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) – zu einem der Hauptantreiber dieser neuen Sicherheitsvereinbarung werden – der Gegenentwurf

zur „regelbasierten Ordnung“. Der Fahrplan sieht eine sozioökonomische Integration und die Entwicklung internationaler Transportkorridore vor – vom International North-South Transport Corridor – INSTC (Russland-Iran-Indien) bis zum von China unterstützten „Middle Corridor“.

Die beiden entscheidenden Punkte sind jedoch militärischer und finanzieller Natur: 1. „Allmählicher Abbau der militärischen Präsenz externer Mächte“ in Eurasien; 2. Etablierung von Alternativen zu „westlich kontrollierten Wirtschaftsmechanismen“, um „die Verwendung nationaler Währungen im Zahlungsverkehr auszuweiten und unabhängige Zahlungssysteme aufzubauen.“

Übersetzt heißt das: Der akribische Prozess, den Russland betreibt, um der Pax Americana den Todesstoß zu versetzen, wird im Wesentlichen von allen SCO-Mitgliedern geteilt [2].

Willkommen bei SCO+

Präsident Putin führte die Grundzüge aus und bekräftigte „das Engagement aller Mitgliedsstaaten für die Schaffung einer gerechten Weltordnung, auf der Grundla-

ge der zentralen Rolle der Vereinten Nationen und der Verpflichtung souveräner Staaten zu einer gegenseitig vorteilhaften Partnerschaft“ [3]. Er fügte hinzu: „Die langfristigen Ziele für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Energie, Landwirtschaft, Hochtechnologie und Innovation sind im Entwurf der SCO-Entwicklungsstrategie bis 2035 festgelegt.“ Diese langfristige strategische Planung ist ein sehr chinesischer Ansatz: Chinas Fünfjahrespläne reichen bereits bis ins Jahr 2035.

Präsident Xi legte in Bezug auf die führende russisch-chinesische strategische Partnerschaft nach: Beide sollten „die umfassende strategische Koordination verstärken, sich der Einmischung von außen widersetzen und gemeinsam Frieden und Stabilität“ in Eurasien „aufrechterhalten“. Noch einmal: Russland und China stehen an der Spitze der eurasischen Integration und des Strebens nach einer *multi-nodalen* Welt (verschiedene Knotenpunkte, Länder, die ein Netzwerk bilden und miteinander interagieren, Anm. d. Red.). Der Gipfel von Astana hat gezeigt, dass die SCO mit der Aufnahme Indiens, Pakistans und des Irans – und nun auch Belarus' [4] – wirklich Fahrt aufnimmt. Dazu kommt, die Etablierung von Schlüsselakteuren – wie der Türkei, Sau-

di-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Aserbaidschan – als Dialogpartner und des strategisch wichtigen Afghanistans und der Mongolei als Beobachter.

Es war ein langer Weg, von den ursprünglichen Shanghai Five – Russland, China und drei zentralasiatische Nationen – die die Organisation 2001 im Wesentlichen als Anti-Terrorismus-/Anti-Separatismus-Gremium gegründet haben, bis heute. Die SCO hat sich zu einer ernsthaften geökonomischen Kooperation entwickelt, in der Fragen im Detail besprochen werden, z.B. die Sicherheit der Lieferketten. Die SCO geht heute weit über das Kernland-fokussierte Wirtschafts- und Sicherheitsbündnis hinaus: Die SCO umfasst 80 % der eurasischen Landmasse, beherbergt mehr als 40 % der Weltbevölkerung, hat einen Anteil von 25 % am Welt-BIP – Tendenz steigend – und generierte 2022, nach Angaben der chinesischen Regierung, ein weltweites Handelsvolumen von über 8 Billionen US-Dollar. Darüber hinaus verfügen die SCO-Mitglieder über 20 % der weltweiten Erdöl- und 44 % der Erdgasreserven. So ist es nicht verwunderlich, dass das erste Treffen der SCO+, eine Schlüssel-Entwicklung für dieses Jahr, im Palast der Unabhängigkeit in Astana, unter dem Motto „Stärkung des multilateralen Dialogs“, stattfand.

Ein wahres Who is Who der SCO-Partner war anwesend, vom Präsidenten

Aserbaidschans, Ilham Alijew, dem Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, und dem Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, bis zum Mitglied des Obersten Rates der Emirate, Scheich Saud bin Saqr Al Qasimi, dem Vorsitzenden des Volksrates von Turkmenistan, Gurbanguly Berdimuhamedov, UN-Generalsekretär Antonio Guterres und SCO-Generalsekretär Zhang Ming.

Russlands bilaterale Beziehungen zu vielen dieser SCO+-Akteure ist recht umfangreich [5]. Der indische Premierminister Modi reiste nicht nach Astana und schickte stattdessen den indischen Außenminister Jaishankar, der ausgezeichnete Beziehungen zu Außenminister Lawrow unterhält [6]. Modi wurde letzten Monat für eine dritte Amtszeit wiedergewählt und hat mit seiner BJP, die nun über eine sehr viel knappere Mehrheit im Parlament verfügt, an der innenpolitischen Front alle Hände voll zu tun. Nächsten Montag (08.07.2024) wird er in Moskau sein – und Putin treffen.

Die sprichwörtlichen „Teile und Herrsche“-Schreiberlinge haben Modis Nichterscheinen in Astana als Beweis für einen tiefen Graben zwischen Indien und China interpretiert. Das ist Unsinn. Jaishankar sagte nach einem bilateralen Treffen mit Wang Yi – in einer sehr chinesischen Metaphorik – dass „die drei Grundsätze – gegenseitiger Respekt, gegenseitige Rücksichtnahme und gegensei-

tiges Interesse – unsere bilateralen Beziehungen leiten werden“.

Das gilt für den nach wie vor ungelösten Grenzkonflikt; für die heikle Balance, die Neu-Delhi finden muss, um die Amerikaner in ihrer indo-pazifischen Besessenheit zu besänftigen (in ganz Asien verwendet niemand den Begriff „indo-pazifisch“, es heißt „asiatisch-pazifisch“); und es gilt auch für die indischen Bestrebungen, neben China, eine Führungsrolle im globalen Süden zu übernehmen. China sieht sich selbst als Teil des Südens [7]. Wang Yiwei von der Renmin-Universität, Autor des wohl besten Buchs über die Belt and Road Initiative (BRI), argumentiert, dass Peking ein „Identitätsgefühl“ begrüße, das aus der Tatsache erwächst, dass es den globalen Süden repräsentiert und dazu genötigt wurde, sich der Hegemonie Washingtons und der „Deglobalisierungs“-Rhetorik zu widersetzen.

Die neue multi-nodale Matrix

In Astana wurde erneut deutlich, wie schnell die wichtigsten Antreiber der SCO in allen Bereichen voranschreiten – von der Energiekooperation bis hin zu grenzüberschreitenden Verkehrskorridoren. Putin und Xi erörterten die Baufortschritte der gigantischen Gaspipeline Power of Siberia 2 sowie die Abhängigkeit



Transkaspische Internationale Transportroute (Mittlerer Korridor): Ein multimodales Verkehrsnetz, das China mit Europa über Zentralasien, den Südkaukasus und das Kaspische Meer verbindet, 29.5.2024. (Karte: Tanvir Anjum Adib, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)

Zentralasiens von China als Geldgeber und Technologielieferant für die Entwicklung der Wirtschaft.

China ist heute der größte Handelspartner Kasachstans (der Handel in beide Richtungen beläuft sich auf 41 Milliarden US-Dollar, Tendenz steigend). Und ganz wichtig: Bei seinem Treffen mit dem kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew unterstützte Xi die Beitrittsbewerbung Astanas zu BRICS+. Tokajew sagte strahlend: „Die Vertiefung der freundschaftlichen und strategischen Zusammenarbeit mit China ist eine unveränderliche strategische Priorität für Kasachstan.“ Und das bedeutet mehr Projekte im Rahmen der BRI.

Kasachstan – mit einer mehr als 1.700 km langen Grenze zu Xinjiang – ist an all diesen Fronten absolut zentral: BRI, SCO, EAEU, in Kürze BRICS und zu guter Letzt bei der transkaspischen internationalen Transportroute.

Das ist der berühmte Middle Corridor, der China mit Europa verbindet – via Kasachstan, über das Kaspische Meer, Georgien, die Türkei und das Schwarze Meer. Ja, dieser Korridor umgeht Russland: Der Hauptgrund dafür ist, dass chinesische und europäische Händler Angst vor US-amerikanischen Sekundärsanktionen haben. Aus pragmatischen Gründen unterstützt Peking seit 2022 den Bau dieses Korridors als BRI-Projekt. Xi und Tokajew eröffneten per Videoschaltung den so genannten China-Europa-Trans-Kaspischen Express; sie sahen zu, wie die ersten chinesischen LKW auf der Straße zu einem kasachischen Hafen am Kaspischen Meer aufbrachen. Xi und Putin sprachen natürlich auch über den Korridor. Russland versteht die chinesischen Zwänge. Schließlich nutzt der russisch-chinesische Handel eigene – sanktionsfreie – Korridore.

Wieder einmal greifen die „Teile-und-herrsche“-Schreiberlinge – die weder das Offensichtliche noch die Feinheiten der eurasischen Integration verstehen – auf ihr altes, verstaubtes Narrativ zurück: Der globale Süden ist zersplittert, China und Russland sind sich über die Rolle von SCO, BRI und EAEU nicht einig. Auch das ist Unsinn. An allen Fronten werden parallel Fortschritte erzielt. Die SCO Entwicklungsbank wurde ursprünglich von China vorgeschlagen [8]. Das russische

Finanzministerium – eine Mammutorganisation mit 10 Vizeministern – war nicht so begeistert, weil es befürchtete, dass chinesisches Kapital Zentralasien überschwemmen würde. Das hat sich nun geändert, denn der Iran – der sowohl mit Russland als auch mit China strategische Partnerschaften unterhält – ist ziemlich begeistert.

Die strategisch wichtige Eisenbahnverbindung China-Kirgisistan-Usbekistan [9] – ein BRI-Projekt – hat sich langsam entwickelt, wird aber nun nach einer gemeinsamen Entscheidung von Putin und Xi mit Volldampf vorangetrieben. Moskau weiß, dass Peking – aus Angst vor dem Sanktions-Tsunami – die Transsibirische Eisenbahn nicht als Haupthandelsroute auf dem Landweg nach Europa nutzen kann. Die neue kirgisch-usbekische Eisenbahn ist daher die Lösung, die den Weg nach Europa um 900 km verkürzt. Putin hat dem kirgischen Präsidenten Sadyr Japarow persönlich mitgeteilt, dass es keine russische Opposition gibt, im Gegenteil, Moskau unterstützt voll und ganz die von den BRICS-Staaten initiierten und/oder von der EAEU finanzierten Verbundprojekte.

Es ist faszinierend zu beobachten, wie sich die Dynamik zwischen Russland und China im Herzen multilateraler Organisationen wie der SCO entwickelt. Moskau sieht sich als Anführer der kommenden multipolaren Ordnung, auch wenn es sich technisch gesehen nicht als Mitglied des globalen Südens betrachtet (Lawrow besteht auf der „globalen Mehrheit“).

Russlands „Schwenk nach Osten“ begann bereits in den 2010er Jahren, noch vor dem Maidan in Kiew [10], als Moskau begann, seine Beziehungen zum globalen Süden ernsthaft zu konsolidieren.

Es überrascht nicht, dass Moskau die neue, sich entwickelnde multi-nodale Realität – SCO und SCO+, BRICS 10 und BRICS+, EAEU, ASEAN, INSTC, neue Plattformen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten, die neue eurasische Sicherheitsarchitektur – nun eindeutig als das schlagende Herz einer komplexen, langfristigen Strategie betrachtet, die darauf abzielt, die Vorherrschaft der Pax Americana gründlich zu zerschlagen.

 Dieser Text wurde zuerst am 05.07.2024 auf www.sputnikglobe.com unter der URL <https://sputnikglobe.com/20240705/pepe-escobar-why-the-sco-summit-in-kazakhstan-was-a-game-changer-1119251048.html> veröffentlicht. Lizenz: Pepe Escobar, Sputnik, CC BY-NC-ND 4.0

Quellen:

- [1] Sputnik, Svetlana Ekimenko „SCO a 'Strong Voluntary Economic Forum' For Confidence-Building“, am 3.7.2024: <https://sputnikglobe.com/20240703/sco-a-strong-voluntary-economic-forum-for-confidence-building-1119233237.html>
- [2] Sputnik, Red. „New Eurasian Security System to Be Mentioned at SCO Summit – Kremlin“, am 4.7.2024: <https://sputnikglobe.com/20240704/new-eurasian-security-system-to-be-mentioned-at-sco-summit--kremlin-1119237768.html>
- [3] Sputnik, Red. „Russia Is 'Entitled' to Start Manufacturing Medium- and Short-Range Missiles“, am 4.7.2024: <https://sputnikglobe.com/20240704/putin-russia-is-entitled-to-start-manufacturing-medium-and-short-range-missiles-1119245086.html>
- [4] Sputnik, Red. „Russia, Belarus Unmask West's Duplicity on Human Rights“, am 23.6.2024: <https://sputnikglobe.com/20240620/report-by-russian-and-belarusian-foreign-ministries-unveils-wests-duplicity-in-human-rights-sphere-1119072296.html>
- [5] Substack, Karl Sanchez „Off to Astana and SCO Summit“, am 3.7.2024: <https://karlof1.substack.com/off-to-astana-and-sco-summit>
- [6] Sputnik, Oleg Burunov „Lavrov-Jaishankar Talks: Moscow and New Delhi to Boost 'Specially Privileged' Ties“, am 27.12.2024: <https://sputnikglobe.com/20231227/lavrov-jaishankar-talks-moscow-and-new-delhi-to-boost-specially-privileged-ties-1115835693.html>
- [7] Sputnik, Red. „Growing Russia, China Interest in Africa to Provide Economic Boost to Continent – US Investor“, am 1.7.2024: <https://sputnikglobe.com/20240701/growing-russia-china-interest-in-africa-to-provide-economic-boost-to-continent--us-investor-1119200700.html>
- [8] Sputnik, Red. „China Warns NATO Not to Harm Asia-Pacific Region“, am 2.7.2024: <https://sputnikglobe.com/20240702/nato-should-not-harm-asia-pacific-region--chinese-foreign-ministry-1119220567.html>
- [9] SCMP Tageszeitung, Ji Siqi und Kandy Wong „Will China's rail link between Xinjiang, Kyrgyzstan and Uzbekistan change the great power rivalry in Central Asia?“, am 9.6.2022: <https://www.scmp.com/economy/china-economy/article/3180900/will-chinas-rail-link-between-xinjiang-kyrgyzstan-and?module=inline&pgtype=article>
- [10] Sputnik, Svetlana Ekimenko „Ukraine's 'Anti-Terrorist Operation' in Donbass Licensed Neo-Nazis' Bloodbath“, am 13.4.2023: <https://sputnikglobe.com/20240413/ukraines-anti-terrorist-operation-in-donbass-licensed-neo-nazis-bloodbath-1117908365.html>



Die Macht der Energie: Die Geopolitik der Energiewende

Die Geopolitik der Energie hat ein neues Kapitel in ihrer langen Geschichte aufgeschlagen. Klimawandel und Energiesicherheit machen eine Umstellung auf erneuerbare Energien und andere Dekarbonisierungs-Optionen dringend erforderlich. Ein solcher Übergang bedeutet große Veränderungen für Energiesysteme, Märkte sowie Handelsströme und damit auch für industrielle Möglichkeiten und politische Abhängigkeiten.

Autor: Daniel Scholten

Dr. Daniel Scholten ist Gastprofessor an der Universität von Minnesota und Associate Fellow am Clingendael-Institut, wo er sich auf die Geopolitik und Governance der Energiewende spezialisiert hat. In der Vergangenheit war er strategischer Berater für Energie und Nachhaltigkeit bei der niederländischen Behörde für Verbraucher und Märkte, Assistenzprofessor an der Technischen Universität Delft und Mitglied des Expertengremiums der globalen IRENA-Kommission für die Geopolitik der Energiewende.



Die Fülle und weite Verbreitung erneuerbarer Energien könnte beispielsweise die Spannungen auf den derzeit oligopolistischen Öl- und Erdgasmärkten verringern (Anm. d. Red.: Oligopol = Marktform, bei der wenige Anbieter vielen, relativ kleinen Nachfragern gegenüberstehen.). Gleichzeitig bestimmt die Weltpolitik das Tempo und die Richtung der Energiewende. Die Rivalität der Großmächte beeinflusst technologische Entscheidungen, Handelspartnerschaften und die Frage, welche globalen Vereinbarungen getroffen und durchgesetzt werden können.

Ein schneller und gerechter Übergang zu einer nachhaltigeren Energieversorgung ist in einer Welt, in der eine Vielzahl globaler und regionaler Mächte ihre

wirtschaftlichen und politischen Interessen verteidigen, nicht gewährleistet. Wie wird sich dieses wechselseitige und komplexe Zusammenspiel gestalten? Wird die Energiewende die globalen (Energie-)Beziehungen befrieden oder wird die Rivalität der Großmächte die Energiewende zur Waffe machen?

Während die endgültigen Antworten von zukünftigen Historikern gegeben werden müssen, fasst dieser Kurzbericht die wichtigsten Erwartungen und Überlegungen bezüglich des Zusammenspiels zwischen erneuerbaren Energien und globaler Politik zusammen und skizziert die Dilemmata, mit denen die Länder konfrontiert sind, während sie nationale und kollektive Interessen abwägen müssen.

Neue Karte, neues Spiel?

Die Geopolitik der Energie wird gemeinhin mit der Sicherheit der Erdöl- und Erdgasversorgung in Verbindung gebracht, die in der Regel mit der Verfügbarkeit bezahlbarer Lieferungen gleichgesetzt wird. Sie konzentriert sich auf eine Welt, in der einige Länder über bestimmte Ressourcen verfügen, während andere versuchen Zugang zu ihnen zu erlangen. Dies zeichnet ein Bild oligopolistischer globaler Märkte, in denen die Importeure über strategische Reserven verfügen, ihre Importe in Bezug auf Quellen, Herkunft und Routen diversifizieren und mit unterschiedlichen Vertragsbeständen arbeiten, während die Exporteure bestrebt sind, ihre Exporteinnahmen zu maximieren – und ein gemeinsames Interesse mit den Importeuren an einer sicheren Transportinfrastruktur haben.

In den letzten zehn Jahren hat der Übergang zu erneuerbaren Energien und anderen Dekarbonisierungs-Optionen dazu geführt, die Energielandkarte neu zu gestalten – sowohl durch Investitionsmuster als auch direkt. Die geografischen und technischen Merkmale erneuerbarer Energiequellen wie Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft unterscheiden sich stark von Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Quellen sind reichlich vorhanden, weit verbreitet, aber (meist) unregelmäßig auftretend. Die Erzeugung erfordert kritische Minerale und Metalle und eignet sich für eine dezentrale Erzeugung. Der Transport erfolgt im Allgemeinen elektrisch und nicht in fester, flüssiger oder gasförmiger Form, da die meisten erneuerbaren Energieträger direkt in Elektrizität umgewandelt werden, mit den nennenswerten Ausnahmen Wasserstoff und Bioenergie. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Dekarbonisierungs-Optionen in Form von Kernkraft, Effizienzmaßnahmen, Hausisolierung oder CCS (Carbon Capture and Storage, CO₂-Abscheidung und -Speicherung, Anm. d. Red.), die den Übergang unterstützen.

Die Energiewende stellt ein neues Schachbrett dar, auf dem die Länder spielen.

Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit hat sich daher auf die Frage konzentriert, ob dies auch ein neues Spiel impliziert, d.h. welche geopolitischen Auswirkungen die Energiewende hat. Im Großen und Ganzen zeichnen sich etwa acht Erwartungscluster ab (Scholten und Bosman 2016; Scholten 2018, 2023; Scholten et al. 2020; Hafner und Tagliapietra 2020; Vakulchuk et al. 2021; Blondeel et al. 2021; IRENA 2019; und viele andere).

Erstens führen erneuerbare Energien auf lange Sicht zu symmetrischeren Energiebeziehungen. Da alle Länder Zugang zu irgendeiner Form von erneuerbaren Energien haben, werden die meisten in der Lage sein, einen größeren Teil ihres Energiebedarfs im Inland zu decken. Zwar hängt das Ausmaß von den Binnen-Kapazitäten ab, doch verschwimmt die Unterscheidung zwischen Exporteuren und Importeuren, so dass „Prosumer-Länder“ entstehen, die eine „Herstellen-oder-Kaufen“-Option haben. Hinzu kommt, dass es auch mehr Länder gibt, die als potenzielle Exporteure auftreten können, so dass sich ein Käufermarkt herausbildet. Die Handelsvolumina der Energieträger werden wahrscheinlich beträchtlich zurückgehen, was die Bedenken hinsichtlich der Energiesicherheit und der Importabhängigkeit verringert. Die Unterbrechung der Energieversorgung wird jedoch Herausforderungen für das Netzgleichgewicht und die Preisstabilität mit sich bringen, so dass die Verfügbarkeit zum richtigen Zeitpunkt ein strategisches Interesse darstellt.

Zweitens wird die Elektrifizierung langfristig wahrscheinlich zu regionalen Gemeinschaften und regionaler Netzpolitik führen. Die Elektrizität leidet unter Verlusten über große Entfernungen und es gibt strenge Betriebsanforderungen, aufgrund teurer Speicher und, um Kaskadeneffekte zu vermeiden, einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage vor Ort. Ersteres begünstigt zusammen mit dem Überfluss an erneuerbaren Energien länderspezifische Netze oder allenfalls kontinentale Verbindungen, nicht aber einen globalen Verbund/Handel. Letzteres bedeutet, dass die Pipeline-Politik zur Netzpolitik wird. Der Schwerpunkt liegt darauf, wo Verbindungsleitungen gebaut werden sollen und wer das Netz, die Ströme und die Speichereinrichtungen besitzt und kontrolliert. Was-

serstoff ist in dieser Hinsicht interessant, da er einen größeren Handel über große Entfernungen ermöglicht und als Quelle zur Diversifizierung, gegenüber einer übermäßigen Elektrizitäts-Abhängigkeit und zukünftig als Hauptenergievektor dienen kann. Dies könnte für jene Länder von Vorteil sein, die weniger Vertrauen in ihre Nachbarn haben.

Drittens gibt es einen zunehmenden Kampf um den Zugang zu wichtigen Mineralen und Metallen und die Begrenzung der Abhängigkeiten in der Versorgungskette durch die Verlagerung der Verarbeitung (näher an das eigene Land). Derzeit werden die Märkte für Kupfer, Nickel, Kobalt, Lithium und Seltene Erden, nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA 2021), von einigen wenigen Ländern beherrscht (Chile, Indonesien, Demokratische Republik Kongo, Australien und China), während die Verarbeitung bei allen Materialien stark von China dominiert wird. Dieses Problem ist in den kommenden zwei Jahrzehnten, wenn die meisten neuen Kapazitäten installiert werden müssen, besonders dringlich. Das Problem unterscheidet sich jedoch von Öl- und Gasimporten, da es sich um einen Bestand (und nicht um einen Fluss) handelt und Optionen für das Recycling und die Nutzung von Alternativen bietet.

Viertens: Die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Einige erneuerbare Energiequellen sind sehr gut skalierbar, z. B. Solar Paneele, und werden wahrscheinlich auch näher am Wohnort erzeugt. Dies verändert die Funktionsweise der derzeitigen Energieinfrastrukturen und kann lokale Gemeinschaften von der Abhängigkeit von Energieunternehmen und Übertragungsnetzen befreien. Es kann aber auch dazu führen, dass separatistische Gebiete ihre eigenen Energiequellen erhalten, was deren Anliegen stärkt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die wichtige Frage, wie die zukünftigen Energiesysteme aussehen werden. Die Frage, wie viel Energie zentral und wie viel dezentral erzeugt und verteilt wird, ist zusammen mit der Frage, wie viel Alternativen zur Elektrizität wir nutzen werden (neue Wärmeformen wie Wasserstoff, Biogas, Fernwärme), die Schlüsselfrage, mit der sich politische Entscheidungsträger und Netzbetreiber bei der Planung künftiger Energiesysteme ausein-

andersetzen müssen. Die Schätzungen für den Endenergieverbrauch in den verschiedenen Endverbrauchssektoren liegen laut HydrogenCouncil und McKinsey (2021) bei 20-25% Molekülen und 75-80% Elektrizität, hängen aber auch stark von den klimatischen und industriellen Bedürfnissen der Länder ab.

Fünftens und Sechstens: Die Energiewende ist eine große und globale Kraft der schöpferischen Zerstörung. Sie steht für den Aufstieg einer neuen, sauberen Technologiebranche, die von vielen Ländern wegen potenzieller Einnahmen und Arbeitsplätzen begehrt wird und in den nationalen Industriestrategien eine wichtige Rolle spielt (z.B.: USA, EU, China, Indien, Japan). Dieser Wettbewerb ist bereits in vollem Gange, wobei China in allen Bereichen der Elektrizität (Solar, Wind, Batterien, Elektrofahrzeuge) und die OECD-Länder bei den Molekülen (Wasserstoff, CCS, Bioenergie) führend sind.

Gleichzeitig bedeutet die Energiewende den Niedergang der fossilen Brennstoffe, was potenziell zu soziopolitischer Instabilität in den Exportländern führen kann, die in hohem Maße von ihren Einkünften abhängig sind.

Zwar werden in absehbarer Zeit Erdöl und Erdgas nicht verschwinden und die Nachfrage nach erdölbasierten Produkten wird wahrscheinlich sogar noch länger anhalten, doch stellt sich die Frage, wie die Exporteure darauf reagieren werden. Werden sie das Ende des Erdöls hinausögern, in saubere fossile Brennstoffe investieren oder ihre Wirtschaft in Richtung erneuerbare Energien bzw. etwas anderes diversifizieren? Auf jeden Fall werden die Länder, die zu den niedrigsten Kosten pro Barrel produzieren, vor allem der Nahe Osten, die letzten sein, die umstellen müssen. Außerdem wird die steigende Energienachfrage im globalen Süden diesen Ländern wahrscheinlich neue Exportchancen bieten, während der globale Norden sich dekarbonisiert.

Siebtens: Nicht-erneuerbare Dekarbonisierungs-Optionen wie Kernenergie, Effizienzmaßnahmen, Hausisolierung und CCS tragen kurzfristig zur Verringerung

der CO₂-Emissionen bei, bergen aber längerfristig die Gefahr einer Kohlenstoffbindung. Insbesondere die so genannten, schwer abbaubaren Sektoren wie die Schwerindustrie, die chemische Industrie, der Schwerlastverkehr und der Wärmesektor werden wahrscheinlich länger auf fossile Brennstoffe angewiesen sein und durch Wasserstoff und CCS dekarbonisiert werden. Wenn diese Technologien erst einmal installiert sind, lassen sie sich nicht so leicht ersetzen. Außerdem ist es nicht sicher, ob die Kosten für grünen Wasserstoff durch Elektrolyse bald sinken werden.

Schließlich – und das ist vielleicht das Wichtigste – bringt die Energiewende Gewinner und Verlierer hervor. Nicht alle Länder können und werden gleich schnell vorankommen oder gleich stark von dieser Umstellung profitieren. Einige werden ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten durch Exporte sauberer Energietechnologien verringern, während andere einfach fossile Importe durch Importe sauberer Technologien ersetzen werden. Auch die derzeitigen Öl- und Gasexporteure werden sich diversifizieren müssen. Um jedoch in den Genuss der wirtschaftlichen, sicherheits- und klimapolitischen Vorteile erneuerbarer Energien zu kommen, muss der Übergang schnell und gerecht erfolgen. Schnell, denn sonst werden wir Klimaschäden verursachen. Gerecht, denn wir brauchen alle an Bord, um den Klimawandel zu begrenzen. Bisher haben die Länder den Schwerpunkt auf nationale Strategien gelegt, um die Umstellung zu „gewinnen“, während man der Erzielung kollektiver Vorteile und der Gewährleistung einer reibungslosen globalen Energiewende weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die Rolle internationaler Organisationen wie der OPEC, der OECD, der UNO, IRENA usw. bei der Schaffung einer Art globaler Energiepolitik wird in dieser Hinsicht interessant zu beobachten sein.

Letztendlich sind die geopolitischen Auswirkungen der Energiewende eine Sache von zwei Schritten vorwärts und einem Schritt zurück, oder, wenn wir es aus einer zeitlichen Perspektive betrachten, eine Sache eines schwierigen Übergangs mit Licht am Ende des Tunnels. Auch die Bedenken haben sich mit ge-

wandelt, von den Energiequellen zu den Energieträgern und -technologien, d.h. von den Quellen hin zum Vertrieb und den Versorgungsketten.

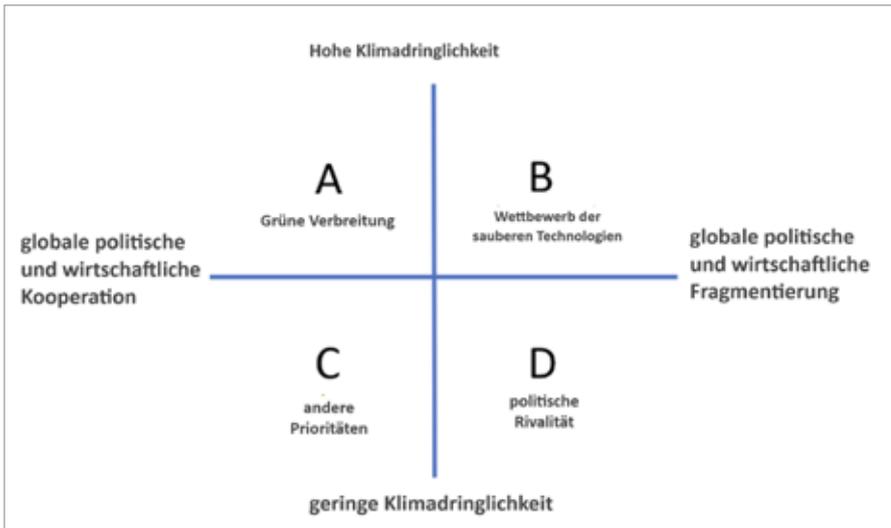
Neue Trends, neues Spiel?

Energie(sicherheits)politik ist ein komplexes Spiel auf zwei Ebenen. Einerseits bestimmen die Möglichkeiten und die Politik im eigenen Land die Energiestrategien, wobei sich die Aufmerksamkeit anschließend auf das Ausland richtet, wenn die Länder etwas einführen oder verkaufen wollen. Andererseits gibt die Weltpolitik die Parameter für politische Prioritäten und Handlungsmöglichkeiten vor. Eine Reihe von Trends verdienen in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit.

An erster Stelle steht der Trend zu einer zunehmenden Rivalität der Großmächte. Waren der Kalte Krieg von Bipolarität und die 1990er und frühen 2000er Jahre von Unipolarität geprägt, so befinden wir uns jetzt in einer Phase, in der Chinas wirtschaftlicher und zunehmend auch militärischer Aufstieg die Hegemonie der USA in Frage stellt – in der sich aber auch viele regionale Mächte wie die EU, Japan, Indien, Russland und Brasilien neu positionieren. In mancher Hinsicht ist die Situation bipolar, mit den USA und China an der Spitze. In anderer Hinsicht multipolar, wobei die Bewältigung der Thukydides-Falle der Schlüssel zur Stabilisierung der globalen Beziehungen zu sein scheint (Anm. d. Red.: Die Thukydides-Falle beschreibt eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen Krieg, wenn eine aufstrebende Macht eine bestehende Großmacht als regionalen oder internationalen Hegemon zu verdrängen droht.).

In einem solchen Umfeld ist Energie nur ein Bereich unter vielen, in denen Staaten miteinander konkurrieren und in denen Energie für andere politische Zwecke instrumentalisiert werden kann.

Staaten können industrielle Wettbewerbsfähigkeit und militärische Vorherrschaft für wichtiger halten als saubere Energie. Zudem kann Energie als Mittel eingesetzt



Vier Szenarien für die Geopolitik der Energiewende. (Grafik: Daniel Scholten, angepasst und übersetzt: Free21)

werden, um potenziellen Rivalen zu schaden, wie wir es zwischen Russland und der EU gesehen haben.

Ein weiterer Trend ist der zunehmende Klimawandel, die Umweltzerstörung und die Erschöpfung der Ressourcen. Die Auswirkungen der bisherigen CO₂-Emissionen werden immer deutlicher spürbar, und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens ist unerreichbar, obwohl die Prognosen von 4 Grad auf 2,5 bis 3 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts gesenkt wurden (Climate Action Tracker 2023). Die Notwendigkeit, aus der Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen, ist weitgehend auf die Sorge um den Klimawandel zurückzuführen und nicht so sehr auf die Verknappung fossiler Brennstoffe, wie lange befürchtet wurde. Derzeit geht man davon aus, dass bei den derzeitigen Verbrauchswerten und den bekannten Reserven noch 50 Jahre Erdgas-, 60 Jahre Öl- und 140 Jahre Kohlereserven zur Verfügung stehen (Energy Institute 2023). Anstelle von Peak Oil stehen wir also vor einem Peak in der Nachfrage. Folglich wird die Energiewende in hohem Maße von der Wahrnehmung des Klimawandels durch die Länder vorangetrieben.

Ein dritter Trend, der in direkterem Zusammenhang mit Energie steht, ist die Verlagerung der weltweiten Energienachfrage in den Globalen Süden, die auf eine Kombination aus Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung zurückzuführen ist (IEA 2018). Es wird von Bedeutung sein, wie sie die Nachfrage zu decken gedenken, z.B. durch erneuerbare

re Energien aus Gründen der Nachhaltigkeit oder durch fossile Brennstoffe, die sich bewährt haben und für die Industrialisierung leicht zugänglich sind (Scholten 2024 in Vorbereitung).

Das Ergebnis dieses komplexen zweistufigen Spiels ist, dass die Energiepolitik und die globale Energiepolitik von großer Vielfalt und vielen Akteuren geprägt sind. Wenn wir schamlos verallgemeinern wollen, könnten wir die globale Dynamik folgendermaßen zusammenfassen: Der Globale Norden sieht erneuerbare Energien im Großen und Ganzen als Mittel zur Diversifizierung, weg von fossilen Brennstoffen und als Schlüsselaspekt der Industriepolitik, d.h. als Motor für Arbeitsplätze und Exporte. Sie werden um Marktanteile konkurrieren und gleichzeitig ein gemeinsames Interesse an der Eindämmung des Klimawandels haben. Der Globale Süden sieht in der Energiewende ein Mittel, um den Zugang zu Energie und die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, indem er eigene Ressourcen und Materialien verkaufen und in der Wertschöpfungskette aufsteigen kann, was mit fossilen Brennstoffen nicht möglich wäre. Obwohl sie relativ stark vom Klimawandel betroffen sind, fehlen ihnen die finanziellen Mittel, um ihren Energiesektor grüner zu gestalten und sie könnten sich stattdessen für billige fossile Brennstoffe entscheiden. Für Exporteure fossiler Brennstoffe wie die OPEC-Länder und Russland bedroht die Energiewende ihre Haupteinnahmequelle und die Stabilität ihres Landes. Sie entwickeln daher, wie bereits erwähnt,

Strategien, wie sie mit einem schrumpfenden Sektor umgehen können, werden aber wahrscheinlich kurzfristig mit dem Technologie-Export für erneuerbare Energien konkurrieren.

Die Vielfalt der Trends und Akteure macht es schwierig, das Ergebnis dieser Interaktion abzuschätzen. In solchen Situationen können Szenarien ein hilfreiches Instrument sein, um die Komplexität auf ein überschaubares Maß zu reduzieren. Die Kombination aus Großmachtrivalität und (wahrgenommener) Klimadringlichkeit können als die beiden zentralen Unsicherheiten in globalen Energiesicherheitsszenarien und strategischem Denken betrachtet werden, obwohl anstelle der Klimadringlichkeit auch Durchbrüche bei sauberen Technologien genutzt werden (Goldthau et al. 2019). Es hat sich auch in meinen eigenen Kursen zur Geopolitik der Energiewende immer wieder bewährt. Im Großen und Ganzen können wir auf der Grundlage dieser beiden Ungewissheiten vier Szenarien entwerfen und daraus Konsequenzen für die Geschwindigkeit und Richtung der Energiewende ableiten (siehe Abbildung 1).

Szenario B (Wettbewerb der sauberen Technologien) ist das, was die meisten als den gegenwärtigen Stand der Dinge betrachten würden. Es stellt eine Welt dar, in der ein großer Bedarf an Klimaschutzmaßnahmen besteht und die politisch zunehmend fragmentiert ist. Es handelt sich um eine Welt, in der rivalisierende Großmächte saubere Energietechnologien in einem Umfeld starken wirtschaftlichen

Wettbewerbs und durch protektionistische, wenn nicht geradezu merkantilistische Methoden entwickeln. Dies führt zu einer schnellen Verbreitung erneuerbarer Energien in den Ländern, die diesen Wettbewerb „gewinnen“, und in den Ländern, die mit ihnen verbündet sind, aber zu einem langsamen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in den Gebieten, die bei dieser Energiewende wahrscheinlich „verlieren“ werden. Wenn der Handel stark politisiert wird, kann er nur zwischen bestimmten Ländern und/oder innerhalb bestimmter Regionen oder Blöcke stattfinden.

Szenario C (andere Prioritäten) stellt das Gegenteil von Szenario B dar. Es stellt eine zukünftige Welt der wirtschaftlichen Globalisierung durch Kooperation und

globale Institutionen dar, möglicherweise unter hegemonialer Führung. Klimamaßnahmen haben keine oberste Priorität, da entweder die Klimaauswirkungen durch Anpassung (und nicht durch Abschwächung) bewältigt werden oder andere, sozioökonomische Fragen Vorrang haben. Dies führt zu einem Handel sowohl mit fossilen Brennstoffen als auch mit erneuerbaren Energien, wobei saubere Technologien als Chance für die Industrie gesehen werden, die Rivalität jedoch durch Märkte und globale Institutionen gesteuert wird. Sowohl die Verbreitung erneuerbarer Energien als auch der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen findet mit moderater Geschwindigkeit statt.

Die Szenarien A und D stellen die beiden Extremfälle dar. Szenario A (grüne Verbreitung) stellt eine Welt dar, in der ein „Vertrag über die Verbreitung erneuerbarer Energien“ geschlossen wird, um den Klimawandel einzudämmen, da die globale Zusammenarbeit ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht, während die Auswirkungen des Klimawandels entweder spürbar sind oder als wichtigstes politisches Thema wahrgenommen werden. Im Wesentlichen wird ein Kompromiss zwischen den Bedenken des Globalen Nordens in Bezug auf Energie- und Materialsicherheit, Schutz der Rechte an geistigem Eigentum und industriellen Möglichkeiten sowie den Sorgen des Globalen Südens in Bezug auf Finanzen, Know-how und wirtschaftliche Entwicklung gefunden, während Formen zur Entschädigung der Exporteure fossiler Brennstoffe oder Mittel zu ihrer Beteiligung an der Energiewende gefunden wurden (z.B. Wasserstoff). Der Übergang zu erneuerbaren Energien schreitet sehr schnell voran, während die fossilen Brennstoffe schnell ersetzt werden.

Szenario D (politische Rivalität) stellt schließlich eine Welt dar, in der die Rivalität der Großmächte die Klimaproblematik überschattet und die Länder sich auf die Klimaanpassung und die Sicherung der Energieversorgung mit allen erforderlichen Mitteln konzentrieren. Der Schwerpunkt liegt auf der Nutzung aller verfügbaren Binnen-Quellen in einem Umfeld politisierter Lieferketten (z.B. kritische Materialien). Die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen, insbesondere von konkurrierenden Ländern, wird ver-

mieden, so dass sich einige auf heimische fossile Brennstoffe und andere auf erneuerbare Energien konzentrieren. Dies führt dazu, dass erneuerbare Energien je nach den Ressourcen der Länder langsam oder schnell, insgesamt aber mittelfristig eingeführt werden und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen langsam erfolgt.

Insgesamt ist der Einfluss der Weltpolitik auf das Tempo und die Richtung der Energiewende in Zeiten starker Rivalität zwischen Großmächten größer. Wenn wirtschaftlicher Wettbewerb und militärische Bedrohungen zunehmen, können die Länder kurzfristige Ziele nicht für langfristige Vorteile opfern. Nur eine unmittelbare globale Klimakatastrophe könnte zu einem „Waffenstillstand“ führen, aber dann ist es aus klimatischer Sicht natürlich schon zu spät. In diesem Sinne bietet Szenario B noch eine gewisse Hoffnung, aber wir müssen darauf achten, dass die Rivalität der Großmächte nicht weiter eskaliert, um nicht in Szenario D zu landen.

Die Sicherheitsvorteile der erneuerbaren Energien nutzen

Zu Beginn dieses Kurzberichts haben wir uns gefragt, wie sich die Wechselwirkung zwischen der Energiewende und der Weltpolitik gestalten wird. Wird die Energiewende die globalen (Energie-)Beziehungen befrieden oder wird die Rivalität der Großmächte die Energiewende zur Waffe machen? Betrachtet man die Geopolitik der Energie, die 8 Erwartungen und 4 Szenarien als ein Spiel mit zwei Ebenen, so lautet die Antwort: ein wenig von beidem.

Kurzfristig wird die Weltpolitik das Tempo und die Richtung der Energiewende bestimmen, langfristig werden erneuerbare Energiequellen und -technologien die Energiebeziehungen von Grund auf neu gestalten.

In diesem Sinne entpolitisieren erneuerbare Energien im Laufe der Zeit die globalen (Energie-)Beziehungen, indem sie zu einem Endstadium führen, in dem die Energieautarkie größer ist als derzeit, während der politische Wettbewerb die genannten

Quellen:

- [1] Blondeel, M., M. Bradshaw, G. Bridge and C. Kuzemko. 2021. The geopolitics of energy system transformation: A review. *Geography Compass*. DOI: 10.1111/gec3.12580.
- [2] Climate Action Tracker. 2023. December 2023 Update. <<https://climateactiontracker.org/global/temperatures/>>.
- [3] Energy Institute 2023. Statistical review of world energy. <www.energyinst.org/statistical-review>.
- [4] Goldthau, A., K. Westphal, M. Bazilian and M. Bradshaw. 2019. How the energy transition will reshape geopolitics. *Nature*, 569, 29–31.
- [5] Hafner, M. and S. Tagliapietra (Eds.). 2020. *The Geopolitics of the Global Energy Transition*. Cham: Springer Nature.
- [6] HydrogenCouncil, & McKinsey. (2021, February). *Hydrogen Insights, A Perspective on Hydrogen Investment, Market Development and Cost Competitiveness*. <<https://hydrogencouncil.com/wp-content/uploads/2021/02/Hydrogen-Insights-2021.pdf>>
- [7] International Energy Agency (IEA). 2018. *World energy outlook 2018*. <www.iea.org>.
- [8] International Energy Agency (IEA). 2021. *World energy outlook 2021*. <www.iea.org>
- [9] International Renewable Energy Agency (IRENA). 2019. *A New World – The Geopolitics of the Energy Transition*. Report by the Global Commission on the Geopolitics of Energy Transformation. Abu Dhabi: IRENA.
- [10] Scholten, D. and Bosman, R. 2016. The geopolitics of renewables; exploring the political implications of renewable energy systems. *Technological Forecasting and Social Change*, 103, 273–283.
- [11] Scholten, D. and D. Zuckerman. 2024. *The Geopolitics of the Global Energy Demand Transition*. Forthcoming in the *Analyses series of the Elcano Royal Institute*, Madrid, Spain.
- [12] Scholten, D., Bazilian, M., Overland, I. and Westphal, K. 2020. The geopolitics of renewables: New board, new game. *Energy Policy*, 138, 111059.
- [13] Scholten, D. (Ed.). 2018. *The Geopolitics of Renewables*. Cham: Springer Nature.
- [14] Scholten, D. (Ed.). 2023. *Handbook on the Geopolitics of the Energy Transition*. Cheltenham: Edward Elgar.
- [15] Vakulchuk, R., I. Overland and D. Scholten. 2020. Renewable energy and geopolitics: Literature review. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 122, 109547.

Herausforderungen des Übergangs, z.B. den Zugang zu kritischen Materialien und die industrielle Rivalität, verschärft wird. Während es schwer vorstellbar ist, dass die globale Politik die gesamte Energiewende zum Entgleisen bringt, da uns früher oder später die fossilen Brennstoffe ausgehen werden, zwingen uns die Klimaschäden dazu, eine Folgefrage zu stellen: Wie kann eine reibungslose globale Energiewende gewährleistet werden?

Eine reibungslose globale Energiewende beruht auf dem Verständnis des komplexen Zusammenspiels zwischen (Veränderungen in) Energiesystemen, der globalen Politik und der Suche nach Möglichkeiten für politische Entschei-

dungsträger, nationale Energiesicherheits- und Industrieinteressen mit kollektiven Klima- und Stabilitätsbelangen in Einklang zu bringen. In diesem Bereich muss noch viel geforscht werden, sowohl konzeptionell als auch empirisch, aber auch ausdrücklich im Hinblick auf die Möglichkeiten einer globaleren Energiepolitik. Was letzteres betrifft, so scheint die Einordnung der erneuerbaren Energien in den Rahmen nationaler und globaler Sicherheitsvorteile neben den Vorteilen für das globale Klima und die nationale Wirtschaft ein erster Schritt in diese Richtung zu sein. Historisch gesehen hat sich eine globale Energiepolitik nur in den Fällen herausgebildet, in denen

Energie und militärische Sicherheit miteinander verbunden waren, z.B. bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ein zweiter Schritt wäre dann ein Vertrag über die Verbreitung erneuerbarer Energien, der, wie bereits erwähnt, die Interessen des Globalen Nordens, des Globalen Südens und der Exporteure fossiler Brennstoffe in Einklang bringt. Solche Dinge sind natürlich viel leichter zu schreiben als zu tun, aber etwas in dieser Richtung ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Energie-, Klima- und Sicherheitsvorteile der erneuerbaren Energien während und nicht erst nach dem Übergang realisiert werden.

Das militärische Denken Russlands

Die nordischen Länder und die Ukraine



Autor: Ola Tunander

ist Professor Emeritus am PRIO (Peace Research Institute Oslo – Institut für Friedensforschung) in Oslo. Von 1987-2016 arbeitete er als Forscher am PRIO und veröffentlichte 12 Bücher und eine Reihe von Artikeln zu den Themen: Sicherheitspolitik, Marinestrategie, U-Bootoperationen, Geopolitik, Dual state, Psychologische Operationen (PSYOP) und zur Geschichte des Kalten Krieges.



Für Russland ging es bei der Invasion der Ukraine nicht um Landeroberungen oder die Unterwerfung eines Volkes, nicht um die Wiederherstellung der Sowjetunion oder des Russischen Reiches, sondern um die Schaffung einer „neutralen Pufferzone“, um Russlands Existenz als Staat zu garantieren. Für Russland ist eine Pufferzone überlebenswichtig. Das gleiche Problem gilt für Nordeuro-

pa. Während des Kalten Krieges dienten die nordischen Länder als Zone der Entspannung – als Pufferzone – da Schweden und Finnland mehr oder weniger neutral waren und Norwegen als NATO-Mitglied auf dem eigenen Territorium keine US-Stützpunkte erlaubte. Nun riskieren wir, mit dem NATO-Beitritt und den neuen Verteidigungs-Kooperations-Abkommen (Defense Cooperation

Dieser Text wurde zuerst am 03.06.2024 auf [www.olatunander.substack.com](https://olatunander.substack.com) unter der URL <https://olatunander.substack.com/p/russian-military-thinking> veröffentlicht. Lizenz: © Ola Tunander

Grafik Seite 27: Grenzen von NATO und Warschauer Pakt von 1949 (Gründung der NATO) bis 1990 (Ende der DDR mit dem Ausscheiden aus dem Warschauer Pakt), erstellt am 26.2.2023. (Karte: Discombobulantes, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)

Berlin: Tagung. Zum Abschluß stellten sich die Leiter der Delegationen zur turnusmäßigen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages den Fotografen. v.l.n.r.: Gustáv Husak (CSSR), Todor Shiwkow (VRB), Erich Honecker (DDR), Michail Gorbatschow (UdSSR), Nicolae Ceausescu (SRR), Wojciech Jaruzelski (VRP) und János Kádár (UVR), 29.5.1987. (Foto: Rainer Mittelstädt, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0-DE)



Quellen:

- [1] Regeringskansliet Schwedische Kanzlei der Ministerien „Avtal om försvarssamarbete (DCA) mellan Konungariket Sveriges regering och Amerikas förenta staters regering“, am 7.12.2023: <<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/sveriges-internationella-overenskommelser/2023/12/avtal-om-forsvarssamarbete-dca-mellan-konungariket-sveriges-regering-och-amerikas-forenta-staters-regering/>>
- [2] Regjeringen.no Norwegische Regierung, RAND Europe, James Black, Stephen Flanagan u. A. „Enhancing deterrence and defence on NATO’s northern flank“, in 2020: <<https://www.regjeringen.no/contentassets/b6f5ea0d2d6248b4ae413c554365e93/rand-rr-4381-enhancing-deterrence-and-defence-on-natos-northern-flank.pdf>>
- [3] Amazon, Peter Schweizer „Victory: The Reagan Administration’s Secret Strategy That Hastened the Collapse of the Soviet Union“, veröffentlicht am 1.4.1996: <<https://www.amazon.com/Victory-Administrations-Strategy-Hastened-Collapse/dp/0871136333>>
- [4] Amazon, Rober M. Gates „Duty: Memoirs of a Secretary at War“, veröffentlicht am 12.5.2015: <<https://www.amazon.com/Duty-Memoirs-Secretary-at-War/dp/030794963X>>
- [5] Ola’s Substack, Ola Tunander „Did Russia violate International Law? Part 1“, am 5.10.2023: <<https://olatunander.substack.com/p/did-russia-violate-international>>
- [6] Medströms bokförlag (Verlag), Tomasz Awlasiewicz und Mats Staffansson „De osynliga – öststaternas bästa spioner“, veröffentlicht im Januar 2024: <<https://www.medstromsbokforlag.com/portfolio-c17to>>
- [7] siehe [6]: <<https://www.medstromsbokforlag.com/portfolio-c17to>>
- [8] Boktugg Buchinforamtionen, Ola Tunander „Det svenska ubåtskriget“, veröffentlicht am 21.11.2019: <<https://www.boktugg.se/bok/9789173291408/det-svenska-ubatskriget/>>
- [9] PRIO Institut für Friedensforschung (Oslo), Ola Tunander „The Informal NATO or NATO als Gemeinschaft - The Case of Sweden“, veröffentlicht in 2000: <<https://www.prio.org/publications/3874>>

Agreements – DCA, Anm. d. Red.) zwischen den Vereinigten Staaten und den nordischen Ländern [1] eine militärische Konfrontation.

Die Vereinigten Staaten denken traditionell in Begriffen der „Eindämmung“, um jede Form der Expansion durch die Sowjetunion und später durch Russland „einzudämmen“. Die USA verlegten Streitkräfte in die Nähe der gegnerischen Grenze, um im Falle eines Angriffs die Mobilisierung größerer Streitkräfte auszulösen. Aber wie der RAND-Bericht über Norwegen – „Enhancing Deterrence and Defense on NATO’s Northern Flank“ (2020) [2] – zeigt, wollten die Vereinigten Staaten Raketen und Flugzeuge ziemlich nah an Russlands Grenze stationieren, um lebenswichtige Einrichtungen tief auf russischem Hoheitsgebiet angreifen zu können und Norwegen und der NATO eine „glaubwürdige Abschreckung“ zu verleihen. RAND argumentiert, dass dies Russland davon abschrecken würde, einen Angriff auf Norwegen zu riskieren. Dieses Argument setzt jedoch voraus, dass Russland sein Territorium ausweiten will.

Dieses angeblich defensive „Eindämmungs“-Argument wurde jedoch stets durch eine „Roll-Back“-Strategie der USA ergänzt, die darauf abzielte, die Sowjets oder Russland Schritt für Schritt zurückzudrängen. Dies war die Politik von CIA-Direktor Allan Dulles in den

1950er Jahren. Aber dasselbe offensive „Roll-Back-Denken“ wurde in den 1980er Jahren von der US-amerikanischen „Victory School“ [3], von William Casey, dem damaligen CIA-Direktor und ehemaligen OSS-Kollegen von Dulles favorisiert (Anm. d. Red.: Das OSS, Office of Strategic Services, ist der Vorgänger der CIA). Auch in den 1990er Jahren von den neokonservativen Vereinigten Staaten unter Verteidigungsminister Dick Cheney, aber auch von Präsident George H.W. Bushs nationalem Sicherheitsberater Brent Scowcroft. Sie wollten die Vereinigten Staaten „zwischen Deutschland und Russland in Mitteleuropa“ platzieren und sogar in die Sowjetunion selbst gehen. Cheney wollte „nicht nur die Sowjetunion und das Russische Reich, sondern Russland selbst zerschlagen“, um den CIA-Direktor und späteren Verteidigungsminister Robert Gates zu zitieren [4]. Cheney wollte Russland nach Moskau zurückdrängen.

Während amerikanische Sicherheitsanalysten in Begriffen wie „Abschreckung“, „Eindämmung“ und „Roll-Back“ denken, ist das Denken russischer Analysten von „Pufferzonen“ geprägt und davon, notfalls hart zuzuschlagen. Man denkt an eine notwendige Verteidigungstiefe zum Schutz der vitalen Interessen Russlands. Dieses russische Denken wurde durch jahrhundertelange westliche Angriffe auf Russland ge-

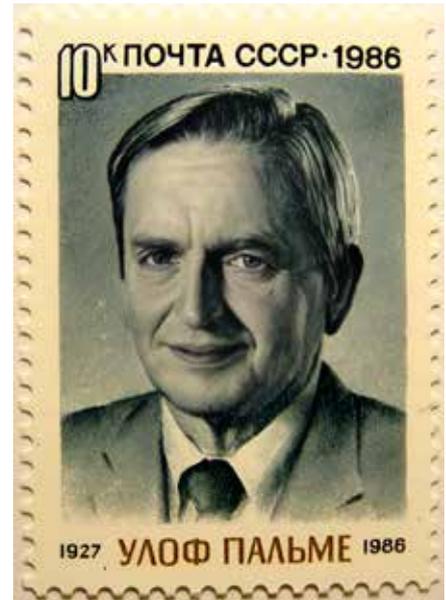
prägt, von Karl XII. im 18. Jahrhundert über Napoleon im 19. bis hin zu Nazi-Deutschland im 20. Jahrhundert, die alle tief auf russisches Territorium vorstießen. All diese Angriffe wurden zurückgeschlagen, aber mehr als 25 Millionen Russen starben im Zweiten Weltkrieg. Das Mitteleuropa des Kalten Krieges mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn war nicht Teil eines Imperiums, wie wir es kennen. Vielmehr sollten sie als eine kontrollierte Pufferzone verstanden werden, um zu verhindern, dass der Krieg erneut auf russischem Boden ausgetragen wird und mehrere Millionen Russen ihr Leben verlieren. Dies war sicherlich nicht die Wahl der Polen, Tschechen und Ungarn. Und ab Ende 1988 versuchte Präsident Michail Gorbatschow, die Staaten des Warschauer Pakts durch eine neutrale Pufferzone unabhängiger Staaten zu ersetzen, was 1990/91 von allen westlichen Staats- und Regierungschefs befürwortet wurde [5]. Wenn Moskau seine 350.000 Mann aus Ostdeutschland abzöge, würde es keine Ausweitung der NATO nach Osteuropa und nicht einmal nach Ostdeutschland geben, versprochen sie alle.

Im Sommer 1992 reisten mein Kollege Robert Bathurst und ich zusammen mit amerikanischen Militärgeschichtlern nach Russland [6]. Fast alle Teilnehmer kamen aus amerikanischen Geheimdiensten. Robert Bathurst war Dolmetscher zwischen Präsident Eisenhower und Chruschtschow und verantwortlich für die Washington-Moskau-Hotline. Er war stellvertretender US-Attaché in Moskau und Leiter des U.S. Marinegeheimdienstes für Europa. In Leningrad/St. Petersburg (die Stadt war gerade dabei, ihren Namen zu ändern) sprachen wir mit Wladimir Cheremnikh [7], der in den späten 1970er und 1980er Jahren erster Stellvertretender Stabschef des Leningrader Militärbezirks war und damit verantwortlich für die Planung eines militärischen Angriffs auf Nordeuropa, der durchgeführt worden wäre, falls es zu einem großen amerikanisch-sowjetischen Krieg gekommen wäre.

Wir luden ihn nach Oslo ein, damit er seine Erfahrungen als sowjetischer Oberbefehlshaber in Afghanistan für ein

Jahr (1981-82) und seine Erfahrungen als Leiter der militärischen Planung für Nordeuropa in den späten 1970er Jahren, sowie Anfang und Mitte der 1980er Jahre vorstellen konnte. General Fredrik Bull-Hansen, ehemaliger norwegischer Verteidigungsminister, und sein Geheimdienstchef Jan Ingebrigtsen nahmen ebenfalls an den Seminaren teil. Generalleutnant Cheremnikh erklärte, im Falle eines westlichen Angriffs auf die Sowjetunion hätten die sowjetischen Streitkräfte in Leningrad, Petrosawodsk und Kandalakscha Finnland und möglicherweise auch die nördliche Spitze Schwedens besetzt, während die Streitkräfte in Murmansk die Provinz Finnmark im Nordosten Norwegens eingenommen hätte. Bodø und andere Luftwaffenstützpunkte in Nordnorwegen wären ausgeschaltet worden.

Als ich Cheremnikh fragte, was passiert wäre, wenn die Vereinigten Staaten schwedische Luftwaffenstützpunkte genutzt hätten, antwortete er, dass sie in diesem Fall ebenfalls zerstört worden wären, aber die Russen Schweden nicht besetzt hätten. „Die Einnahme Schwedens war nicht notwendig“, sagte er. Allerdings ist bekannt, dass die Sowjets zu dieser Zeit nicht in der Lage gewesen sind, diese Luftwaffenstützpunkte mit konventionellen Luftangriffen zu zerstören. Solche Angriffe hätten ein kontinuierliches Bombardement erfordert, und die russischen Verluste an Flugzeugen wären in diesem Fall inakzeptabel gewesen. Höchstwahrscheinlich hätten sie eher Atomwaffen eingesetzt. (2008 veröffentlichte General Bengt Gustafsson, der ehemalige schwedische Oberbefehlshaber, ein Dokument des schwedischen Geheimdienstes MUST über die sowjetischen Pläne für einen Angriff auf Nordeuropa auf der Website des in Washington und Zürich ansässigen „Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact“. Das Dokument enthielt ein Gespräch mit General Cheremnikh und wie sich herausstellte, war ich derjenige, der das Dokument verfasst hatte. Ich hatte es dem schwedischen Verteidigungsattaché in Oslo übergeben, und dann wurde es als MUST-Dokument präsentiert. Die Informationen aus die-



Eine sowjetische Hommage an Olof Palme, hochgeladen am 15.2.2005. (Bild:Patrick Strang, Flickr, CC BY-NC 2.0)

sem Dokument hatte ich bereits 1995 in einem Buch veröffentlicht.

Schwedens Verteidigungsminister Sven Andersson (1957-1973) hatte eine geheime Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, die vorsah, dass, bevor Schweden von den Sowjets angegriffen würde, amerikanische Flugzeuge – vom ersten Tag eines Krieges an – auf schwedischen Luftwaffenstützpunkten landen sollten. Im Falle eines Krieges an der zentralen Front hätten die in Westdeutschland stationierten US-Flugzeuge irgendwo untergebracht werden müssen, und Schweden war die beste Option für die US-Luftwaffe [8]. Die US-Flugzeuge wären bereits vor einem möglichen sowjetischen Angriff auf Schweden auf schwedischen Luftwaffenstützpunkten gelandet. Dies wurde mir von Anderssons engem Berater Ingemar Engman mitgeteilt [9] und wurde ebenfalls vom ehemaligen US-Verteidigungsminister James Schlesinger 1993 auf einer Konferenz bestätigt. Auf meine Frage, wie er Schweden einschätze, sprach er von „zwei Schweden“, von Schweden als dualem Staat, in dem „das militärische Schweden plante, dass wir so schnell wie möglich kommen“, also vor einem sowjetischen Angriff auf Schweden. Das

„Politische Schweden“ mit Ministerpräsident Olof Palme (1969-76; 1982-86) hat diese Politik nicht akzeptiert. Er übergab 1976 die schwedische Vereinbarung über die Stationierung von US-Flugzeugen von „Tag eins“ an, nicht dem neuen Ministerpräsidenten Thorbjörn Fälldin. Palme muss verstanden haben, dass die Nutzung schwedischer Luftwaffenstützpunkte durch die USA in einer frühen Phase eines Krieges Schweden zu einem Ziel für sowjetische Atomraketen machen würde.

Die russische Denkweise basierte auf zwei Arten von Pufferzonen, einer „inneren Zone“ der Kontrolle und einer „äußeren Zone“ der Verweigerung, in der die Russen den US-amerikanischen oder westlichen Streitkräften den Zutritt verweigern würden. (Vgl. die Kubakrise von 1962, als die amerikanisch-russischen Beziehungen umgedreht wurden. Die USA verweigerten den Sowjets das Recht, Raketen auf Kuba zu stationieren). Dies ist in der Tat eine Parallele zu den Überlegungen der USA, wie man mit US-Flugzeugträgern operiert. Die Flugzeugträger mussten immer eine innere Zone der „Seekontrolle“ mit ihren eigenen Luftabwehrsystemen einrichten, in der die US-Marine ihre eigenen Schiffe einsetzen konnte: zum Beispiel zwei Kreuzer, zwei Zerstörer und eine Fregatte. Außerhalb dieser Zone würde man eine „See-Verweigerungs“-Zone einrichten, in der man das Recht und die Fähigkeit der gegnerischen Flugzeugträger-Battle-Groups, Operationen mit U-Booten und Flugzeugen durchzuführen, verweigern würde. Ich habe meine Doktorarbeit über das Denken der USA zur Seestrategie in den 1980er Jahren geschrieben, einschließlich des Einsatzes von Flugzeugträger-Battle-Groups in den nordischen Gewässern [10].

Das russische militärische Denken basiert auf der gleichen Idee: einer „inneren Zone der Kontrolle“ und einer „äußeren Zone der Verweigerung“. Gemäß dem finnisch-sowjetischen „Abkommen der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung von 1948“ würde Finnland den Streitkräften der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder nicht gestatten, finnisches Hoheitsgebiet oder den finni-

schen Luftraum zu nutzen, da dies eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellen würde. Chermnikh sagte: „Wir hatten ein Abkommen mit den Finnen, aber wir haben ihnen nicht vertraut“. Finnland und Finnmark gehörten zur „inneren Zone“, die die Russen kontrollieren mussten, um zu überleben, während sie den Amerikanern die Möglichkeit verweigern würden, von der „äußeren Zone“ aus (im wesentlichen Schweden und Norwegen) zu operieren. Sie würden die US-Basen zerstören. Es gibt Grund zu der Annahme, dass die russische Planung heute die gleiche ist. Die Geographie hat sich nicht geändert.

Die russische Elite hat kein Interesse an der Eroberung fremder Gebiete oder der Herrschaft über andere Völker. Die Erfahrungen in Polen und Afghanistan in den 1980er Jahren oder früher in der Tschechoslowakei sprechen eine deutliche Sprache. Die heutige Generation der politischen Führung in Moskau ist sich sehr wohl bewusst, dass die Kontrolle des Territoriums anderer in Friedenszeiten nicht ohne unannehmbare Kosten möglich ist. Natürlich gibt es russische Offiziere, die von einem Großrussland träumen, so wie einige schwedische Offiziere, die von der Größe Schwedens des 17. Jahrhunderts träumen. Aber das hat nichts mit praktischer Politik zu tun. Für Russland geht es beim Einmarsch in die Ukraine nicht darum, ein Land zu erobern oder ein anderes Volk zu unterwerfen, sondern darum, eine Pufferzone zu haben, wenn die Existenz des russischen Staates bedroht ist.

Aber was ist mit den russischen Minderheiten in den postsowjetischen Staaten? Zusammen mit Russland wurden sie bekannt als „Russische Welt“ oder „Russkiy Mir“. Fühlt Russland nicht eine besondere Verantwortung für diese russischsprachigen Gebiete außerhalb Russlands? Ja, in gewisser Weise schon, aber, obwohl Kiew die russischsprachigen Gebiete Donezk und Lugansk in der Ostukraine ab 2014 beschoss – mit Tausenden toten Zivilisten – und obwohl die „neuen Republiken“ Donezk und Lugansk um die Anerkennung als Teil Russlands gebeten haben, hat Wladimir Putin sie ihnen verweigert. Für Putin war die Idee der „russischen Welt“ dem An-

spruch der UN-Charta auf die Souveränität der Staaten untergeordnet. Vielleicht wollte Putin auch sicherstellen, dass die russischsprachigen Menschen in der Ostukraine nicht zu einer Minderheit werden, die von den radikalen Nationalisten aus der Westukraine dominiert werden. Die Krim ist ein ganz anderer Fall. Bereits 1991, vor der Auflösung der Sowjetunion, sprachen sich 93 % der Krim-Bevölkerung dafür aus, zu Russland und nicht zur Ukraine zu gehören. Außerdem würde Russland den Marinestützpunkt Sewastopol niemals den Vereinigten Staaten überlassen. Das Problem für die Krim war, dass Boris Jelzin 1991 mehr damit beschäftigt war, die Macht in Moskau zu ergreifen und Michail Gorbatschow auszumanövrieren, als die Risiken eines künftigen Krieges zu begrenzen.

Ein weiteres Indiz dafür, dass Wladimir Putin das bestehende postsowjetische Russland akzeptiert, ist die Tatsache, dass er mit den Minsker Vereinbarungen von 2015 zufrieden war. Sie boten eine Garantie für eine „neutrale Ukraine“ und die Garantie, dass der russischsprachigen Bevölkerung im Osten erlaubt werden würde, Russisch zu sprechen. Als jedoch das ukrainische Parlament 2019 erklärte, der NATO beitreten zu wollen (was im Widerspruch zum Minsker Abkommen stand) und gleichzeitig mit der Aufstockung der Streitkräfte entlang der Grenze zu Donezk und Lugansk begann, sowie danach ab Mitte Februar 2022 die Städte Donezk und Lugansk in Vorbereitung einer Offensive massiv beschoss [11], nahm Moskau dies als Kriegserklärung wahr. Bei den Verhandlungen in Istanbul im März 2022 forderte Russland eine „neutrale Ukraine“, sagte Dawyd Arachamija, Leiter der ukrainischen Delegation, und fuhr fort [12]: „In der Tat war dies der wichtigste Punkt [für die Russen]. Alles andere war nur Kosmetik.“ Die Verhandlungen waren ein „Erfolg“, sagte Oleksij Arestowytch, militärischer Berater von Präsident Selenskyj in der Delegation. [13] „Wir haben die Champagnerflasche geöffnet. Es waren rundum erfolgreiche Verhandlungen“, sagte er. Der britische Premierminister Boris Johnson reiste jedoch nach Kiew und sagte



Der türkische Präsident Erdogan spricht im März 2022 kurz vor den Friedensgesprächen zwischen Russland und der Ukraine zu den Verhandlungsführern. (Bild: Gettyimages)

laut Arachamija [14]: „Wir sollten überhaupt nichts mit ihnen unterzeichnen und einfach kämpfen.“ Johnson forderte Kiew auf, nichts aus Russland zu akzeptieren. Hätten die Briten nicht interveniert, könnten wir heute eine neutrale Ukraine haben und eine Fortsetzung des Krieges mit einer halben Million toter Ukrainer wäre vermieden worden.

Seit dem ersten Tag der Invasion gingen die Massenmedien davon aus, dass Russland die Ukraine erobern wollte, dann aber scheiterte. Nach einer westlichen Faustregel hätte eine Besetzung jedoch mindestens eine fünfmal so große Truppe erfordert [15]: ein Soldat pro 40-50 Einwohner. Wenn man sich die russischen Erfahrungen anschaut, kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass sie eine zehnmal so große Truppe eingesetzt hätten (vgl. Tschechoslowakei 1968). Kurz gesagt: durch den Einsatz einer relativ kleinen Truppe im Februar 2022 signalisierte Russland dem Westen, dass es nicht die Absicht hatte, die Ukraine zu besetzen. Dies geht auch aus den Äußerungen von Arachamija und Arestowjtsch über die Verhandlungen im März/April 2022 hervor. Russland wollte „eine neutrale Ukraine“. Man hatte nicht die Absicht, das Land zu erobern, aber man würde mit allen Mitteln die westliche Militärpräsenz in der Ukraine verhindern. Bei der russischen Mili-

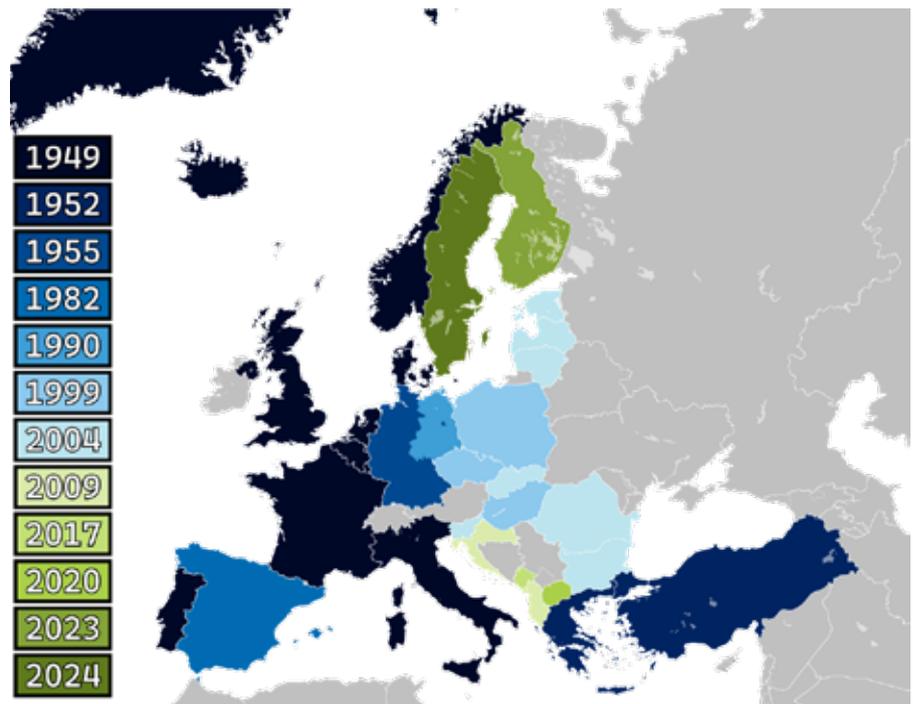
tärintervention ging es nicht um die Eroberung von Territorium, sondern darum zu verhindern, dass die Ukraine zu einer 500 km von Moskau entfernten US-Bastion wird. Russland wollte eine neutrale Zone, eine Pufferzone, die das Risiko eines westlichen Überraschungsangriffs verringern würde. Denn ein solcher Angriff wäre für Russland unmöglich abzuwehren.

„Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie zurückhaben will, hat kein Gehirn“, sagte Wladimir Putin im Jahr 2000 [16]. Am Tag der Invasion am 24. Februar 2022 sagte er [17]: „Wir haben alle neuen postsowjetischen Staaten mit Respekt behandelt [...]. Russland respektiert die Souveränität aller postsowjetischen Staaten, und wir respektieren und werden ihre Souveränität respektieren. [...] Es ist nicht unser Plan, ukrainisches Territorium zu besetzen“. Aber Russland kann eine „[westliche] Bedrohung vom Territorium der heutigen Ukraine“ nicht akzeptieren. Große Teile der Ukraine werden in einem großen Krieg zur „inneren Zone der Kontrolle“ werden, während der Rest in die „äußere Zone der Verweigerung“ fällt, in der dem Gegner der Aufbau seiner Streitkräfte verwehrt werden soll. Für Russland geht es nicht um die Wiederherstellung des Russischen Reiches oder der Sowjetunion, sondern darum, eine Pufferzone zu

Screenshot: Berliner Zeitung, erstellt am 22.7.2024 - 13:24:13, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukraine-haetten-die-istanbul-verhandlungen-den-krieg-beenden-koennen-li.2206712>

Quellen:

- [10] Google Books, Ola Tunander „Cold Water Politics: The Maritime Strategy and Geopolitics of the Northern Front“, veröffentlicht am 1.9.1989: https://books.google.no/books/about/Cold_Water_Politics.html?id=njUgAAAAMAAJ&redir_esc=y
- [11] Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) „Daily Report 40/2022“, am 21.2.2022: https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=82567
- [12] YouTube, Stefano Orsi „Intervista a David Arachamia: Mosca e Kiev nel marzo 2022 arrivarono ad un accordo di pace“, am 26.11.2023: <https://www.youtube.com/watch?v=TGXA89zjpDI>
- [13] YouTube, UnHerd „Oleksiy Arestovych: Zelenskyy's challenger“, am 14.1.2024: <https://www.youtube.com/watch?v=sehuAOw0-NI>
- [14] siehe [12]: <https://www.youtube.com/watch?v=TGXA89zjpDI>
- [15] Washingtonpost, Stephen Budiansky „A Proven Formula for How Many Troops We Need“, am 8.5.2004: <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/2004/05/09/a-proven-formula-for-how-many-troops-we-need/5c6dbf9-33f8-4648-bd07-40d244a1daa4/>
- [16] New York Times, Michael Wines „PATH TO POWER: A political profile.; Putin Steering to Reform, But With Soviet Discipline“, am 20.2.2000: <https://www.nytimes.com/2000/02/20/world/path-power-political-profile-putin-steering-reform-but-with-soviet-discipline.html>
- [17] Consortium News, Wladimir Putin „Text von Putins Ankündigung einer Militäraktion“, am 1.3.2022: <https://consortiumnews.com/2022/03/01/text-of-putins-announcement-of-military-action/>
- [18] RAND Corporation (Denkfabrik), James Black und Stephen J. Flanagan u. A. „Enhancing deterrence and defence on NATO's northern flank“, am 25.3.2020: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR4381.html
- [19] TASS Nachrichtenagentur „Finland's accession to NATO leads to creation of Leningrad Military District – Putin“, am 17.12.2023: <https://tass.com/politics/1722431>



Karte der historischen Erweiterung der NATO in Europa, 7.3.2024. (Karte: Patrickneil und Spesh531, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0-migrated)

garantieren, um den Vereinigten Staaten eine militärische Präsenz zu verweigern. Und wenn dies nicht durch Verhandlungen erreicht werden kann, dann ist Russland bereit, eine solche Pufferzone durch den Einsatz militärischer Gewalt zu garantieren.

In einem großen europäischen Krieg stellt sich für die russischen Nachbarn die Frage, ob sie zur „inneren Zone der Kontrolle“ oder zur „äußeren Zone der Verweigerung“ gehören? Erstere laufen Gefahr, besetzt zu werden, während letztere Gefahr laufen, dass ihre Luftwaffenstützpunkte durch Raketen ausgeschaltet werden, wenn dort US-amerikanische oder britische Luftstreitkräfte stationiert sind. Die russische Seite wird so weit wie möglich konventionelle Waffen einsetzen, aber wenn ein Krieg bereits die nukleare Schwelle überschritten hat, werden wahrscheinlich auch Atomwaffen eingesetzt.

Nach den russischen Plänen für einen großen Krieg wird Russland keine Bodentruppen einsetzen, um in Schweden oder Norwegen westlich der Finnmark einzumarschieren, aber US-Luftwaffenstützpunkte und andere wichtige US-Einrichtungen werden durch russische Hyperschallraketen ausgeschaltet. Die russische Raketentechnologie hat sich

in den letzten Jahren rasant entwickelt. Heute kann unser Luftverteidigungssystem viele dieser Raketen nicht ausschalten. Während das US-Denken darauf ausgelegt ist, Flugzeuge und Raketen in der Nähe des russischen Territoriums zu stationieren, um die Russen abzuschrecken und sie von „Abenteuern“ abzuhalten [18], denken die Russen an die Planungen der USA für einen Angriff auf Russland und an die Notwendigkeit, einem solchen Angriff durch einen Erstschlag zuvorzukommen. Jede Stationierung von US-Flugzeugen oder -Raketen ist daher extrem destabilisierend.

Für die Länder in der „inneren Zone“ ist es – um einen Krieg zu verhindern – am wichtigsten, für Entspannung zu sorgen. Nachdem Finnland im April 2023 Mitglied der NATO wurde, sagte Russland, dies werde „Konsequenzen“ für Finnland haben. Ein halbes Jahr später, im Dezember 2023, erklärte Wladimir Putin, dass Russland den „Leningrader Militärbezirk“ wiederbeleben werde. Dieser Militärbezirk, der die Aufgabe hatte, die Kontrolle über Finnland zu übernehmen, wurde nach dem Kalten Krieg abgeschafft, soll nun aber aufgrund der NATO-Mitgliedschaft Finnlands wieder aufgebaut werden, um im Falle eines großen Krieges einen Angriff auf Finnland

zu organisieren. Russland will die militärische Infrastruktur der USA ausschalten und Finnland und die Finnmark besetzen, und es nennt diesen neuen Militärbezirk „Leningrader Militärbezirk“ [19], um den Finnen klar zu machen, worum es geht.

Für die Sicherheit der Länder in der „äußeren Zone“ ist es für die eigene Sicherheit auch wichtig, Entspannung zu gewährleisten und zu verhindern, dass die Vereinigten Staaten Stützpunkte für Raketen und Flugzeuge errichten, die gegen Russland eingesetzt werden könnten. Das bedeutet, dass das DCA-Abkommen mit amerikanischen Stützpunkten zwangsläufig die Möglichkeit russischer Präventivschläge eröffnet. Nachdem alle NATO-Länder grünes Licht für den schwedischen NATO-Beitritt gegeben hatten, erklärte Russland, dass dies Konsequenzen für Schweden haben würde. Höchstwahrscheinlich wird Russland nun zumindest die fünf Luftwaffenstützpunkte angreifen, zu denen die Vereinigten Staaten in Schweden Zugang erhalten haben. Schweden, das bisher außerhalb der Reichweite eines russischen Angriffs in einem größeren Krieg lag, hat sich nun dafür entschieden, die Vereinigten Staaten auf seine Militärbasen einzuladen, was mit Sicherheit einen russischen Angriff auf

Schweden in einer frühen Phase eines Krieges garantiert. Russland hat kein Interesse an schwedischem Territorium – abgesehen von den US-Militärbasen. Die Ignoranz der Regierung übersteigt meine Vorstellungskraft.

Bereits in den 1940er Jahren war das Risiko, dass Moskau es in einer Krisensituation für notwendig erachten könnte, einem Angriff der Vereinigten Staaten auf Russland – von Stützpunkten in Norwegen – zuzukommen. Dies war der Grund für die norwegische Stützpunktpolitik im Kalten Krieg ab 1949, die den Vereinigten Staaten und anderen Verbündeten das Recht auf Stützpunkte in Norwegen verweigerte. Oslo wollte russische Befürchtungen vermeiden und so die Neigung Russlands verringern, norwegisches Territorium in einem frühen Stadium eines Konflikts anzugreifen. Wir haben Grund, aus dieser Geschichte zu lernen und zu versuchen zu verstehen, was für das russische Militärdenken von zentraler Bedeutung ist. Die nordische Politik während des Kalten Krieges zielte darauf ab, die nordischen Länder in eine Region geringer Spannung zu verwandeln. Das kam uns damals zugute, und es würde uns auch heute zugute kommen. Es ist mir völlig unverständlich, warum die Regierungen in Nordeuropa in den letzten Jahren eine gegenteilige Politik betrieben haben.

[Eine kürzere Version dieses Artikels wurde am 1. Juni 2024 in der schwedischen Internet-Zeitschrift „Parabol“ veröffentlicht. Ein früherer Artikel, der ähnliche Fragen aufwirft, wurde am 4. März 2024 in der norwegischen Zeitschrift „Nordnorsk debatt“ (die zur Zeitung „Nordlys“ gehört) veröffentlicht. In den nordischen Ländern ist das Verständnis für das russische militärische Denken aufgrund des neuen DCA-Abkommens, das den Vereinigten Staaten eine bedeutende Präsenz auf Militärstützpunkten in den nordischen Ländern erlaubt, von besonderer Bedeutung].

Gefahren und Chancen der multipolaren Welt



Vor dem Beginn des internationalen Forums „Belt and Road“, 14.5.2015. (Foto: Das Presse- und Informationsamt des russischen Präsidenten, Wikimedia Commons, CC-BY-4.0)

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Prozess der wirtschaftlichen Angleichung. Regionen, die bei der Industrialisierung einst hinter dem Westen zurückgeblieben sind, holen nun die verlorene Zeit wieder auf.

Die jüngsten Schätzungen der Weltbank zur Wirtschaftsleistung (bis zum Jahr 2022), die am 30. Mai veröffentlicht wurden [1], bieten die Gelegenheit, über die neue Geopolitik nachzudenken. Die neuen Daten unterstreichen den Übergang von einer US-geführten Weltwirtschaft zu einer multipolaren Weltwirtschaft – eine Realität, die die US-Strategen bisher weder erkannt noch akzeptiert oder zugegeben haben.

Die Zahlen der Weltbank machen deutlich, dass die wirtschaftliche Vorherrschaft des Westens vorbei ist. Im Jahr 1994 entfielen auf die G7-Länder (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien, USA) 45,3 % der weltweiten Wirtschaftsleistung, auf die BRICS-Länder (Brasilien, China, Ägypten, Äthiopien, Indien, Iran, Russland, Südafrika, Vereinigte Arabische Emirate) dagegen nur 18,9 %. Das Blatt hat sich gewendet. Die BRICS-Länder produzieren nun 35,2 % der Weltpro-

Autor: Jeffrey Sachs

ist Universitätsprofessor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, wo er von 2002 bis 2016 das „Earth Institute“ leitete. Außerdem ist er Präsident des „Sustainable Development Solutions Network“ der UN und Kommissar der UN-Breitbandkommission für Entwicklung. Er war Berater von drei Generalsekretären der Vereinten Nationen und ist derzeit SDG-Beauftragter von Generalsekretär Antonio Guterres. Sachs ist der Autor des kürzlich erschienenen Buches „A New Foreign Policy: Beyond American Exceptionalism“ (2020). Zu seinen weiteren Büchern gehören: „Building the New American Economy: Smart, Fair, and Sustainable“ (2017) und „The Age of Sustainable Development,“ (2015) mit Ban Ki-moon.



duktion, während die G7-Länder 29,3 % produzieren.

Seit 2022 sind die fünf größten Volkswirtschaften in absteigender Reihenfolge China, USA, Indien, Russland und Japan. Chinas BIP ist um die 25 % größer als das der USA (etwa 30 % des US-BIP pro Person, aber mit einer 4,2-mal so großen Bevölkerung). Drei der fünf größten Länder gehören zu den BRICS-Staaten, zwei zu den G7. Im Jahr 1994 waren die fünf größten Länder die USA, Japan, China, Deutschland und Indien, wobei drei Länder zur G7 und zwei zu den BRICS gehörten.

So wie sich die Anteile an der Weltproduktion verändern, so ändern sich auch die globalen Machtverhältnisse. Das US-geführte Kernbündnis, zu dem die USA, Kanada, Großbritannien, die Europäische Union, Japan, Korea, Australien und Neuseeland gehören, hatte 1994 einen Anteil von 56 % an der Weltproduktion, aber jetzt sind es nur noch 39,5%. Infolgedessen schwindet der globale Einfluss der USA. Ein anschauliches Beispiel aus jüngster Zeit: Als die US-geführte Gruppe 2022 Wirtschaftssanktionen gegen Russland einführte, schlossen sich nur sehr wenige Länder außerhalb des Kernbündnisses an. Infolgedessen hatte Russland wenig Mühe, seinen Handel auf Länder außerhalb des US-geführten Bündnisses zu verlagern.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz (Anm. d. Red.: Angleichung der Wirtschaftsleistung). Regionen, die im 19. und 20. Jh. hinter der westlichen Industrialisierung zurückblieben, holen nun die verlorene Zeit wieder auf. Die wirtschaftliche Konvergenz begann in den 1950er Jahren mit dem Ende der europäischen imperialen Herrschaft in Afrika und Asien. Sie vollzog sich in Wellen, zunächst in Ostasien, dann etwa 20 Jahre später in Indien und in den kommenden 20-40 Jahren in Afrika.

Diese und einige andere Regionen wachsen viel schneller als die westlichen Volkswirtschaften, da sie mehr „Spielraum“ haben, um das BIP zu steigern, indem sie das Bildungsniveau rasch anheben, die Qualifikationen der Arbeitnehmer verbessern und moderne Infrastrukturen errichten – einschließlich des allgemeinen Zugangs zu Elektrizität und digitalen Plattformen. Die Schwellenländer sind oft in der Lage, die reicheren Länder mit einer hochmodernen Infrastruktur (z. B. schnelle Intercity-Züge, 5G, moderne Flug- und Seehäfen) zu überholen, während die reicheren Länder auf einer veralteten Infrastruktur und teuren Nachrüstungen sitzen bleiben. Der IWF prognostiziert der Weltwirtschaft, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer in den kommenden fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von rund 4% pro Jahr verzeichnen werden, während die Länder mit hohem Ein-

kommen im Durchschnitt weniger als 2% pro Jahr erreichen werden [2]. Die Konvergenz findet nicht nur bei den Fähigkeiten und der Infrastruktur statt. Viele Schwellenländer, darunter China, Russland, der Iran und andere, machen auch bei den technologischen Innovationen rasche Fortschritte – sowohl bei zivilen als auch militärischen Technologien.

China hat einen großen Vorsprung bei der Herstellung von Spitzentechnologien, die für die globale Energiewende benötigt werden, darunter Batterien, Elektrofahrzeuge, 5G, Photovoltaik, Windturbinen, Kernkraft der 4. Generation und weitere. Chinas rasante Fortschritte in der Welt-, Bio- und Nanotechnologie sowie anderen Technologien sind ähnlich beeindruckend. Als Reaktion darauf haben die USA die absurde Behauptung aufgestellt, China habe bei diesen Spitzentechnologien „Überkapazitäten“, während die offensichtliche Wahrheit lautet, dass die USA in vielen Bereichen erhebliche Unterkapazitäten haben. Chinas Fähigkeit zu Innovation und kostengünstiger Produktion wird durch enorme Ausgaben für Forschung und Entwicklung und eine große und wachsende Zahl von Wissenschaftlern und Ingenieuren untermauert.

Trotz der neuen globalen wirtschaftlichen Realitäten verfolgt der US-Sicherheitsstaat nach wie vor seine große Strategie der „Vorherrschaft“, d.h. das Streben der USA, in jeder Region der Welt die dominierende wirtschaftliche, finanzielle, technologische und militärische Macht zu sein.

Die USA versuchen nach wie vor, ihre Vormachtstellung in Europa aufrechtzuerhalten, indem sie Russland in der Schwarzmeerregion mit NATO-Streitkräften einkesseln, obwohl Russland sowohl in Georgien als auch in der Ukraine militärischen Widerstand geleistet hat. Sie versuchen auch immer noch, ihre Vormachtstellung in Asien aufrechtzuerhalten, indem sie China im Südchinesischen Meer einkreisen – eine Torheit, die die USA in einen verheerenden Krieg um Taiwan führen kann. Die USA verlieren auch ihr Ansehen im Nahen Osten, indem sie sich der gemeinsamen Forderung der arabischen

Welt nach Anerkennung Palästinas als 194. UN-Mitgliedstaat widersetzen [3].

Doch eine Vorherrschaft ist heute sicherlich nicht möglich und war auch schon vor 30 Jahren anmaßend – Ausdruck einer Hybris, als die relative Macht der USA viel größer war. Heute liegt der Anteil der USA an der Weltproduktion bei 14,8%, verglichen mit 18,5% für China, und der Anteil der USA an der Weltbevölkerung beträgt nur 4,1%, verglichen mit 17,8% für China.

Der Trend zu einer weitreichenden globalen wirtschaftlichen Konvergenz bedeutet nicht, dass die Hegemonie der USA durch eine chinesische Hegemonie ersetzt wird. Tatsächlich wird Chinas Anteil an der Weltproduktion im kommenden Jahrzehnt wahrscheinlich einen Höchststand von ca. 20% erreichen und danach mit dem Rückgang der chinesischen Bevölkerung wieder sinken. In anderen Teilen der Welt, vor allem in Indien und Afrika, wird der Anteil an der Weltproduktion und damit auch das geopolitische Gewicht stark zunehmen.

Wir stehen also am Beginn einer posthegemonialen, multipolaren Welt. Auch sie ist mit Herausforderungen verbunden. Sie könnte eine neue „Tragödie der Großmachtspolitik“ einläuten, in der mehrere Atomkräfte vergeblich um die Vorherrschaft konkurrieren. Sie könnte zu einem Zusammenbruch fragiler globaler Regeln führen, wie z.B. des offenen Handels im Rahmen der Welthandelsorganisation. Oder sie könnte zu einer Welt führen, in der die Großmächte im Einklang mit der UN-Charta gegenseitige Toleranz, Zurückhaltung und sogar Zusammenarbeit üben, weil sie erkennen, dass nur eine solche Staatskunst die Welt im Atomzeitalter sicher macht.



Dieser Text wurde zuerst am 06.06.2024 auf www.commondreams.org unter der URL <https://www.commondreams.org/opinion/emerging-multipolar-world-veroeffentlicht>. Lizenz: Jeffrey Sachs, Common Dreams, CC BY-NC-ND 4.0

Quellen:

- [1] World Bank Group „GDP, PPP (current international \$)“, 1990-2023: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.PP.CD>
- [2] Internationaler Währungsfonds „Download WEO Data: April 2024 Edition“: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/April>
- [3] Common Dreams Nachrichten-Website, Julia Conley „IDF Soldier Confesses That in Gaza, 'It's Permissible to Shoot Everyone'“, am 8.7.2024: <https://www.commondreams.org/tag/palestine>

Das Urteil des IGH

Am 19. Juli 2024, fällte der Internationale Gerichtshof in Den Haag ein längst fälliges Urteil. Es stellte fest: Die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete ist rechtswidrig.



Euronews berichtet über das Urteil des IGH gegen Israel. (Screenshot: euronews, <https://www.youtube.com/watch?v=Jiyarz0c3XY>)

„No naa ned!“, würde man in Österreich sagen: Klar ist diese Besetzung rechtswidrig! Jeder vernunftbegabte Mensch mit ein wenig Ahnung der Verhältnisse vor Ort in Israel-Palästina weiß das längst. Was also ist die Überraschung bei diesem Urteil, wieso könnte man es gar als historisch bezeichnen?

Überraschend, oder besser gesagt bemerkenswert ist die Klarheit, mit der das Gericht feststellt, dass die illegale israelische Besetzung des Westjordanlandes und Ostjerusalems (!) Apartheid darstellt. Zudem erklärte der Internationale Gerichtshof die israelischen Siedlungen in diesen Gebieten für illegal und forderte in einem Gutachten, dass Israel für die Besetzung Entschädigung leisten und seine Siedlungen auflösen müsse. Das Gericht spricht von De-facto-An-

nexion, systematischer Diskriminierung und Segregation. Auch sei der Gazastreifen trotz des Rückzugs Israels aus der Enklave im Jahr 2005 faktisch unter israelischer Besetzung. Laut dem Urteil verstößt Israel gegen Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention; **die Staaten der Welt müssten dafür Sorge tragen, dass Israels Handeln unterbunden werde.**

Die weitere, eher bittere Überraschung ist, dass dieses Urteil nicht rechtsbindend ist. An diesem Punkt verstehe ich die Welt wieder einmal nicht. Wir Menschen treffen Vereinbarungen wie die Charta der Menschenrechte, das Römische Statut, die Genfer Konvention, installieren internationale Gerichtshöfe — aber wenn dann ein Urteil fällt, ist es nicht rechtsbindend. Andererseits lehrt die Erfahrung mit Israel: Ob etwas international rechtsbindend ist oder nicht, juckt handelnde israelische Politiker nicht die Bohne. Auch Anweisungen aus dem Weißen Haus, der EU oder (rechtsverbindliche) Resolutionen der UNO werden und wurden von israelischen Regierungen aller Couleur stets ignoriert, wenn es nicht den (scheinbar) eigenen Interessen Israels dient, vornehmlich der Sicherheit des Landes (abgesehen von anderen, meist wirtschaftlichen Interessen). Leider haben alle israelischen Regierungen dabei übersehen, dass Israel immer unsicherer wird, je härter der Staat und die von ihm geschützten und geförderten Siedler gegen die Palästinenser vor-

gehen. Den vorläufigen, grauenvollen Tiefpunkt dieser Unsicherheit mussten Hunderte von Menschen in Israels „Envelope“ am 7. Oktober mit ihrem Leben bezahlen; Tausende sind innerhalb Israels binnenvorvertrieben, das gesamte Land ist nach wie vor wie unter Schock. Hinzu kommt die permanente Propaganda, die Israels Bevölkerung davon überzeugt sein lässt, dass im Gazastreifen nur „Terroristen“ getötet werden und ihr Militär nach wie vor „die moralischste Armee der Welt“ ist, sehr eindrücklich beschrieben im jüngsten Kommentar von Gideon Levy in Haaretz [1] (hier in deutscher Übersetzung: [2]).

Ich schließe mich der Forderung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem an, zitiert in der FAZ [3]:

„Die internationale Gemeinschaft muss Israel dazu zwingen, die Besetzung zu beenden. Sie muss dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen — strafrechtliche, diplomatische und wirtschaftliche.“

Dies wäre ein wahrer, ein menschlicher Freundschaftsdienst der Staaten dieser Welt: an allen friedliebenden Israelis (wenn sie denn eines Tages aus ihrem Sieges-Taumel-Trauma-Albtraum erwachen), an allen Palästinensern, am gesamten Nahen Osten und seinen Bewohnern. Und schließlich auch am Rest der Welt. Es ist an der Zeit.

Autorin: Nirit Sommerfeld

in Israel geboren, ist SchauspielerIn, Sängerin und Autorin. 2007 kehrte sie mit ihrer Familie in ihr Geburtsland zurück; zwei Jahre später entschied sie sich aus politischen und persönlichen Gründen für die Rückkehr nach Deutschland. Seither beschäftigt sie sich künstlerisch mit der israelisch-palästinensischen Realität. Seit 2019 ist sie eine „jüdische Stimme für Frieden und Gerechtigkeit in Nahost e.V.“.

Dieser Text wurde zuerst am 20.07.2024 auf www.steadyhq.com unter der URL <https://steadyhq.com/de/briefe-von-nirit/posts/52bbd289-2086-4b8d-b1b7-a6f487a36cc1> veröffentlicht. Lizenz: Nirit Sommerfeld, Briefe von Nirit, CC BY-NC-ND 4.0

Das wahre Problem der Desinformation

Screenshot: EU-Kommission, erstellt am 24.7.2024 - 12:43:25, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy_de



Autor: Tim Hayward

Tim Hayward ist ein sozial- und politikwissenschaftlicher Philosoph, zu dessen Büchern „Ecological Thought: an introduction“ (Polity, 1995), „Constitutional Environmental Rights“ (OUP 2005) und „Global Justice & Finance“ (OUP 2019) gehören. In seiner aktuellen Arbeit untersucht er den Einfluss strategischer Kommunikation auf die Entwicklung von Normen der internationalen Gerechtigkeit. Als Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe für Syrien, Propaganda und Medien haben seine Studien über Propaganda in Aktion zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen über „Verschwörungstheorien“, „Desinformation“ und die akademischen Pflichten der angemessenen epistemischen Sorgfalt geführt. Tim unterhält einen persönlichen Blog und ein Twitter-Konto. Er ist Professor für politische Umwelttheorie an der Universität von Edinburgh.)



Laut der britischen Regierung, die eine spezielle Einheit zur Bekämpfung von Desinformation eingerichtet hat [1], besteht die „Gefahr, dass feindliche Akteure Online-Desinformation nutzen, um unsere demokratischen Werte und Grundsätze zu untergraben“ [2]. Das US-Ministerium für Innere Sicherheit hat Desinformation zu einer Bedrohung für kritische Infrastrukturen hochgestuft. Überall im Westen, allen voran in der Europäischen Union [3], werden neue Gesetze mit weitreichenden Bestimmungen gegen Online-Desinformation erlassen. Akademische Kommentatoren haben nicht lange gezögert, die Botschaft aufzugreifen: „Die Bedrohung, die Desinformation für eine gesunde demokratische Praxis darstellt“, so Freelon und Wells [4], hat sie zum „bestimmenden politischen Kommunikationsthema unserer Zeit“ gemacht.

Aber es gibt ein grundlegendes Problem mit dieser offiziellen Sichtweise: Die Kriterien zur Identifizierung angeblicher Fälle von Desinformation sind widersprüch-

lich. Diejenigen, die den „Kampf“ dagegen anführen, sind sich dessen sogar bewusst, wie aus dem E-Mail-Austausch zwischen US-Beauftragten für Cybersicherheit hervorgeht (hier auf S. 15 [5]). Aber das hat ihre Entschlossenheit weiterzumachen nicht beeinträchtigt – selbst wenn das bedeutet, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nach dem ersten Verfassungszusatz zu verletzen [6].

Dies, so möchte ich argumentieren, ist das eigentliche Problem der Desinformation: Nicht nur, dass der Begriff auf widersprüchliche Weise verwendet wird, sondern dass er als vermeintliche Rechtfertigung für die Unterdrückung von Informationen oder Ideen dient – welche von Regierungen und den mächtigen Gruppen, die sie beeinflussen, als unbequem empfunden werden.

Um dieses Problem zu erhellen, möchte ich im Folgenden einige Kernpunkte aus meinem akademischen Artikel „Das Problem der Desinformation: Ein kritischer Ansatz“ aufzeigen [7, 8] (öffentlich zugänglich in „Social Epistemology“ 2024).

Dieser Text wurde zuerst am 04.06.2024 auf www.propagandainfocus.com unter der URL <https://propagandainfocus.com/the-real-problem-of-disinformation/> veröffentlicht. Lizenz: Tim Hayward, Propaganda in Focus, CC BY-NC-ND 4.0

Erstens:

Der Begriff „Desinformation“ wird auf unterschiedliche Weise verwendet. Obwohl er ein Problem benennt, gibt es unterschiedliche Ansichten über die Art des Problems. Ein Problem zweiter Ordnung besteht also darin, dass keine Einigkeit darüber besteht, was „das“ Problem der Desinformation eigentlich ist. Auf der Grundlage akademischer Abhandlungen über „Desinformation“, die eine begriffliche Verwirrung beinhalten, werden politische Maßnahmen mit weitreichenden Auswirkungen vorgeschlagen. Das bedeutet, dass man nicht davon ausgehen sollte, dass die darin enthaltenen Ratschläge fundiert sind.

Besonders besorgniserregend sind jene Arbeiten, die vorgeben, zur Bekämpfung von Desinformation beizutragen. Denn Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, um eines der als Desinformation bezeichneten Probleme zu bekämpfen, können potenziell zu anderen Problemen führen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven ergeben können. Der Effekt könnte für die Gesellschaft schädlich sein.

Eine weitere Folge ist, dass ein Gefühl der Willkür in das öffentliche Bewusstsein eindringt und der Eindruck entsteht, dass der Begriff oft nur verwendet wird, um Ideen zu diskreditieren, die der Anwender missbilligt [9]. Leider ist dieser Eindruck, wie wir sehen werden, nicht falsch.

Das Grundproblem besteht darin, dass die „Experten für Desinformation“ die Kategorie zwar prinzipiell von Fehl- und Malinformation unterscheiden, diese dreiteilige analytische Einteilung in der Praxis aber nicht konsequent angewendet wird. Theoretisch bezieht sich der Begriff Desinformation auf Informationen, die falsch und schädlich sind – im Gegensatz zu Fehlinformationen (falsch, aber harmlos) und Malinformationen (schädlich, aber wahr); in der Praxis wird diese Unterscheidung jedoch nicht immer eingehalten. So wird der Begriff auch auf vermeintliche Fälle von „Desinformation“ angewendet, die weder falsch noch schädlich sind.

Studien, die sich mit der Frage befassen, wie Desinformation am besten bekämpft werden kann, sind in der akademischen Literatur mittlerweile vorherrschend – eine Google Scholar-Suche nach „Bekämpfung von Desinformation“ ergibt 1.520 Einträge, während „Identifizierung von Desinformation“ nur 388 und „Analyse von Desinformation“ nur 38 Einträge liefert. Dies deutet auf das mangelnde Interesse daran hin, wie man bestimmte Fälle von Desinformation zuverlässig erkennen kann. Befürworter des kämpferischen Ansatzes geben Ratschläge, wie man bestimmte vermeintliche Fälle von „Desinformation“ bekämpfen kann, ohne sicherzustellen, dass sie tatsächlich dieser Beschreibung entsprechen.

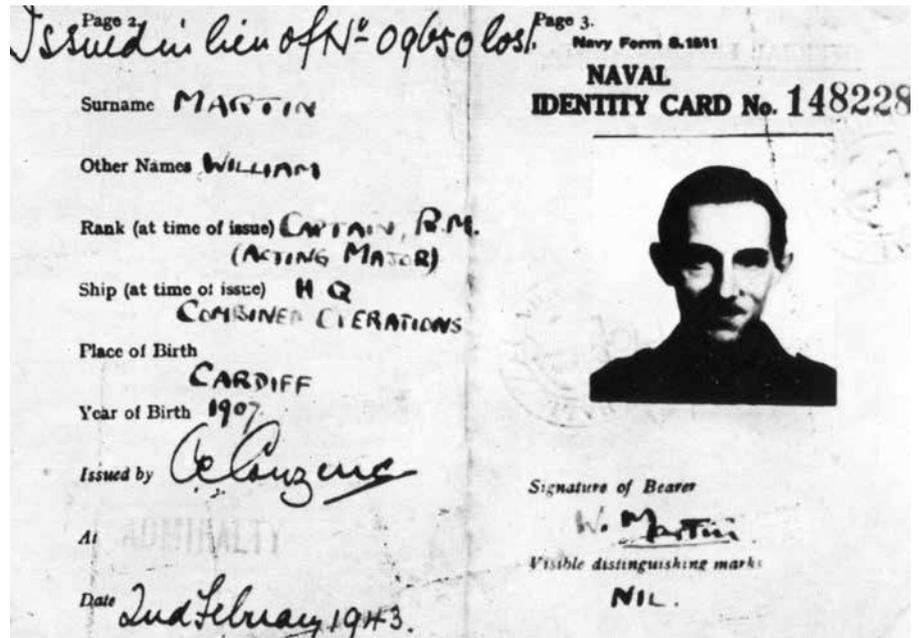
Im Gegensatz zum kämpferischen Ansatz erkennt ein kritischer Ansatz – wie er hier vertreten wird – die Notwendigkeit an, drei verschiedene Untersuchungsaufgaben durchzuführen. Dadurch kann festgestellt werden, ob überhaupt ein Fall von Desinformation vorliegt, bevor der Versuch erfolgt, Ratschläge zu formulieren, was dagegen zu tun sei: Eine erkenntnistheoretische Untersuchung bestimmt, ob eine kommunizierte Behauptung falsch ist; eine Verhaltensuntersuchung bestimmt, ob die Kommunikation koordiniert ist; und eine Sicherheitsuntersuchung bestimmt, ob die Kommunikation der Behauptung schädlich ist.

In der wissenschaftlichen Literatur wird in der Regel davon ausgegangen, dass Desinformation nur in einer oder manchmal in zwei der drei genannten Formen ein Problem darstellt. In einem Teil der Literatur wird der Begriff für alle Informationen verwendet, die irreführend sind – wie z. B. falsche Tatsachen – und wird daher austauschbar mit dem Begriff „Fehlinformation“ verwendet. Diese Formulierung des Problems ermöglicht eine klare Fokussierung auf das Kriterium der propositionalen Unwahrheit und hat daher den Vorteil, dass sie klar definiert ist; sie lässt jedoch das außer Acht, was aus einer anderen Perspektive den entscheidenden Unterschied zwischen Desinformation und Fehlinformation ausmacht, nämlich die Täuschungsabsicht. Aus dieser zweiten Perspektive würden unschuldige Fehler nicht als Desinformation gelten. Das

eigentliche Problem der Desinformation wäre vielmehr in Fällen trügerischer strategischer Kommunikation zu suchen, wie sie sich beispielsweise in „koordiniertem, inauthentischem Verhalten“ in den sozialen Medien manifestieren kann. Diese können funktionieren, ohne notwendigerweise falsche Informationen zu verbreiten, sondern stattdessen durch selektive Darstellung und Auslassung von Wahrheiten. Eine dritte Sichtweise des Problems der Desinformation konzentriert sich nicht in erster Linie auf fehlerhafte Informationen oder koordinierte Täuschungsabsichten, sondern darauf, wie die Verbreitung bestimmter Ideen schädliche Auswirkungen auf das Gefüge der Gesellschaft oder ihrer Institutionen haben kann. Diese Besorgnis ist der Hauptgrund für das derzeitige wachsende Interesse am Thema Desinformation und die Finanzierung von Forschungsarbeiten zu diesem Thema. Ein damit verbundenes Problem besteht jedoch darin, dass – wenn bestimmte Ideen schädliche Auswirkungen haben können – dies aus anderen Gründen als ihrer Falschheit geschehen kann. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass der Begriff „Malinformation“ geprägt wurde, um Ideen zu bezeichnen, die zwar wahr sein mögen, deren Verbreitung aber schädliche Auswirkungen haben soll.

Diejenigen, die sich mit schädlichen Ideen befassen, unterscheiden jedoch in der Praxis nicht unbedingt klar zwischen Desinformation und Malinformation, da Fragen der Wahrheit und Falschheit nicht ihr Hauptanliegen sind.

In der akademischen Literatur wie auch in der öffentlichen Debatte dient der Begriff „Desinformation“ daher als eine Art Überbegriff, der verschiedene Formen der Kommunikation umfasst, die falsch und/oder selektiv wahr und/oder schädlich sein können, je nachdem, welche Merkmale als kennzeichnend für sie angenommen werden. Dementsprechend variiert auch die Art des Problems, auf das er hinweist: als falsche Information ist er ein epistemisches Problem; als Täuschungsstrategie ist er ein Problem der inakzeptablen Aktivitäten einer koordinierten Agentur; als störende Ideen ist er



Der auf Major William Martin ausgestellte Ersatzausweis, mit dem der Leichnam ausgestattet wurde, 1943. (Bild: Ewen Montagu Team, Wikimedia Commons, Gemeinfrei)

eine Bedrohung für die Sicherheit, Legitimität oder ein anderes öffentliches Gut einer sozialen oder politischen Ordnung. Jedes dieser Probleme kann in einer bestimmten Situation auftreten, ohne dass eines oder beide der anderen notwendigerweise vorhanden sind. Das bedeutet, dass verschiedene Untersuchungen, die auf den drei unterschiedlichen Konzepten beruhen, nicht immer übereinstimmen würden, ob, wo oder wann ein Desinformations-Problem aufgetreten ist.

Zweitens:

Trotz dieser Reihe von widersprüchlichen Konzeptualisierungen ist es im Prinzip möglich, eine schlüssige Charakterisierung der Desinformation vorzunehmen. Dazu muss man sich an die Art von Fällen erinnern, in denen er vor seiner jüngsten Popularisierung verwendet wurde. Die aus der Welt der Spionageabwehr [10] stammende Operation „Mincemeat“ [11] aus dem Zweiten Weltkrieg (die auch Gegenstand eines Films aus dem Jahr 2021 war [12]) ist ein gutes Beispiel dafür. Im Jahr 1943 lieferten die Briten den Deutschen irreführende Informationen über die Invasionspläne der Alliierten: Indem sie gefälschte Dokumente in einer Aktentasche deponierten, die an eine Leiche in Offiziersuniform ge-

kettet war, welche an der spanischen Küste angespült wurde. Die Dokumente wurden, wie erhofft, an die Deutschen weitergegeben, die – da sie sie für echt hielten – ihre Verteidigungstruppen abzogen, wodurch während der Invasion zahlreiche alliierte Menschenleben verschont blieben. Bei dieser erfolgreichen Täuschung handelte es sich um einen gezielten Versuch, beim Feind eine falsche und für ihn schädliche Überzeugung zu erwecken. Sie passt also genau in alle drei Bereiche – Erkenntnis, Verhalten und Sicherheit.

Der Kontext dieser Illustration unterscheidet sich natürlich deutlich von dem zeitgenössischen Anliegen – was darauf hinweist, dass es dem heutigen Sprachgebrauch an vergleichbarer Schärfe mangelt. Im Falle des Krieges lassen sich Desinformationen klar identifizieren: Es besteht kein Zweifel, wer von wem über was oder wie getäuscht wurde. Außerdem handelt es sich um eine erklärte Kriegssituation. In zeitgenössischen Diskussionen über Desinformation wird oft von einem „Informationskrieg“ gesprochen, doch handelt es sich nicht um einen erklärten Krieg mit einem erklärten Feind. Die Bürger wissen vielleicht nicht genau, wo ihre Loyalität liegen soll oder warum Fragen der Wahrheit und der Unwahrheit überhaupt als Fragen der Loyalität und nicht der Erkenntnistheorie betrachtet

werden sollten. Diejenigen, die Fehlinformationen „bekämpfen“ wollen, mögen behaupten, dass sie dies zum Wohle ihrer Mitbürger tun. Aber wenn wir Bürger uns nicht bewusst sind, dass wir uns in einem Krieg mit einem definierten Feind befinden, kann diese Behauptung ziemlich verwirrend sein, und wir haben Grund, sie mit Vorsicht zu genießen.

Unter den heutigen Umständen hat der Begriff der Desinformation also eine erhebliche Aufweichung erfahren. Er kann unter diesen verschiedenen Umständen immer noch sinnvoll angewendet werden, aber nur in Fällen, in denen alle drei Bedingungen für eine eindeutige Identifizierung erfüllt sind.

Drittens:

Unter den heutigen Umständen ist es schwer, Fälle zu finden, in denen alle drei Bedingungen unumstritten erfüllt sind. Denn während es relativ einfach sein mag, Fälle von vorsätzlicher Täuschung zu identifizieren, bei denen nicht nur reine Unwahrheiten, sondern auch Lügen durch Weglassen und selektive Wahrheiten eingesetzt werden, ist die Bewertung des Schadens eine andere Frage. Was als Schaden gilt und schwerwiegend genug ist, um Beachtung zu finden, hängt da-

von ab, welche Grundvoraussetzungen für das Wohlbefinden angenommen werden. Man sollte meinen, dass solche Fragen in einer Demokratie ein wichtiges Thema der öffentlichen Debatte sein sollten. Doch stattdessen wird Sicherheitsbedenken Vorrang vor der Sorge um die Wahrheit eingeräumt.

Wie zu Beginn dieses Artikels erwähnt, propagieren Regierungen, Journalisten und sogar Wissenschaftler die Idee, Desinformation sei eine herausragende Bedrohung unserer Zeit.

Die Tatsache, dass die Menschen weniger von Desinformation beeinflusst werden, als von denjenigen angenommen wird, die Alarm schlagen [13], wird selten anerkannt;

ebenso wenig wie die Tatsache, dass angebliche Bedrohungen wie die „russische Desinformation“, die von vielen Autoren als paradigmatisch angesehen werden (eine Google Scholar-Suche in der akademischen Literatur seit 2016 nach „russischer Desinformation“ ergab 3.460 Artikel), vernachlässigbare Auswirkungen haben [14] – selbst wenn sie nicht direkt fiktiv sind [15]. Die Wirkung dieser Warnungen vor den Gefahren der Desinformation hat jedoch Einfluss auf die Öffentlichkeit. Und dieser Einfluss wird von westlichen Staaten politisch angestrebt, unter anderem durch ihre Sicherheitsdienste, die eine zentrale Rolle bei der Darstellung von Desinformation als Sicherheitsbedrohung spielen. In Großbritannien zum Beispiel haben sich die jeweiligen Leiter von MI5, MI6, GCHQ (Government Communications Headquarters, Anm. d. Red.) und der 77. Brigade der britischen Armee ausdrücklich zu Teilnehmern an einem „Informationskrieg“ erklärt. [16] In den USA verfügt das Ministerium für Heimatschutz – das ursprünglich zur Koordinierung des Krieges gegen den Terrorismus geschaffen wurde – heute über eine Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit (CISA), deren Direktorin, Jen Easterly, behauptet, dass „die kritischste Infrastruktur unsere kognitive Infrastruktur ist“ [17]. Sie richtete einen speziellen Un-

terausschuss ein, der über Fehlinformation, Desinformation und Malinformation (Misinformation, Disinformation, Malinformation, kurz MDM, Anm. d. Red.) berät. [18] Den Vorsitz des MDM, dem auch Alex Stamos von der Universität Stanford angehörte, übernahm die Akademikerin Kate Starbird von der Universität Washington.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass dieser „Rat“ nicht nur auf einer fehlerhaften Analyse beruhte, sondern auch so angewandt wurde, dass die grundlegenden verfassungsrechtlichen Garantien zum Schutz der Redefreiheit untergraben wurden. Ein berüchtigtes Beispiel dafür ist die „Election Integrity Partnership“ (EIP) [19], die von Starbird und Stamos im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2020 auf Veranlassung des CISA gegründet wurde – angeblich, um „unsere Wahlen gegen diejenigen zu verteidigen, die versuchen, sie durch Ausnutzung von Schwachstellen im Online-Informationsumfeld zu untergraben“. Sie konzentrierte sich insbesondere auf unbestätigte Informationen über Wahlunregelmäßigkeiten, da diese als Bedrohung für die Institutionen der Demokratie angesehen wurden. Freiwillige Studenten der University of Washington und der Stanford University hatten die Aufgabe, Beiträge in den sozialen Medien zu markieren, die sie als Desinformation einstufen, damit die Plattformen Maßnahmen ergreifen konnten – wie z. B. die Entschärfung oder Unterdrückung dieser Beiträge. Laut EIP-Direktor Stamos bestand ihr Ziel darin, „in der Lage zu sein, Desinformationen zu finden, diese schnell zu melden und dann mit ihnen zusammenzuarbeiten, um sie zu entfernen“ (Hines v. Stamos para. 40 [20]). Bei den fraglichen Beiträgen handelte es sich auffallend oft um Gespräche zwischen US-Bürgern. [21] Diese Überwachung und Zensur inländischer Akteure – unter Verletzung des Schutzes durch den Ersten Verfassungszusatz der USA [22] – markierte eine Abkehr von dem ursprünglichen Verständnis von Desinformation als Sicherheitsbedrohung durch feindliche ausländische Akteure.

Eine weitere Verschiebung war insbesondere beim Nachfolger von EIP, dem „Virality Project“ (VP) [23], zu

Quellen:

- [1] Britische Regierung Website, „Counter-Disinformation Unit – open source information collection and analysis: privacy notice“, am 16.3.2023: <<https://www.gov.uk/government/publications/counter-disinformation-unit-open-source-information-collection-and-analysis-privacy-notice/counter-disinformation-unit-open-source-information-collection-and-analysis-privacy-notice>>
- [2] Britische Regierung Website, „Online Harms White Paper: Full government response to the consultation“, am 15.12.2020: <<https://www.gov.uk/government/consultations/online-harms-white-paper/outcome/online-harms-white-paper-full-government-response>>
- [3] Associated Press (AP) Nachrichtenagentur, Kelvin Chan, „Europe’s sweeping rules for tech giants have kicked in. Here’s how they work“, am 25.8.2023: <<https://apnews.com/article/digital-services-act-social-media-regulation-europe-26d76cc4785df1153669258766cc6387>>
- [4] Taylor & Francis Verlagsgruppe, Deen Freelon und Chris Wells, „Disinformation as Political Communication“, am 14.2.2020: <<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10584609.2020.1723755>>
- [5] Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses „THE WEAPONIZATION OF CISA: HOW A “CYBERSECURITY” AGENCY COLLUDED WITH BIG TECH AND “DISINFORMATION” PARTNERS TO CENSOR AMERICANS“, am 26.6.2023: <<https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/evo-media-document/cisa-staff-report6-26-23.pdf>>
- [6] Washingtonpost, Cat Zakrzewski, „Appeals court limits cyberdefense agency’s contacts with tech companies“, am 3.10.2023: <<https://www.washingtonpost.com/technology/2023/10/03/cisa-5thcircuit-election-injunction/>>
- [7] Taylor & Francis Verlagsgruppe (hier: über DOI Verweissystem), Tim Hayward, „The Problem of Disinformation: A Critical Approach“, am 16.8.2024: <<https://doi.org/10.1080/02691728.2024.2346127>>
- [8] siehe [7]: <<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02691728.2024.2346127>>
- [9] Tablet Magazin, Jacob Siegel, „A Guide to Understanding the Hoax of the Century“, am 29.3.2023: <<https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/guide-understanding-hoax-century-thirteen-ways-looking-disinformation>>
- [10] JSTOR Online-Bibliothek, Paul W. Blackstock, „The Tukhachevsky Affair“, im April 1969: <<https://www.jstor.org/stable/127506>>
- [11] benmacintyre.com Blog, Ben Macintyre, „Operation Mincemeat: The True Spy Story That Changed the Course of World War II“, am 1.9.2010: <<https://benmacintyre.com/blog/book/operation-mincemeat/>>
- [12] IMDb Internet-Filmdatenbank, Michelle Ashford und Ben Macintyre, „Die Täuschung“, in 2021: <<https://www.imdb.com/title/tt1879016/>>
- [13] Akademisches Bloggen - LSE, Daniel Williams, „The focus on misinformation leads to a profound misunderstanding of why people believe and act on bad information“, am 5.9.2022: <<https://blogs.lse.ac.uk/impactofsocialsciences/2022/09/05/the-focus-on-misinformation-leads-to-a-profound-misunderstanding-of-why-people-believe-and-act-on-bad-information/>>
- [14] Nature Communications Fachzeitschrift (hier: über DOI Verweissystem), Gregory Eady, Tom Paskhalis u. A., „Exposure to the Russian Internet Research Agency foreign influence campaign on Twitter in the 2016 US election and its relationship to attitudes and voting behavior“, am 9.1.2023: <<https://doi.org/10.1038/s41467-022-35576-9>>
- [15] Columbia Journalism Review (CJR) Magazin, Jeff Gerth, „The press versus the president, part one“, am 30.1.2023: <https://www.cjr.org/special_report/trumped-up-press-versus-president-part-1.php>
- [16] IFKG Institut für Kritische Gesellschaftsforschung (hier: über DOI Verweissystem), Tim Hayward, „Intelligence Agencies’ Communications with the Public“, am 2.8.2023: <<https://doi.org/10.21065/000027>>

Siegel der Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit, 30.4.2020. (Bild: Cybersecurity and Infrastructure Security Agency, Wikimedia Commons, CC-PD-Mark)

beobachten. Dessen Hauptaufgabe bestand darin, Beiträge, die die Sicherheit, Wirksamkeit oder Notwendigkeit der COVID-19-Impfstoffe in Frage stellten, für die Plattform zu kennzeichnen. Wie das EIP überwachte auch dieses Projekt die inländische Kommunikation (und wurde in ähnlicher Weise vor US-Gerichten angefochten [24]), doch während das EIP noch mit der stillschweigenden Annahme arbeitete, dass eine bestimmte feindliche – wenn auch nicht unbedingt ausländische – Organisation zumindest einige der Nachrichten koordinieren könnte, da erkennbare politische Interessen auf dem Spiel standen, betrachtete das VP die Desinformation selbst als den Feind. Das Team hat keinen feindlichen Auftraggeber – der die vermeintliche Desinformations-Operation leitet – identifiziert oder auch nur auf einen solchen hingedeutet:

Sie erklärten, sie seien besorgt über eine „hochgradig vernetzte und koordinierte Anti-Impf-Gemeinschaft“ [25], aber sie haben keinen bestimmten Auftraggeber als Orchestrator oder Lenker dieser Operation angegeben, weder im Inland noch im Ausland. Sie behaupteten auch nicht, dass die „Anti-Impf-Gemeinschaft“ feindliche Absichten habe. Das, womit sie sich beschäftigten, könnte also eher als Fehlinformation und nicht als Desinformation bezeichnet werden, wenn man den oben beschriebenen Rahmen zugrunde legt.

Nur waren – und das ist eine entscheidende dritte Abweichung vom paradigmatischen Fall der Desinformation – die von der VP gekennzeichneten Informationen keineswegs immer falsch. Diese epistemische Unzuverlässigkeit des Vorgangs war eine vorhersehbare Folge der Tatsache, dass weder die Studenten der Informatik und der Internationalen Beziehun-



gen, die die Kennzeichnung vornahmen, noch die „Desinformations-Experten“, die ihnen sekundierten, irgendwelche Fachkenntnisse in Fragen der öffentlichen Gesundheit oder der Immunologie vorweisen konnten. Die EIP/VP-Projektleiterin Isabella Garcia-Camargo, eine ehemalige CISA-Praktikantin, gab sogar offen zu, dass „es wirklich unklar ist, mit wem wir eigentlich zusammenarbeiten sollen, um die Gegenargumente zu liefern“ [26]. Ihr Studententeam fällte jedoch vorschnelle Urteile, die zur Zensur und Stigmatisierung weltweit bekannter Epidemiologen wie Jay Bhattacharya, Sunetra Gupta und Martin Kulldorff führten – eine Angelegenheit, die sich ihren Weg durch die US-Gerichte gebahnt hat und derzeit vor dem Obersten Gerichtshof der USA verhandelt wird [27]. Denn es gibt reichlich Beweise dafür, dass das „Virality Project“ Mitteilungen von wirklich fachkundigen Forschern, die einfach nur von den orthodoxen Ansichten abwichen, die von staatlichen Sicherheitsbehörden wie dem CISA als maßgebend anerkannt wurden, als „Desinformation“ bezeich-

nete. Mit anderen Worten, die politische Autorität hat hier die epistemische Autorität als Grundlage für die Identifizierung von Desinformation abgelöst. Dies steht im diametralen Gegensatz zur Situation im ursprünglichen und paradigmatischen Fall der Desinformation, wo die politische Autorität des Staates dazu diente, die höchstmögliche epistemische Sorgfalt zu ermöglichen.

Aus der Dokumentation, die dank FOIA-Anträgen (FOIA = Freedom of Information Act, Anm. d. Red.) und Vorladungen jetzt verfügbar ist, gewinnt man den Eindruck, dass das Ziel heutiger Maßnahmen gegen Desinformation nicht so sehr darin besteht, zu verhindern, dass die Menschen in die Irre geführt werden, sondern vielmehr darin, sie davor zu bewahren, durch nicht autorisierte Erzählungen beeinflusst zu werden. Es wird davon ausgegangen, dass bestimmte unzulässige Darstellungen – wie die der „Impfgegner“ im Fall der VP – schädlich sind, selbst wenn sie nicht unwahr sind.

Dieser Artikel ist nicht der richtige Ort, um sich zum Inhalt solcher An-

nahmen zu äußern. Aber der begriffliche Punkt, der hervorzuheben ist, besteht darin, dass es in solchen Fällen nicht um Täuschung geht, sondern um etwas, das ganz klar als Malinformation bezeichnet wird. Diese klare Unterscheidung wurde innerhalb des US-Ministeriums für Innere Sicherheit erkannt. In privaten Gesprächen innerhalb des MDM-Unterausschusses des CISA wurde das Thema nämlich vor der Veröffentlichung des Berichts angesprochen, in dem daraufhin alle Verweise auf MDM in MD, d. h. ohne Malinformation, geändert wurden (siehe meine frühere Diskussion [28]). Wie Starbird jedoch feststellte, änderte dies nichts an der Tatsache, dass Malinformationen nach wie vor in ihren Zuständigkeitsbereich fielen.

Wir sehen also, dass einige derjenigen, deren Hauptanliegen die Bekämpfung von Desinformation ist, die als Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt wird, mit einer Interpretation des Begriffs arbeiten, die radikal von derjenigen abweicht, die im ursprünglichen Kontext seiner Verwendung angenommen wurde. Wurde Desinformation früher als eine von einem feindlichen ausländischen Agenten verdeckt durchgeführte Täuschungspraxis angesehen, so wird sie heute als eine dargestellt, die von einheimischen Bürgern in der Öffentlichkeit durchgeführt wird – ohne dass eine Täuschungsabsicht besteht und sogar, ohne dass überhaupt eine Täuschung vorliegt. In Kriegszeiten wäre die in diesem Zusammenhang kritisierte Praxis – insofern sie Malinformation beinhaltet – als Propaganda bezeichnet worden.

Insbesondere wurde Malinformation in der Propaganda verwendet, die von einem bestimmten Zweig der militärischen Operationen produziert wurde. So verfügte das US-Militär über eine Abteilung für Moral-Operationen [29] nach dem Vorbild der britischen „Political Warfare Executive“ [30], deren Ziel nicht so sehr darin bestand, die gegnerische Führung zu täuschen, sondern deren Bürger und Fußsoldaten zu demoralisieren.

In jeder Konfliktsituation ist es wichtig zu wissen, wer wirklich auf der eigenen Seite steht. Im aktuellen Krieg ge-

gen Desinformation ist dies alles andere als klar. Die Bemühungen zur „Bekämpfung“ von Desinformation können eine größere Bedrohung für die demokratischen Institutionen der Gesellschaft darstellen als die Desinformation selbst. Die Bedrohung, die Desinformation für die Legitimität oder Sicherheit demokratischer Institutionen darstellt, wird in einer Literatur überbewertet, die der „Bekämpfung“ von Mitteilungen Vorrang einräumt, deren Inhalt nicht als epistemisch unzuverlässig erwiesen ist, sondern einfach im Widerspruch zu den „Mainstream-Wahrheiten“ steht. Ein gut funktionierendes demokratisches System sollte nicht nur in der Lage sein, abweichende Meinungen zuzulassen, sondern sogar von ihnen zu profitieren.

Zuletzt:

Ein weit verbreiteter Verdacht auf Desinformation könnte, so das hier vorgebrachte Argument, symptomatisch für eine Gesellschaft sein, die nicht der Beschreibung einer gut funktionierenden Demokratie entspricht. Moralische Panik über „Desinformation“ erscheint dann als eine Reaktion auf das Symptom, die sich nicht dem eigentlichen Problem stellt. Insofern Beschwerden sich auf die Untergrabung des Vertrauens in die Institutionen konzentrieren, sind sie fehlgeleitet, wenn sie davon ausgehen, dass das Problem bei den Menschen liegt – deren Vertrauen geschwunden ist und die sich von abweichenden Ansichten über die Unzuverlässigkeit der Institutionen haben beeinflussen lassen. Solche fehlgeleiteten Beschwerden laufen auf eine Mystifizierung des Problems hinaus. Wenn das Vertrauen in Institutionen schwindet, liegt die Lösung nicht in einer strategischen Kommunikation, die darauf abzielt, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken. Die Lösung besteht darin, die Institutionen so umzugestalten, dass sie des Vertrauens würdiger werden.

Quellen:

- [17] The Intercept Enthüllungs-Website, Ken Klippenstein und Lee Fang „Truth Cops - Leaked Documents Outline DHS's Plans to Police Disinformation“, am 31.10.2022: <<https://theintercept.com/2022/10/31/social-media-disinformation-dhs/>>
- [18] Center for an Informed Public Universität Washington, Kate Starbird „Addressing falsehoods and the manipulated narrative of House Judiciary Committee Majority document: “The Weaponization of CISA: How a ‘Cybersecurity’ Agency Colluded With Big Tech and ‘Disinformation’ Partners to Censor Americans““, am 23.8.2023: <<https://www.cip.uw.edu/2023/08/23/starbird-house-judiciary-committee-report/>>
- [19] Election Integrity Partnership überparteiliche Koalition Website: <<https://www.eipartnership.net/>>
- [20] DocumentCloud All-in-One-Plattform „IN THE UNITED STATES DISTRICT COURT FOR THE WESTERN DISTRICT OF LOUISIANA MONROE DIVISION“, am 2.5.2023: <https://s3.documentcloud.org/documents/23854123/show_multidocs5.pdf>
- [21] Generalstaatsanwaltschaft von Missouri „STATE OF MISSOURI, ET AL. CASE NO. 3:22-CV-01213 VERSUS JUDGE TERRY A. DOUGHTY JOSEPH R. BIDEN JR., ET AL. MAG. JUDGE KAYLA D. MCCLUSKY“, am 4.7.2023: <<https://ago.mo.gov/wp-content/uploads/missouri-v-biden-ruling.pdf>>
- [22] Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses „THE WEAPONIZATION OF “DISINFORMATION” PSEUDO-EXPERTS AND BUREAUCRATS: HOW THE FEDERAL GOVERNMENT PARTNERED WITH UNIVERSITIES TO CENSOR AMERICANS’ POLITICAL SPEECH“, am 6.11.2023: <https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/evo-media-document/EIP_Jira_Ticket_Staff_Report_11-6-23_Clean.pdf>
- [23] SDR-Dienste Stanford Digital Repository „Memes, Magnets and Microchips: Narrative dynamics around COVID-19 vaccines“, am 24.2.2022: <<https://purl.stanford.edu/mx395xj8490>>
- [24] Newsweek, Jay Bhattacharya & Joe Grogan „The Biden Administration Is Waging War on the First Amendment“, am 18.10.2023: <<https://www.newsweek.com/biden-administration-waging-war-first-amendment-opinion-1835463>>
- [25] Virality Project Koalition von Forschungsorganisationen, Matt Masterson, Alex Zaheer u. A. „Rumor Control: A Framework for Countering Vaccine Misinformation“, am 4.5.2024: <<https://www.viralityproject.org/policy-analysis/rumor-control>>
- [26] YouTube, RSA Conference „Hot Topics in Misinformation: Election 2020, COVID 19, and More“, am 20.7.2021: <<https://youtu.be/J3ryTUZK6TA?feature=shared&t=957>>
- [27] SCOTUSblog juristischer Blog, Nate Mowry „Missouri Solicitor General Josh Divine on government influence on social media“, am 18.3.2024: <<https://www.scotusblog.com/2024/03/missouri-solicitor-general-josh-devine-on-government-influence-on-social-media/>>
- [28] Propaganda In Focus Anaysen, Tim Hayward „Academic Complicity in the Censorship Industry: The Case of Kate Starbird“, am 11.10.2023: <<https://propagandainfocus.com/academic-complicity-in-the-censorship-industry-the-case-of-kate-starbird/>>
- [29] CIA “Morale Operations Field Manuel - Strategic Services“, am 27.12.2006: <<https://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP89-01258R000100010002-4.pdf>>
- [30] Leverhulme Trust Stiftung, Dr. James Smith „The Political Warfare Executive, covert propaganda, and British culture“, in 2018: <<https://www.leverhulme.ac.uk/research-project-grants/political-warfare-executive-covert-propaganda-and-british-culture>>



Pixabay, roma1880, Pixabay Lizenz

Der Fall Aya Velázquez:

Journalisten im Visier des Verfassungsschutzes

Journalisten als Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes? Ist regierungskritischer Journalismus neuerdings „Delegitimierung des Staates“?

Autor: Aya Velázquez

Unabhängige Journalistin und Kulturanthropologin. Schreibt zu Meta-Perspektiven auf globale Übergangsgenden und über den öffentlichen Diskurs.



Twitter: https://twitter.com/aya_velazquez
Telegramm: t.me/ayawasgeht



Dieser Text wurde zuerst am 04.06.2024 auf [www.velazquez.press](https://www.velazquez.press/p/in-eigener-sache-ich-werde-vom-bundesamt-veroeffentlicht) unter der URL <https://www.velazquez.press/p/in-eigener-sache-ich-werde-vom-bundesamt-veroeffentlicht> veröffentlicht. Lizenz: © Aya Velázquez

Seit gestern ist es amtlich: Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet mich – oder besser gesagt, beobachtet meine journalistischen Tätigkeiten. Dies erfuhr ich aus einer Anfrage, die ich am 27. Februar an drei deutsche Nachrichtendienste stellte, die ich im Verdacht hatte, heimlich Daten über mich zu sammeln: Den Bundesnachrichtendienst, den Berliner Verfassungsschutz, sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz. Von den beiden erstgenannten erhielt ich Negativbescheide – von letzterem gestern einen „positiven“ Bescheid: Ja, zu meiner Person seien beim Bundesamt für Verfassungsschutz Daten gespeichert: Insgesamt tauche mein Name in 815 Dokumenten in der Verfassungsschutz-internen Datenbank auf.

Neben grundlegenden Daten zu meiner Person seien in der Datenbank des Verfassungsschutzes vor allem „Informationen aus dem Jahr 2022“ gespeichert, insbesondere einer meiner „öffentlichen Postings“ sowie einer meiner „veröffentlichen Artikel“. Die Daten seien im Rahmen des Phänomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ für die befristete Dauer von zwei Jahren erhoben worden – und würden fristgerecht am 24. Mai 2024 dieses Jahres gelöscht werden – sofern ich dagegen keinen Widerspruch einlege. Welch ein Zufall, dass die über mich gesammelten Daten beim Verfassungsschutz just in dem Moment für immer verschwinden sollten, in dem ich nach ihnen frage.



Foto des BfV-Dienstgebäudes in Köln, (Pressefoto BfV)

Besonders aussagekräftig gestaltete sich bereits der Auskunftsprozess bei den drei Behörden BND, Berliner Verfassungsschutz und Bundesamt für Verfassungsschutz, denn auf ein und die gleiche Anfrage – werden bei Ihnen in der Behörde Daten über mich gespeichert – erhielt ich jeweils drei vollkommen unterschiedliche Antworten. Meine Anfrage hatte ich mithilfe eines Online-Formulars der NGO „FragdenDienst“ gestellt [1]. Für jedes Auskunftsgesuch muss ein spezieller Grund angegeben werden, weshalb man meint, möglicherweise beobachtet zu werden. Bei „FragdenDienst“ übernimmt praktischerweise gleich ein für Journalisten vorperforiertes Formular die Aufgabe einen konkreten Beobachtungsgrund anzugeben: Verwiesen wird auf den Fall der linken Journalistin Andrea Röpke, die aufgrund ihrer journalistischen Berichterstattung im linksautonomen Milieu viele Jahre lang rechtswidrig seitens des Bundesamts für Verfassungsschutz beobachtet wurde. Der Fall Röpke dient als Präzedenzfall für illegale Beobachtungsaktivitäten von legalem Journalismus – das Service-Portal „FragdenDienst“ ruft daher auch gezielt Journalisten dazu auf, häufiger von ihrem Auskunftsrecht beim Verfassungsschutz Gebrauch zu machen, um den Druck auf die Behörde zu erhöhen.

Auf meine Anfrage hin antwortete der Bundesnachrichtendienst am 18. März, meine Anfrage entspreche den formalen Vorgaben, und man könne mir mitteilen, dass beim BND keine Daten über mich gespeichert seien.

Der Berliner Verfassungsschutz teilte mir zunächst am 07. März mit, mein Antrag sei formal korrekt, leider würde aber „wegen der Vielzahl der vorliegenden Anträge“ „die Bearbeitung noch einige Zeit in Anspruch nehmen“ – man würde sich unaufgefordert wieder melden. Am 13. Mai erhielt ich tatsächlich ohne weitere Aufforderung das Antwortschreiben der Behörde: Man könne mir mitteilen, dass beim Berliner Verfassungsschutz keine Daten über mich gesammelt seien. Dies erschien mir auch sofort plausibel, zumal ich in Berlin niemals eine Demo angemeldet hatte, oder bei sonstigen politischen Aktivitäten öffentlich in Erscheinung getreten war.

Gänzlich anders gestaltete sich die Kommunikation mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz: Im ersten Antwortschreiben vom 07. März wurde mir mitgeteilt, leider hätte ich keinen legitimen Grund für ein Auskunftsgesuch angegeben – ich müsse hier schon einen konkreten, auf mich bezogenen Grund angeben, der mich eine Beobachtung annehmen lässt. Der Hinweis auf meine journalistische Tätigkeit allein, oder der Umstand,

dass über eine andere Journalistin rechtswidrig Daten gesammelt worden seien, reiche nicht aus. Ein „konkreter Sachverhalt“, den man beispielsweise gelten lassen würde, sei etwa „die Teilnahme an einer bestimmten Demonstration“.

Praktisch: Wenn sich eine Person, die bereits unter Verfassungsschutz-Beobachtung steht, beim Bundesamt für Verfassungsschutz meldet, ist die Angabe konkreter eigener Vermutungen, warum man glaubt, beobachtet zu werden, natürlich eine hervorragende weitere Datenquelle: Auf welchen Demos und politischen Veranstaltungen, von denen wir möglicherweise noch gar nichts wissen, war das Beobachtungsobjekt noch?

Auf Grundlage dieser Überlegung führte ich in meinem Antwortschreiben keine besonders detaillierten Informationen zu meiner Person an, sondern verwies lediglich darauf, dass ich mich im Rahmen meiner journalistischen Tätigkeit die letzten drei Jahre kritisch mit der Coronapolitik der Bundesregierung auseinandergesetzt hätte. Zudem führte ich aus, dass aufgrund zweier verfassungsschutzrechtlicher Neuerungen der letzten Jahre eine solche Tätigkeit bereits potenziell für eine Beobachtung prädestinieren könne: Zum einen die Änderung des „Bundesverfassungsschutzgesetzes“ vom Juni 2021, das es seither erlaubt, auch Einzelpersonen zu beobachten – vorher war nur eine Beob-

achtung von ganzen Gruppen möglich. Zum anderen verwies ich auf den ebenfalls im Jahr 2021 eingeführten, neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, der so vage formuliert ist, dass es denkbar ist, dass auch legitime, journalistische Kritik an der Regierung seitens der Behörde bereits als „staatsdelegitimierend“ gewertet werden könne. Kurz: Ich spielte in meiner Argumentation den Ball zur Behörde zurück – statt mehr als notwendige, weitere Informationen zu meiner Person zu liefern. Ich verwies auch darauf, dass die beiden anderen Nachrichtendienste, an die ich einen gleichlautenden Antrag gestellt hatte, diesen reibungslos hatten gelten lassen.

Diesen Auskunftsantrag akzeptierte die Behörde schlussendlich als zulässig – und rückte nun mit der Information heraus, dass ich tatsächlich unter Verfassungsschutz-Beobachtung stehe – bzw. im Jahr 2022 unter Beobachtung stand.

Neben der durchaus bedenklichen Tatsache, dass offenbar ein journalistischer Artikel den Anlass zu meiner Beobachtung durch den deutschen Inlandsgeheimdienst gegeben hatte, beeindruckte mich auch die stolze Zahl von 815 Einträgen zu meinem Auskunfts-gesuchs in der elektronischen Datenbank der Behörde. Im Schreiben wurde jedoch ein einschränkender Disclaimer eingeschoben – vermutlich, um die relativ hoch klingende Zahl etwas zu relativieren. Bei den „815 Einträgen“, die auf Grundlage meines „sehr umfangreichen“ Auskunfts-gesuches in der Datenbank auftauchten, handele es sich

„zunächst lediglich um solche Dokumente, in denen Buchstabenfolgen genannt werden (gegebenenfalls auch mehrfach), die Ihrem Namen entsprechen. Das elektronische Aktensystem kann allerdings nicht feststellen, ob es sich jeweils um einen Personennamen handelt und ob überhaupt Identität mit Ihrer Person besteht. Dabei kann die Trefferliste auch Dokumente enthalten, die eine andere Person mit identischem Namen betreffen.“

Da alle meine journalistischen Tätigkeiten ausschließlich unter meinem Pseudonym „Aya Velázquez“ stattfinden, ist davon auszugehen, dass für die Sucheingabe im elektronischen Aktensys-



Bundesamt für Verfassungsschutz, © BMI. (20. Juni 2023). Anzahl der personenbezogenen Eintragungen im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) von Bund und Ländern in den Jahren 2013 bis 2023. In Statista. Zugriff am 14. Juli 2024

tem mein öffentliches Pseudonym, nicht mein Klarnamen verwendet wurde. Wie viele andere „Aya Velázquez“ – mit exotischem Vor- und Nachnamen – mag es wohl in Deutschland in einem Tätigkeitsbereich geben, der für das Bundesamt für Verfassungsschutz von Interesse ist?

Eine Prüfung, ob es sich bei den Fundstellen tatsächlich um Treffer genau zu meiner Person handele, sei aber leider nicht möglich, teilte die Behörde weiter mit. Da die Einzeldokumente teilweise sehr hohe Seitenzahlen aufwiesen und die entsprechende Textstelle erst mühsam manuell herausgesucht werden müsse, sei ein solcher Arbeitsaufwand unverhältnismäßig. Eine weitergehende Auskunft über die über mich in der Behörde gesammelten Daten käme daher nicht in Betracht.

Dies klingt nach einer faulen Ausrede: Die Beobachtungsaktivitäten im Hinblick auf meine Person scheinen allem Anschein nach sehr wohl in einer persönlichen „Akte“ gebündelt zu sein, in der konkrete Dokumente zu meiner journalistischen Tätigkeit gesammelt sind. Anders wäre ein Verweis auf „Informationen aus 2022“, „insbesondere ein Posting“ und „ein Artikel im Jahr 2022“ wohl kaum

möglich gewesen. Um welches Posting und um welchen Artikel es sich dabei handelt, könnte man mir selbstverständlich auch jetzt schon mitteilen. Der Arbeitsaufwand, zwei konkrete Quellen zu benennen, dürfte einer finanziell gut aufgestellten Behörde wie dem Bundesamt für Verfassungsschutz durchaus zumutbar sein.

Im Nachgang des Schreibens interessierte mich natürlich, welcher meiner Artikel aus dem Jahr 2022 so staatsdelegitimierend gewesen sein könnte, dass er den Anlass für eine Verfassungsschutz-Beobachtung geliefert haben könnte. Ich habe mir daher noch einmal angeschaut, was ich im Jahr 2022 alles Schlimmes geschrieben habe:

Im Februar 2022 schrieb ich „Die Causa Kupferzell – Herausgabe der Rohdaten abgelehnt“ [2] – ein Bericht über eine Antikörperstudie des Robert-Koch-Instituts namens „Corona Monitoring lokal“, deren Ergebnisse auch ein Jahr nach ihrer vollmundigen Ankündigung immer noch nicht auf der Webseite des RKI erschienen waren. Im April 2022 erschien mein Bericht mit dem Titel „Das Disziplinarverfahren“ [3] über die Gerichtsverhandlung des ehemaligen BMI-Oberre-

gierungsrats Stephan Kohn, der sich für sein eigenverantwortlich abgeschicktes „Fehlalarm-Papier“ verantworten musste. Ebenfalls im April 2022 verfasste ich den kritischen Essay „Deutschland, warum?“ [4], ein Manifest gegen die Maskenpflicht für Kinder an deutschen Schulen aus der Sicht einer Mutter. Im Mai 2022 erschien „Die Saalfeld-Falle“ [5], ein Interview mit einem Querdenken-Aussteiger, der gegen Michael Ballweg auspackte, und ihm einen Täuschungsversuch seiner Mitstreiter vorwarf. Im Juni 2022 folgte „Freiwillig“ [6] – ein Bericht über die Situation an deutschen Schulen im Sommer 2022, wo noch über das Ende der gesetzlichen Maskenpflicht vielerorts noch „freiwilliges Maskentragen aus Solidarität“ praktiziert wurde. Im August 2022 erschien mein Artikel „Deutschlands Geisterfahrt“ [7] über die geplanten Corona-Maßnahmen der Ampelregierung für den Herbst, die ich kritisch beleuchtete.

Ebenfalls im August 2022 erschien mein Kommentar „Bildungsferner Journalismus“ [8] zum „maskenlosen Regierungsflug“, an dem neben Politikern wie Robert Habeck auch diverse Regierungsjournalisten teilgenommen hatten. Im Oktober 2022 verfasste ich den Essay „Don't Panic“ [9] – ein Plädoyer dafür, sich trotz der dunklen Zeiten und allen politischen Unbills, die Freude an der Schönheit der Welt nicht nehmen zu lassen. Ebenfalls im Oktober 2022 erschien mein Artikel „Die Rache der Linken“ [10], eine Buchbesprechung des „Konspirationischen Manifests“, einer anonym herausgegebenen Streitschrift im renommierten französischen Verlag „Seuil“, das in Frankreich hohe Wellen geschlagen hatte. Im November 2022 veröffentlichte ich einen Essay mit dem Titel „Im Maschinenraum des Heinz Bude“ [11] – eine kritische Analyse einer Pandemierückschau des deutschen Soziologen Heinz Bude, der in der COVID-19 Task Force des Bundesministerium des Inneren eine maßgebliche Rolle beim sozialpsychologischen „Design“ der Corona-Maßnahmen gespielt hatte. Last but not least veröffentlichte ich im Dezember 2022 einen Dokumentarfilm [12] und einen Artikel zum „Sturm auf den Reichstag“ [13], in dem ich eine Betei-

gung des Bundesamts für Verfassungsschutz aufgrund der dichten Indizienlage für wahrscheinlich befand und dies auch entsprechend begründete. In diesem Zusammenhang thematisierte ich etwa die jahrzehntelange Geschichte des Bundesamts für Verfassungsschutz, inklusive seiner langen Liste von Beteiligungen an Straftaten und Aktionen unter falscher Flagge, etwa dem Sprengstoffanschlag in Celle („Celler Loch“).

Nun heißt es also fröhlich Rätsel raten: Welcher meiner Artikel oder Filme des Jahres 2022 lieferte den Anlass, der zur Beobachtung meiner Person durch das Bundesamt für Verfassungsschutz führte? Und inwiefern sollte ich damit „den Staat delegitimiert“ haben? Sollte meine Kritik am Bundesamt für Verfassungsschutz selbst zur Verfassungsschutz-Beobachtung meiner Person geführt haben, so wäre dies übrigens illegal. Das gleiche Argument wurde seitens des Verfassungsschutzes im Präzedenzfall der Causa Rolf Gössner vorgebracht – und durch das Verwaltungsgericht Köln gnadenlos abgeschmettert. Der linke Regierungskritiker, Jurist und Menschenrechtsaktivist Rolf Gössner war jahrzehntelang illegal vom Verfassungsschutz beobachtet worden. Der Verfassungsschutz versuchte vor Gericht gegen Gössner als Argument ins Feld zu führen, dieser hätte schließlich den Verfassungsschutz kritisiert, und versuche somit also die rechtmäßige staatliche Ordnung zu beseitigen. Wie der Autor Mathias Brodkorb in seinem brillanten Buch „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“ [14] ausführt, musste das Verwaltungsgericht Köln den Verfassungsschützern an dieser Stelle Nachhilfe in Verfassungsrecht erteilen:

“Während der Verfassungsschutz tatsächlich unterstellte, Gössner setze sich für die Abschaffung des Verfassungsschutzes ein, um gezielt auf die “Schwächung der wehrhaften Demokratie” hinzuarbeiten, wies das Verwaltungsgericht Köln diese Sicht als unbelegt zurück und erteilte den Verfassungsschützern Nachhilfe in Verfassungsrecht. Die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes könne schon deshalb nicht verfassungswidrig sein, weil ‘die Existenz der Verfassungsschutzbehörden in

Quellen:

- [1] Netzwerk Recherche eV, „Frag den Dienst“, <<https://netzwerkrecherche.github.io/fragden-dienst/index.html>>
- [2] Aya Velázquez, „The Kupferzell case: Release of raw data refused“, am 23.2.2022, <<https://www.velazquez.press/p/the-kupferzell-case-release-of-raw>>
- [3] Aya Velázquez, „Das Disziplinarverfahren“, am 3.4.2022, <<https://www.velazquez.press/p/das-disziplinarverfahren>>
- [4] Aya Velázquez, „Deutschland, warum?“, am 7.4.2022, <<https://www.velazquez.press/p/deutschland-warum>>
- [5] Aya Velázquez, „Die Saalfeld-Falle“, am 25.5.2022, <<https://www.velazquez.press/p/die-saalfeld-falle>>
- [6] Aya Velázquez, „Freiwillig“, am 25.6.2022, <<https://www.velazquez.press/p/freiwillig>>
- [7] Aya Velázquez, „Deutschlands Geisterfahrt“, am 5.8.2022, <<https://www.velazquez.press/p/deutschlands-geisterfahrt-mit-winterreifen>>
- [8] Aya Velázquez, „Bildungsferner Journalismus“, am 26.8.2022, <<https://www.velazquez.press/p/bildungsferner-journalismus>>
- [9] Aya Velázquez, „Don't Panic!“, am 1.10.2022, <<https://www.velazquez.press/p/dont-panic>>
- [10] Aya Velázquez, „Die Rache der Linken“, am 18.10.2022, <<https://www.velazquez.press/p/die-rache-der-linken>>
- [11] Aya Velázquez, „Im Maschinenraum des Heinz Bude“, am 3.11.2022, <<https://www.velazquez.press/p/im-maschinenraum-des-heinz-bude>>
- [12] Youtube, Aya Velázquez, „Der Sturm auf den Reichstag - Chronik einer Psy-Op“, am 27.12.2022, <https://www.youtube.com/watch?v=NJE-j0_ruVc&t=2827s>
- [13] Aya Velázquez, „Der Sturm auf den Reichstag“, am 27.12.2022, <<https://www.velazquez.press/p/der-sturm-auf-den-reichstag>>
- [14] Wikipedia, „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Gesinnungspolizei_im_Rechtsstaat%3F>
- [15] Schwäbische, Philippe Debionne, „Verfassungsschützer schlägt Alarm: ‘Der Rechtsstaat wird ausgehöhlt‘“, am 22.5.2024, <<https://www.schwaebische.de/politik/verfassungsschuetzer-schlaegt-alarm-der-rechtsstaat-wird-ausgehohlt-2543613>>
- [16] Schwäbische, Philippe Debionne, „Plötzlich Staatsfeind: Verfassungsschutz nimmt Whistleblower ins Visier“, am 3.6.2024, <<https://www.schwaebische.de/politik/ploetzlich-staatsfeind-verfassungsschutz-nimmt-whistleblower-ins-visier-2577618>>
- [17] Selbstauskunft.net, <<https://selbstauskunft.net/>>
- [18] Netzwerk Recherche eV, „Frag den Dienst“, <<https://netzwerkrecherche.github.io/fragden-dienst/index.html>>
- [19] Wikipedia, „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Gesinnungspolizei_im_Rechtsstaat%3F>
- [20] Aya Velázquez, „Wider den Zeitgeist: Der Journalist und ehemalige SPD-Politiker Mathias Brodkorb fordert die Abschaffung des Bundesamts für Verfassungsschutz“, am 3.4.2024, <<https://www.velazquez.press/p/wider-den-zeitgeist-der-journalist>>
- [21] Aya Velázquez, „Der Sturm auf den Reichstag“, am 27.12.2022, <<https://www.velazquez.press/p/der-sturm-auf-den-reichstag>>

ihrer konkreten Form kein Element der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstelle. Der Verfassungsschutz soll zwar die Verfassung schützen, zählt aber selbst nicht zu ihren Schutzobjekten. Darüber hinaus sei Kritik an der Verfassung und ihren wesentlichen Elementen ebenso erlaubt wie die Forderung, tragende Bestandteile der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu ändern'. Auch in den folgenden Gerichtsinstanzen sollten diese Selbstverständlichkeiten immer wieder eine gerichtliche Bestätigung erfahren." (Aus Mathias Brodtkorb: "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?" Seite 83/ 84)

Sollte meine kritische Berichterstattung über das Bundesamt für Verfassungsschutz zu meiner eigenen Beobachtung durch das Bundesamt geführt haben, so hätten wir es hier mit einem klaren Rechtsverstoß zu tun, denn der Verfassungsschutz soll die Verfassung zwar schützen, ist aber selbst kein schützenswerter Teil der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Er darf jederzeit kritisiert werden – sogar vehement kritisiert werden, bis hin zur Forderung seiner Abschaffung – da die Meinungsfreiheit im Gegensatz zum Verfassungsschutz ein grundgesetzlich geschützter Teil unserer Verfassung ist.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz begründet die Beobachtung meiner Person ganz klar mit meiner journalistischen Tätigkeit, und nahm die Beobachtungsaktivitäten anlässlich eines journalistischen Artikels und eines Social-Media-Posts von mir aus dem Jahr 2022 auf. Da ich nach einer Rückschau auf meine Texte aus besagtem Jahr beim besten Willen keinen Artikel oder Social Media Post von mir finden kann, der die freiheitlich demokratische Grundordnung auch nur ansatzweise infrage stellt, werde ich nun juristisch gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz vorgehen. Als ersten Schritt strebe ich eine umfangreiche Datenauskunft an: Ich verlange detaillierte Auskunft über sämtliches Material, das über mich bei der Behörde gespeichert ist, inklusive einer Begründung, warum das Material verfassungsrechtlich bedenklich sei. Als nächster Schritt ist eine vollumfängliche Datenlöschung über meine Person in der Behörde zu vollziehen, da

es in meinen Augen nicht nachvollziehbar ist, warum regierungskritischer Journalismus plötzlich in den Beobachtungsbereich des Verfassungsschutzes fallen sollte. Wenn der Verfassungsschutz nicht mehr zwischen Kritik an der aktuellen Regierung und einer grundsätzlichen Ablehnung der fdGO unterscheiden kann, so ist dies höchst bedenklich, gehört ins Licht der Öffentlichkeit, und als behördliche Praxis dringend gestoppt.

Die massiv missbräuchlichen Praktiken in der Behörde – eine zunehmende Verfolgung unbescholtener Bürger, weil man sich an wirklich gefährliche Personen gar nicht erst herantraut – sind erst vorletzte Woche durch das Sprengstoff-Interview des Kollegen Philippe Debionne mit einem Verfassungsschutz-Whistleblower an die Öffentlichkeit gelangt – ein Interview, dessen Lektüre ich nur wärmstens ans Herz legen kann [15]. Bedauernswert, aber doch wenig überraschend: Natürlich hat besagtes Interview bereits Konsequenzen für den mutigen Mitarbeiter [16], der nichts weiter tat, als die internen Missstände seiner Behörde offenzulegen.

Es ist angesichts dieser alarmierenden Zustände aus demokratischer Sicht daher dringend angezeigt, den Druck auf die Behörde und ihre illegalen Praktiken von Bürgerseite aus massiv zu erhöhen. Ich rufe daher alle Bürger dieses Landes, die sich die letzten Jahre in der Öffentlichkeit kritisch gegen die Regierung geäußert haben, dazu auf, massenhaft Anfragen an das Bundesamt für Verfassungsschutz zu stellen, ob auch sie von der Behörde beobachtet werden. Eine Wahrscheinlichkeit dafür ist ganz klar gegeben: Wenn schon unbescholtene Journalisten wie ich, die frei von jedweden Vorstrafen sind, ins Fadenkreuz der Behörde geraten, kann es wirklich jeden Bürger dieses Landes treffen. Ein Verfassungsschutz, der die Pressefreiheit und Meinungsfreiheit der Bürger kriminalisiert, indem er sie in seinen Beobachtungsbereich zieht und dadurch zu illegitimen Aktivitäten erklärt, ist längst selbst zu einer Gefahr für unsere Verfassung geworden und delegitimiert diese in einem inzwischen unerträglichen Maß.

Das volle Ausmaß der bereits jetzt vorhandenen Bürger-Bespitzelung muss

JETZT auf den Tisch, bevor das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Befugnisse und personellen Kapazitäten über die nächsten Jahre noch weiter massiv ausbauen kann. Die Praktiken des Verfassungsschutzes gehören in meinen Augen einer grundlegenden parlamentarischen Untersuchung in Form eines Untersuchungsausschusses unterzogen. Zudem – und hier gehe ich mit diversen renommierten Verfassungsrechtlern wie Volker Boehme-Neßler, sowie dem ehemaligen SPD-Minister und Autor Mathias Brodtkorb konform – gehört das Bundesamt für Verfassungsschutz vollumfänglich abgeschafft, da eine Reform nicht mehr möglich ist.

Bis es soweit ist, sollten wir vielleicht mal damit anfangen, den Spieß umzudrehen: Es wird allerhöchste Zeit, dass die Bürger damit anfangen, den Verfassungsschutz zu beobachten – und sich massenhaft Auskunft bei der Behörde geben lassen, welche Daten dort über sie erhoben werden.

Zum allgemeinen Formular für eine Selbstauskunft bei Behörden: [17]

Formular für Journalisten: [18]

Zu weiterführenden Informationen über das Bundesamt für Verfassungsschutz empfehle ich das Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?" von Mathias Brodtkorb: [19],

meine Buchbesprechung dazu [20],

sowie meinen Artikel "Der Sturm auf den Reichstag" [21], in dem ich mich im letzten Teil der grundsätzlichen Frage zur Legitimität des Verfassungsschutzes widme.

Die USA und der Russenhass

Es gibt sie noch, die geschichtskundigen Autoren, die es wagen, die amerikanische Außenpolitik zu kritisieren und die Kriegstreiber beim Namen zu nennen. Zu ihnen gehört der US-Autor William M. Drew. Und es gibt sie noch, die Plattformen, die es wagen, solche Texte zu publizieren. Zu ihnen gehört die Plattform ACURA – „American Committee for US-Russia Accord“. Eben ist dort der folgende Artikel zur „Hoover Institution“ erschienen, die zu den schlimmsten Kriegstreibern der USA gehört.

Ein in diesem Text beschriebenes zweiminütiges Video wurde offensichtlich gesperrt, es konnte aber von einem Globalbridge.ch-Leser rechtzeitig gespeichert werden. Der Link ist auf der Webseite abrufbar. (Christian Müller, Global Bridge)

Autor: William M. Drew

ist Schriftsteller, Filmhistoriker, Forscher und Hochschullehrer. Er ist der Autor von „Speaking of Silents: First Ladies of the Screen“ (1990) und „At the Center of the Frame: Leading Ladies of the Twenties and Thirties“ (1999).

Dieser Text wurde zuerst am 19.07.2024 auf <https://usrussiaaccord.org/> unter der URL <https://usrussiaaccord.org/acura-viewpoint-william-m-drew-the-hoover-institution-declares-war-on-russia/> veröffentlicht. Lizenz: American Committee for US-RUSSIA Accord, William M. Drew, Lizenz CC 4.0



Symbolbild; erstellt durch ChatGPT; gemeinfrei

In krassem Gegensatz zum ursprünglichen Kalten Krieg von 1946-1989, in dem im Allgemeinen zwischen Russland als Nation und seiner damaligen kommunistischen Regierung unterschieden wurde, haben die erneuten Feindseligkeiten zwischen Russland und dem Westen wegen des Ukraine-Konflikts eine bedrohliche Welle russophober Propaganda ausgelöst, die sich gegen die Geschichte und Kultur Russlands richtet. Der ideologische Kreuzzug des Westens hat wiederholt gezeigt, dass er, bei dem Versuch Russland als eine böse, aggressive Macht zu brandmarken – die von einem Verrückten angeführt wird, der die Demokratie bedroht – die grundlegenden Fakten der Geschichte völlig außer Acht lässt.

Ein eklatantes Beispiel für diese Art von Polemik ist ein zweiminütiges Video mit dem Titel „Why Russia Fights“ (Warum Russland kämpft), das kürzlich für die „Hoover Institution“ produziert wurde [1], um offensichtlich für den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine zu werben: Das Video der „Hoover Institution“ beschränkt sich nicht nur auf die

Politik der Regierung von Wladimir Putin, sondern stellt Russland im Laufe seiner sechs Jahrhunderte langen Geschichte als geeinten Staat, als eine finstere Macht dar, die aufgrund einer auf moralischer Überlegenheit beruhenden Ideologie die Welt beherrschen will. Die Annahme dieser Prämisse schließt jede Hoffnung auf eine friedliche Koexistenz des Westens mit Russland aus, es sei denn, das Land wird geschwächt und sein riesiges Territorium in verschiedene kleine Vasallenstaaten aufgeteilt – wie einige im Westen argumentiert haben.

Dies ist eine weitaus extremere Position, als sie von einflussreichen Personen und Institutionen im früheren Kalten Krieg vertreten wurde, als der Haupteinwand im Westen gegen die Sowjetunion eher in ihrem kommunistischen System als in ihrer gesamten Geschichte und Kultur bestand.

Das Hoover-Video stellt die Geschichte auf den Kopf, indem es Russland als Aggressor darstellt und die verheerenden Invasionen aus dem Westen, die Russland über Jahrhunderte hinweg erlitten hat,

nicht einmal erwähnt. Die westliche Aggression gegen Russland war das Hauptthema in *The Battle of Russia*, der berühmten Kriegsdokumentation, die Frank Capra für seine Serie *Why We Fight* produzierte [2]. Diese Serie war so lange bekannt, dass es fast unmöglich erscheint, dass die heutigen westlichen Propagandisten sie ignorieren könnten. In der Tat ist es wahrscheinlich, dass die Verantwortlichen der „Hoover Institution“ den Titel *Why Russia Fights* (Warum Russland kämpft) sogar absichtlich gewählt haben, um Capras Serie *Why We Fight* zu kontern. Ich bin mir sicher, dass die Neokonservativen, die das russophobe Video gedreht haben, keineswegs so dumm sind oder die grundlegenden Fakten der russischen Geschichte so wenig kennen, wie sie es von der amerikanischen Öffentlichkeit annehmen. Aber sie glauben eindeutig, dass der Zweck die Mittel heiligt und sind daher bereit, über die Vergangenheit zu lügen, um ihre Sache in der Gegenwart zu fördern.

Die „Hoover Institution“ hat offenbar damit gerechnet, dass ihre Propaganda im Zeitalter der Desinformation und des weit verbreiteten historischen und kulturellen Analphabetentums erfolgreich sein wird. Leider könnten sie damit Recht haben. Umfragen haben ergeben, dass viele Amerikaner nicht einmal wissen, in welchem Jahrhundert ihr eigener Bürgerkrieg stattfand oder auf welcher Seite Russland im Zweiten Weltkrieg stand. Nur eine relativ kleine Anzahl von Amerikanern hat heute Eisensteins *Alexander Newski* [3] oder Michail Kalatazows *Die Kraniche ziehen* [4] gesehen. Ich bezweifle, dass viele der heutigen Generation in den USA jemals Tolstois *Krieg und Frieden* gelesen oder die denkwürdigen Verfilmungen von King Vidor [5] und Sergei Bondarчук [6] gesehen haben.

Die neue Russophobie, die während des Putsches auf dem Maidan 2014 im Westen aufkam – und die im Zuge der russischen Militäroperation in der Ukraine 2022 besonders virulent wurde –, ist weitaus weitreichender als die, die das Land während des Kalten Krieges oder in der früheren Zeit der zaristischen Herrschaft erfasste. Der Versuch des Westens, die russische Kultur in den letzten Jahren zu „vernichten“, der auf

unheimliche Weise an die Kampagne gegen die deutsche Kultur in den USA 1917-1918 während des Ersten Weltkriegs erinnert, hat keine Parallele in früheren Perioden der Spannungen zwischen Russland und dem Westen, sei es zu zaristischen oder sowjetischen Zeiten. Früher wurde im Westen zwischen russischen Künstlern und ihrer Regierung unterschieden, wobei der Künstler als Ausdruck des Geistes der Freiheit angesehen wurde, unabhängig von den Zwängen, die ihm das jeweilige Regime auferlegte.

Jetzt jedoch, im Zuge der Ukraine-Krise, sind in einer für die jahrzehntelange politische Korrektheit des Westens nur allzu typischen Weise verschiedene Analysten aufgetaucht, die behaupten, in den großen Schriftstellern des Landes die Hand der russischen Autokratie und des Ethnozentrismus zu sehen – eine Kritik, die sich mit den bedauerlichen Bemühungen ukrainischer Nationalisten deckt, Russlands klassische Künstler als Überbleibsel imperialer Unterdrückung zu unterdrücken.

Dass die derzeitige Haltung der westlichen Staats- und Regierungschefs gegenüber der Russischen Föderation von alten

Stereotypen über das „finstere Russland“ geleitet wird, wird aus einer Aussage von Präsident Joe Biden deutlich, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 sagte, dass „die Zeit kommen wird, vielleicht nicht in naher Zukunft, aber irgendwann wird das russische Volk nach Westen blicken und aus dem tiefen schwarzen Loch herauskommen, in das es die letzten 150 Jahre oder länger gestarrt hat.“ Wenn er sich auf das Jahrzehnt der 1860er Jahre bezieht, dann ist er offensichtlich nicht mit den großen Reformen Alexanders II. vertraut, einschließlich der Einführung des Geschworenengerichts und der Emanzipation der Leibeigenen, die die amerikanischen Abolitionisten [7] bei ihren eigenen Bemühungen um die Abschaffung der Sklaverei inspirierten.

Kulturell gesehen war das, was Biden als „tiefes schwarzes Loch“ abtat, ein Zeitalter unglaublicher künstlerischer Errungenschaften – die großen Romane von Tolstoi, Dostojewski und Turgenjew und die großartige Musik von Tschaiowsky, Rimsky-Korsakov, Borodin und Musorgsky.



Gemälde "Die Abschaffung der Leibeigenschaft in Russland" von Alphonse Maria Mucha, sinnbildlich für die von Alexander II. durchgeführten Reformen. Bild: Wikimedia Commons, Lizenz: gemeinfrei

Aber die Welle der Russophobie hat nicht nur versucht, die Errungenschaften der fernen Vergangenheit Russlands auszulöschen, sondern auch die jüngere Geschichte zu entstellen. In seinem Buch *The Road to Unfreedom: Russland, Europa, Amerika*, schrieb Timothy Snyder, ein Historiker des Establishments, der sich dem neuen Kalten Krieg verschrieben hat, im Einklang mit seiner Ansicht, dass Russland schon immer ein Land der tyrannischen Finsternis war, über die „gefälschten Wahlen von 1996“, bei denen Boris Jelzin sein Präsidentenamt behielt, ließ aber bequemerweise die wichtige Rolle aus, die die Berater von Präsident Clinton bei der Sicherstellung dieses Sieges spielten. Die „Hoover Institution“, die Alexander Solschenizyn einst zum Ehrenmitglied ernannte, verurteilt nun die russischen Traditionen, die der Schriftsteller in seinen Werken so kraftvoll zum Ausdruck brachte, als Todfeind der westlichen Werte. Die Chronik des Westens über den neuen Kalten Krieg ignoriert alle westlichen Handlungen, die



Standbild aus dem Film "Alexander Newski" von Sergei Eisenstein aus dem Jahr 1938. Bild: Wikimedia Commons; Lizenz: gemeinfrei



Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,- Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:	
Straße, Nr.:	
PLZ, Ort, Land:	
E-Mail-Adresse:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:	
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-ID-Nr.: DE84ZZZ00001969982
	Mandatsreferenz-Nr.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:
 VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.
 c/o Marika Matthaei
 Karl-Lade-Straße 36a
 10369 Berlin

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Eingetragen beim Amtsgericht
 Charlottenburg VR 34774B.
 St.Nr. 27/680/76987

den 24. Februar 2022 fast unvermeidlich gemacht haben: die Verletzung des Versprechens, die NATO niemals nach Osten zu erweitern; die starke Unterstützung der Clinton-Regierung für das autokratische Regime Jelzins in den 1990er Jahren und das wirtschaftliche Desaster, das aus dieser Politik folgte; der Rückzug der USA aus den Rüstungskontrollverträgen mit Russland; die Anstiftung der USA zu sogenannten „farbigen Revolutionen“, die in den ehemaligen Sowjetrepubliken Russland feindlich gesinnt waren, von denen der Putsch auf dem Maidan 2014, der in der Ukraine ein gewalttätiges, russenfeindliches Regime installierte, der verheerendste war; und die Weigerung des Westens, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die diese Krise lösen sollten.

Da die Komplizenschaft der USA mit Israels monströsem Völkermord im Gazastreifen nun offenkundig ist, hat sich die ganze hochtrabende Rhetorik des Westens, seine Reaktion auf die Ukraine-Krise sei Teil eines kosmischen Kampfes zwischen westlicher Demokratie und öst-

lichem Autoritarismus, als nichts weiter als ein heuchlerischer Deckmantel für die fortgesetzte Weltherrschaft der amerikanischen Militär- und Konzerneiten entlarvt.

Der Versuch des westlichen politischen und medialen Establishments, Ängste vor dem Osten zu schüren, indem es gleichzeitig an Russophobie, Islamophobie und Sinophobie appelliert, wurzelt in jahrhundertalten Ängsten vor „dem Anderen“, die bis in die Antike zurückreichen. Wenn westliche Länder nach Osten blickten, empfanden sie Unbehagen angesichts der schier Größe dieser Länder, der Ausdehnung ihrer Bevölkerung, der „fremden“ Bräuche und Kulturen dieser Zivilisationen, deren Reichtum und Macht als Bedrohung für die planetarische Vorherrschaft des Westens angesehen wurden.

In einer Zeit, in der die Zusammenarbeit zwischen Ost und West für das Überleben der Menschheit unabdingbar ist, müssen alle, denen der Fortbestand des Lebens auf diesem zerbrechlichen Planeten am Herzen liegt, gemeinsam die al-

ten Vorurteile des Westens bekämpfen. Anstatt einen „Kampf der Kulturen“ zwischen Ost und West als unvermeidlich zu verkünden, müssen wir uns um ein neues Bewusstsein für unsere gemeinsame Menschlichkeit bemühen.

Quellen:

- [1] Webseite Hoover Institution <<https://www.hoover.org>>
- [2] Wikipedia, Film "Why We Fight - Chapter 4", Stand: 02.08.2024 <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Why_We_Fight_4_The_Battle_of_Britain.ogv>
- [3] Wikipedia, "Alexander Newski (Film)", Stand: 02.08.2024 <[https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Newski_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Newski_(Film))>
- [4] Wikipedia, "Die Kraniche ziehen", Stand: 02.08.2024 <https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Kraniche_ziehen>
- [5] Wikipedia, "King Vidor", Stand: 02.08.2024 <https://de.wikipedia.org/wiki/King_Vidor>
- [6] Wikipedia, "Sergei Fjodorowitsch Bondartschuk", Stand: 02.08.2024 <https://de.wikipedia.org/wiki/Sergei_Fjodorowitsch_Bondartschuk>
- [7] Deutschlandfunk Kultur, "Eine Welt ohne Polizei und Gefängnisse" vom 01.08.2023 <[>](https://www.deutschlandfunkkultur.de/abolitionismus-eine-welt-ohne-polizei-und-gefaengnisse-100.html#:~:text=Verbunden%20wird%20der%20Begriff%20Abolitionismus,Abschaffung)



Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber		Abweichende Lieferanschrift:	
Vorname, Nachname:		Vorname, Nachname:	
Straße, Nr.:		Straße, Nr.:	
PLZ, Ort:		PLZ, Ort:	
E-mail:			
IBAN			
BIC		Kontoführendes Institut:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers		Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88 Mandatsreferenz-Nr. (wird von Free21 ausgefüllt)	



Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.



Sie sind unser Vertrieb!

Seit 2015 existiert das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen, um die Reichweite zu erhöhen. Doch immer wieder kommen wir zu dem Schluss: Das geht einfach nicht! Warum?

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung“ weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler

und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn eine neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

Wir bleiben also dabei: Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause



Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.



free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Wi-

derruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Inner-

halb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewährt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).



Buch + ePUB-Version 19,90€
ePUB zum Download 14,99€

JETZT BESTELLEN

free21abo.de

Dieses Buch beendet die erfolgreiche akademische Karriere des Wirtschaftshistorikers Antony Sutton (1925–2002). Nicht weil es voller Fehler war. Im Gegenteil. Sutton war gewarnt worden, dass er eine Veröffentlichung „nicht überleben würde.“

Anonym wurden ihm die Mitgliederlisten des einflussreichen Geheimbundes „Skull and Bones“ an der Yale Universität zugespielt. Damit sprang ihm das Bild einer Organisation ins Auge, die über mehrere Generationen hinweg die wichtigsten Entscheidungen der USA gesteuert oder zumindest mitgesteuert hat und dabei das Prinzip „Teile und Herrsche“ perfektionierte.

Free21 veröffentlicht seine umfassende Recherche inkl. Kopien historischer Dokumente des Ordens in einer neu überarbeiteten Übersetzung von Axel B.C. Krauss.



**FINDE
DIE
TÄTER**

FINDE DEN
RICHTIGEN WEG
DURCH DIESES
BUBBLE-LABYRINTH



START

RDSTREAM

Unterstütze **Free21**: drucken – lesen – teilen – spenden: www.free21.org